DIE MONATSZEITUNG FÜR SELBSTVERWALTUNG

CONTRASTE

POSTFACH 10 45 20 – 69035 HEIDELBERG
TELEFON 0 62 21 - 16 24 67

110 10. JAHRGANG November '93 8,00 DM

AUS DEM INHALT:

CONTRASTE INTERN

Glück und Geld für alle verspricht die Überschrift auf der nächsten Seite. Neben einer neuen und unabhängigen Möglichkeit für Projekte und Initiativen, Geld zu leihen, verspricht der Blick in unsere Redaktionsstube Glück mindestens für diejenigen, dank deren Bekannte sie in den Genuß eines Schnupper-Abos von CONTRASTE kommen werden. Von weiteren Unterstützungsmöglichkeiten für CONTRASTE und dem Raubzug der Post auf Seite 2.

NETZWERK SELBSTHILFE

Nach einer Zukunftswerkstatt sowie dank allseits beklagtem Duckmäusertum und schleichender Erfolglosigkeit war vor mehr als 15 Jahren in Berlin die Zeit reif für die Gründung von Netzwerk Selbsthilfe. Als kapitalisierter Brückenschlag zwischen dem Alternativbereich und der Linken hat Netzwerk Selbsthilfe schon verschiedenartige Vermittlerfunktionen übernommen, die in einem Interview mit der Netzwerk-Mitarbeiterin Elisabeth Bolda genauer vorgestellt werden auf Seite 3.

NICARAGUA

Seit längerem waren in den meisten Medien nicht gerade erfreuliche Nachrichten aus Nicaragua zu hören. Ein Jahr nach unserem Schwerpunkt-Beitrag zu ArbeiterInnenselbstverwaltung werden wir nun das Thema regelmäßig weiterverfolgen. Wir beginnen mit einem Überblick über die aktuelle Situation im Land: Das regierende UNO-Bündnis sieht sich einer Vielzahl von Auseinandersetzungen gegenüber sowie vor der im Hintergrund agierenden US-Regierung verarmt die Bevölkerung drastisch. Eine Einschätzung auf Seite 5

FAHRRAD

Den Wert als umweltfreundliches Verkehrsmittel hat die »1. Intercycle Cologne« als Fachmesse nicht thematisiert, hingegen allerlei Spezialisierungen im Fahrradbau aufgezeigt: Das Stadtrad, das Rad als Sportgerät, das Transportrad, das vollverkleidete Liegerad für Fernfahrten – alles interessiert beobachtet und farbig geschildert von unserem Autor Götz Paschen, der in einem zweiten Beitrag den »Professor für Fahrradanhänger« zu Wort kommen läßt. Im Kölner Laden »Zwei für zwei« bietet er ausschließlich Fahrradanhänger an und hat damit offenbar eine Marktlücke entdeckt. Seite 11

HANDWERK

Verbandsstrukturen gibt es keine im Arbeitskreis Ökologie und Handwerk (AKÖH), denn er wird von seinen Mitgliedern als unbürokratischer aber leistungsfähiger Zusammenschluß begriffen, der nicht durch Konkurrenzgedanken beeinträchtigt werden soll. Selbstverwaltete Schreinereien haben durch gemeinsames, sich unterstützendes Auftreten auf dem Markt einige Lieferanten zur Herstellung von ökologischen Produkten bewegen können. Individualität und Qualität konnte sich gegenüber Massenproduktion durchsetzen.
Außerdem zwei Berichte vom Schreinereientreffen, die unterschiedliche Einblicke in die Thematik »Rollenverhalten im Handwerksalltag« ermöglichen auf Seite 12.

GENOSSENSCHAFTEN

Konsumgenossenschaften haben wegen einigen Skandalen vielerorts einen schlechten Ruf. Die teilweise dominierende Rolle zur Grundversorgung von sozial Schwächeren vor 70 und 100 Jahren gerät dabei zunehmend in Vergessenheit. Am Beispiel der Konsum-Läden in Freiburg werden damalige Fortschrittlichkeit aber auch Gründe für ihr Verschwinden aufgezeigt. In einem zweiten Beitrag beleuchten wir die Entstehung einer neuen Lebensmittel-Genossenschaft. Die Bremer EVG als Interessengemeinschaft von ErzeugerInnen und VerbraucherInnen ist erfolgreich und stabiler als andere. Gegenüber der EG-Agrarreform wird sie als agrar- und verbraucherpolitisch wichtig vorgestellt auf Seite 13.

KURDISTAN-RUNDREISE

Auf den Spuren deutscher Außenpolitik

Ende September hielt sich eine Gruppe von Journalisten, Rechtsanwälten und MitarbeiterInnen internationalistischer Organisationen im türkischen Teil Kurdistans auf. Sie führte dort Gespräche mit verschiedenen demokratischen Organisationen.

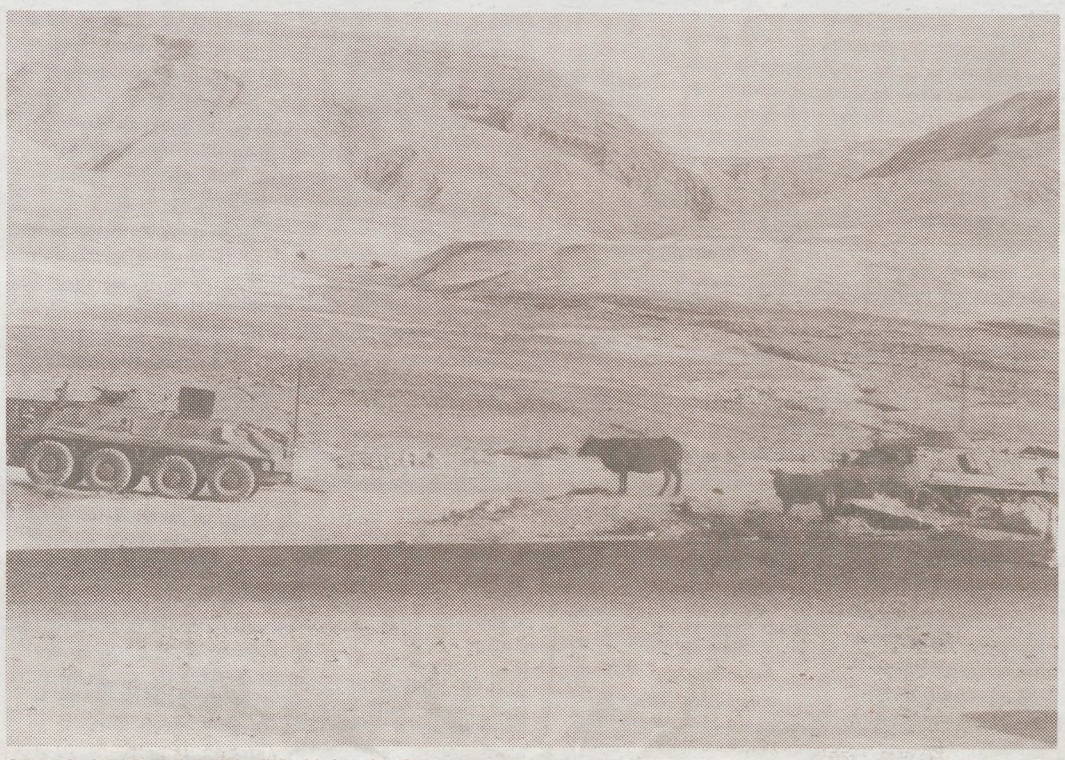


Bild mit Symbolkraft: kurdische Kuh nähert sich deutschem Panzer — Foto: Roland Röder

Eine der Teilnehmerinnen beschreibt ihre Eindrücke über ein Land, in dem Terror und Krieg gegen die Bevölkerung alltäglich sind. Ein Krieg, der mit deutschen Waffen und deutschem Geld geführt wird. Das Interesse der bundesdeutschen Medien beschränkt sich meist auf die Wiedergabe von Nachrichten von türkischen Nachrichtenagenturen, Armee und Innenministerium. Kurden und Kurdinnen treten bestenfalls als wild gewordenen Terroristen in Erscheinung, die deutschen TouristInnen den mit viel Schweiß erarbeiteten Türkei-Urlaub streitig machen wollen.

Fahrt in ein militärisch besetztes Gebiet

Ursel Quack, Redaktion Heidelberg ● Landung auf dem Flugplatz in Diyarbakir; ein Blick aus dem Fenster der Maschine, die noch am Ausrollen ist, gibt den ersten deutlichen Hinweis auf das, was uns angekündigt wurde. Wir fahren in ein militärisch besetztes Gebiet. Lediglich Militärflugzeuge stehen auf dem Flugplatz, die Einfahrten werden von türkischen Soldaten bewacht.

Wir werden von einem Vertreter des Menschenrechtsvereins Diyarbakir (IHD) am Flughafen abgeholt, und fahren im Taxi-Konvoi zum IHD, der im 6. Stock eines Hauses im Zentrum Diyarbakirs untergebracht ist. Der Vertreter des IHD, Abdullah Koç, soll für unsere Zeit in Kurdistan unser Dolmetscher sein.

Wir sitzen im Kreis, und schon geht das Gespräch los. Eine junge Frau mit einem zweijährigen Kind ist noch im Raum. Die Mutter des Kindes sitzt im Knast, angeklagt wegen »Landesverrat«. Darauf steht Tod durch Erhängen. 45 Tage lang war das Kind mit eingesperrt. Um von der Frau Aussagen zu erpressen, drohte man ihr, ihrem Kind den linken Arm abzuschneiden. Um die Entschlossenheit dazu zu beweisen, wurden ihm Schnitte am linken Unterarm und an der linken Schulter zugefügt.

Von Zeit zu Zeit fliegt ein Militärhubschrauber über die Stadt hinweg. Er taucht irgendwo hinter den Häusern auf, und verschwindet am Himmel. Eine Stunde später taucht er am Himmel wieder auf, da wo er verschwunden war, und landet hinter den Häusern. Eine Fensterscheibe ist kaputt, so daß wir jedesmal lauter reden müssen.

Abdullah erzählt von den Recherchen des IHD, und daß sie nicht mehr nachkommen. In einem kurdischen Dorf wurden 14 Bauern von den Sicherheitskräften ermordet. Zu zweit sind sie hingefahren, und konnten nach langem Hin und Her die Leichen besichtigen. Nur zwei der Leichen hatten Schußverletzungen, alle andern schwere Verbrennungen. Die IHD-Vertreter wurden an Ort und Stelle festgenommen und acht Tage eingesperrt, mit verbundenen Augen auf einer Holzbank sitzend, ohne Schlaf. Einer vom Militär drohte: Wenn Abdullah weiterhin Ausländer im Gebiet rumführt, wird ihm auch noch etwas zustoßen.

Zwischendurch klingelt immer wieder das Telefon. Eine junge Frau nimmt die Telefonate entgegen, ein paar Mal müssen wir unser Gespräch unterbrechen. Wir erfahren den Inhalt von zwei Anrufen: In Istanbul wurde die Wohnung des Bruders von Abdullah durchsucht, er wurde nicht angetroffen. Jetzt kann es sein, daß sich die Sicherheitskräfte an anderen Familienmitgliedern schadlos halten. Es wäre nicht das erste Mal.

Um 12.00 Uhr – es ist immer noch unser erster Tag in Diyarbakir – wurde vor einer Moschee in der Stadt ein Losverkäufer erschossen. Wir fragen warum: Seine Schwester ist bei der Guerilla. Am Tag zuvor war mittags ein Lehrer auf dem Schulhof – inmitten seiner Schüler – erschossen worden: Er war in der Lehrergewerkschaft organisiert. Die Lehrergewerkschaft setzt sich für eine Reform des Bildungswesens ein, gegen die Benachteiligung kurdischer Kinder, gegen den autoritären türkisch-nationalistischen Unterrichtsstil.

Keine Investition in die zivile Infrastruktur

Wir werden in einem Hotel 50 Meter vom IHD entfernt untergebracht. Wir haben Glück: In den Leitungen ist Wasser und wir können uns Staub und Schweiß abduschen und uns frischmachen. In einem der wasserreichsten Gebiete der Erde ist dies keine Selbstverständlichkeit. Die Leitungen sind kaputt, Abwasser vermischt sich zum Teil mit Leitungswasser, die Versorgung bricht von Zeit zu Zeit zusammen. Ein Mitglied der Gesundheitsgewerkschaft erzählt uns einen Tag später, daß viele Kinder deshalb an Infektionskrankheiten leiden und daß schon einige Kinder an Durchfall gestorben sind. Die türkische Verwaltung investiert keinen Pfennig mehr in zivile Infrastruktur. Die Krankenhäuser sind den Angehörigen der türkischen Sicherheitskräfte vorbehalten, einige Schulgebäude sind jetzt Soldatenunterkünfte. Der Gesundheitsgewerkschaft ist es verboten, in den Flüchtlingssiedlungen (»Über-Nacht-gebaute-Häuser«) Gesundheitsstationen aufzubauen oder gar Ärzte hinzuschicken.

Immer mehr Dörfer werden zwangsgeräumt, die Häuser zerstört, die Menschen in die Städte getrieben. Die Bevölkerung Diyarbakirs ist innerhalb der letzten vier Jahre von 250.000 auf über eine Million angewachsen. Mehr als die Hälfte sind arbeitslos. Auf den Straßen versuchen Händler Obst, Gemüse, Backwaren, Uhren, Feuerzeuge... zu verkaufen.

Fortsetzung auf den Seiten 4/5.

Aktuelle Ereignisse wie den Beschluß der PKK zum Zugangsverbot der Presse nach Kurdistan sowie die Angriffe der türkischen Armee auf die kurdische Kreisstadt Lice mit über 300 Toten haben wir kurz dargestellt auf Seite 3

P 8008 E

00.2621 14 001

Andreas Wischner
Frankenstr. 15

D-10781 Berlin

ROT-GRÜN-BRAUN ODER WIE ODER WAS?

Vom Ökosozialismus zur Sozialökologie?

»Die ökologischen Prinzipien, nach denen die organischen Gesellschaften geformt waren, treten nunmehr als soziale Prinzipien von neuem auf, um Utopia zu formen. Doch sind diese Prinzipien mittlerweile um die materiellen und kulturellen Errungenschaften der Geschichte bereichert worden. Die natürliche Ökologie wird zur gesellschaftlichen Ökologie.«
(Murray Bookchin)

Elisabeth Voß, Red. selbstorganisierte Lebensgemeinschaften ● Die in den 80er Jahren weit verbreitete Hoffnung, mithilfe einer rot-grünen Koalition einen gesellschaftlichen Wandel Richtung Ökosozialismus einleiten zu können – als dessen VorreiterInnen selbstverwaltete Projekte und Selbsthilfeinitiativen galten – ist verblaßt. Mit dem Ende der »realsozialistischen« Staatengemeinschaft ist der Sozialismus als politisches Ziel unpopulär geworden. Wie gelähmt starren die sich noch als fortschrittlich Begreifenden – mittlerweile gnadenlos zur staatstragenden Generation gealtert – auf den gesellschaftlichen Rechtsruck. Utopie scheint wieder mehr mit Science fiction denn mit politischen Konzepten zu tun zu haben, und die Jugend ist (von wenigen Ausnahmen abgesehen) auch nicht mehr, was sie einmal war.

Angesichts der ungeheuren ökologischen und sozialen Probleme scheint es daher kurzsichtig, ausgefallene Lösungsvorschläge von vornherein abzulehnen, nur weil sie gewohnten linken Selbstverständlichkeiten widersprechen. So erklärt z.B. der aus der DDR stammende, nach seiner Inhaftierung in den Westen abgeschobene Ex-Grüne Rudolf Bahro in seinem Buch »Logik der Rettung« (das er Ulrike Meinhof gewidmet hat) die Umweltzerstörung als Ausdruck der inneren Verfassung der Menschen. Er schlägt eine radikale Abkehr von unserem Wohlstandswachstumsmodell vor, welches – auch in seiner Müsli-Variante – weltweit nicht tragbar ist.

Rudolf Bahro bekleidet an der Berliner Humboldt Universität einen Lehrstuhl für Sozialökologie. Diese versteht er als Wissenschaft vom Verhältnis des Menschen zur Natur und zur Erde, die nach den Überlebensbedingungen der Menschen fragt, und nach den Motiven, die sie zu Macht und Zerstörung treiben. Von einigen Linken (z.B. Jutta Ditfurth, die wir in unserer Juli/August-Ausgabe dazu interviewten) wird ihm vorgeworfen, ökofaschistisches Gedankengut zu verbreiten, was sich v.a. an seinen Äußerungen zu Volk und Nation festmacht, und an seinem Konzept eines »Fürsten der ökologischen Wende«.

Wir berichteten im September '92 über »Die Bahro-Biedenkopf-Connection«, ein im Aufbau befindliches, kommunitäres Projekt in Sachsen, das ein Subsistenzwirtschafts-Modell werden soll (Subsistenz bedeutet Selbstversorgung, also einfache Produktion für den eigenen Bedarf der Gruppe, und damit weitgehende Abkoppelung vom kapitalistischen Markt). Im Januar '93 fand auf Initiative von Rudolf Bahro in Berlin ein Subsistenz-Colloquium statt. TeilnehmerInnen waren u.a. die Vertreterinnen einer ökofeministischen Subsistenzperspektive: Maria Mies, Claudia von Werlhof und Christina Thürmer-Rohr, die mit ihrem Ansatz die dreifache Kolonialisierung (der Frauen, der sog. »3. Welt« und der Natur) durch den weißen Mann aufheben wollen. Desweiteren saß auf dem Podium der Berliner Politologie-Professor (Freie Universität) Fritz Vilmar, seinerzeit profilierter Vertreter einer ökosozialistischen Perspektive und scharfer Kritiker von Bahro's »Fürsten«.

Er trifft sich mit Rudolf Bahro an dem Punkt, wo dieser die konkrete politische Forderung nach einer Entwicklung regionalökonomischer Konzepte stellt, die in sich bereits den Beginn der Subsistenzwirtschaft bergen. Vor allem als wirtschaftliche Perspektive für die neuen Bundesländer und angesichts der allgemeinen Ratlosigkeit (auch der Linken) sollten solcherlei Vorschläge nicht unterschätzt werden – wenn sie auch eigentlich nichts Neues, aber als umfassende Strategie für Krisengebiete erst im Beginn der Diskussion und modellhaften Entwicklung sind.

Allerdings kommen die mit ABM und anderen öffentlichen Mitteln in der EX-DDR angelaufenen Modellprojekte ohne Bezüge auf Völkisches aus, orientieren sich rein pragmatisch an der Schaffung sozial und ökologisch vertretbarer Arbeitsplätze mit nachhaltiger regionaler Perspektive. Ob das weit genug trägt, bzw. welche Art Überbau sich daraus entwickelt, wird die Zukunft zeigen.

Wir veröffentlichen auf den Seiten 5 bis 9 ein Interview mit Rudolf Bahro, einen Beitrag von Peter Kratz zu Bahros (angeblichen) ökofaschistischen Machenschaften, die Rede, die Fritz Vilmar auf dem Subsistenz-Colloquium gehalten hat, und einen Artikel von Roman Schweidlenka (unseren LeserInnen bekannt u.a. als Aufdecker ökofaschistischer Ideen und Kontakte innerhalb der deutschsprachigen grünen Bewegungen) über die verschiedenen Strömungen der amerikanischen Öko-Szene, als deren fortschrittlicher Teil sich die Sozialökologie versteht (z.B. Murray Bookchin). ●

FÜR PROJEKTE UND INITIATIVEN:

ASPIRINA D7: An-Schups-Pillen in homöopathischen Dosen

Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht online gezeigt werden.

SELBSTDARSTELLUNG:

Wir, das sind drei Frauen und vier Männer, verwalten gemeinsam seit Sommer '93 das Erbe einer von uns. Wir leben oder lebten alle in Projekten/Kommunen, arbeiteten oder arbeiten in selbstverwalteten Betrieben. So wissen wir auch um die politische Notwendigkeit, Räume zu schaffen, in denen Versuche gegen die herrschenden Strukturen von Ausbeutung, Unterdrückung, Ausgrenzung und Vereinzelung gestartet werden können.

Nun haben wir uns überlegt, wie wir denn sinnvoll dieses Geld, ein Jahresetat von ca. 150.000 DM anderen Projekten zur Verfügung stellen können.

Wir möchten in erster Linie Kredite vergeben, um das Geld wieder anderen Gruppen anbieten zu können. Geld verschenken können und wollen wir, wenn überhaupt, nur in kleinen Mengen.

Bei der Frage, wohin könnte das Geld gehen, haben wir uns erst einmal auf drei Bereiche beschränkt, zu denen wir auch einen persönlichen Bezug und in die wir Einblicke haben:

- Wir möchten Gruppen, die in selbstorganisierten und gleichberechtigten Zusammenhängen leben und arbeiten, unterstützen.
- Privateigentum ist eine häufige Ursache für Machtpositionen. Deshalb möchten wir die Abschaffung des Privateigentums an Land, Gebäuden und Produktionsmitteln besonders fördern.
- Wir möchten Menschen, die in dieser Gesellschaft ausgegrenzt werden, in ihrem Kampf dagegen unterstützen.

Es ist sicherlich recht schwierig, Projekte, Gruppen und Initiativen nach solchen Zielen zu beurteilen. Wir haben zwar einige Kriterien aufgestellt, an denen wir uns orientieren wollen, aber es ist uns klar, daß sie nur eine Richtschnur sein können und kein Ersatz für persönliche Gespräche – die subjektive Einschätzung bleibt. Wir werden erst Erfahrung in der Praxis sammeln müssen. Die Fragen an Euch, die wir gesammelt haben, spiegeln unsere Kriterien wider und Eure Antworten sollen uns als erste Informationen dienen.

Unsere Fragen an Euch:

- Seid Ihr eine Gruppe, wieviele seid Ihr und seit wann gibt es Euch?
- Seid Ihr ein wirtschaftlich arbeitendes Projekt? oder
- Seid Ihr im politischen, sozialen oder kulturellen Bereich tätig? Oder beides?
- Was macht Ihr konkret?
- Macht Ihr Öffentlichkeitsarbeit?
- Seid Ihr mit anderen Gruppen vernetzt?
- Habt Ihr Euch basisdemokratisch, selbstbestimmt organisiert bezüglich Entscheidungsstrukturen, Arbeits-/Aufgabenbereichen etc. ?
- Wie ist Euer Geschlechterverhältnis in der Gruppe?
- Praktiziert Ihr eine kollektive Lebenssicherung?
- Wie sind Eure Besitzverhältnisse?
- Habt Ihr eine Rechtsform gefunden?
- Wofür braucht Ihr das Geld?
- Wieviel braucht Ihr?
- Habt Ihr Euch nach anderen GeldgeberInnen und Institutionen umgesehen, finanziert Ihr Euer Vorhaben zum Teil aus anderen Quellen? Oder warum nicht?
- Wie könnt Ihr Euch konkret die Rückzahlung des Kredites, falls es einer sein soll, vorstellen (Laufzeit, Zinsen) und wie und woher finanziert Ihr die Rückzahlung?

Bis Weihnachten brauchen wir Eure Anträge und eine Reaktion auf unsere Fragen, um uns bis Ostern mit den einzelnen Anfragen beschäftigen zu können und danach zu entscheiden. Wir vergeben also nur einmal im Jahr. Für Notfälle gibt es einen Feuerwehrfonds.

Wir haben bis jetzt noch keine eindeutige Zinsregelung gemacht und wollen ein abgestuftes System entwickeln. Für uns gibt es einen Unterschied zwischen wirtschaftlichen Arbeitsprojekten und sozialen, politischen und kulturellen Projekten, die auf eine andere Art der Finanzierung angewiesen sind. Außerdem wollen wir keine Vollfinanzierung übernehmen, da wir mehrere Standbeine in den Projekten für sinnvoll halten.

Halt, es ist nicht hoffnungslos. Schmeißt den Antrag noch nicht in den Papierkorb, sondern beantwortet die Fragen, so wie Ihr halt seid – das mit dem Papierkorb können wir immer noch erledigen.

In diesem Sinne wünschen wir frohe Weihnachten und Glück & Geld für alle, die 7 Aspirierenden! ●

Anschrift:
ASPIRINA D7
Presseweg 6 · 38170 Eilum

SOZIALPOLITISCHES FORUM 1993 BERLIN

»Begegnung und Vernetzung sozialpolitischer Initiativgruppen aus Ost und West – Auftakt zum Sozialpolitischen Runden Tisch«

Das Sozialpolitische Forum vom 3. bis 5.12.1993 soll ein Sammelbecken der verschiedensten Vernetzungsansätze der sozialpolitischen Bewegung in Ost- und Westdeutschland sein, um zu einem gemeinsamen Gespräch zu kommen. Insbesondere auf dem Hintergrund der aktuellen Kürzungen im sozialen Bereich wird in sechs Foren zu den Themen Erwerbslosigkeit/Grundsicherung; Wohnungsnot; Multikulturelles Leben; Alternative Wirtschaftsformen; Jugendumweltbewegung; Ambulante Dienste/Pflegeversicherung versucht, die unterschiedlichen Problemlagen in Ost und West herauszuarbeiten und gemeinsame Ansätze einer weiteren Vernetzung zu diskutieren.

Den Einstieg zu den inhaltlichen Foren setzen zwei Referate zur Geschichte und aktuellen Situation des Sozialabbaues in Ost (Petra Bläss, MdB, PDS/Linke Liste) und West (Wolfgang Scherer, Bundesarbeitsgemeinschaft der Sozialhilfeinitiativen).

Das Sozialpolitische Forum kann zu einem Forum der Widerstandsbewegung gegen die ungerechte Umverteilungspolitik werden, denn auch bis Ende 1993 wird der Sozialabbau noch nicht gestoppt sein.

Als einen ersten konkreten Schritt der Gegenwehr gegen den sozialen Kahlschlag sind alle sozialpolitischen Verbände, Interessensvertretungen und Initiativen aufgerufen, sich im Rahmen der Veranstaltung an der Gründung des »Sozialpolitischen Runden Tisches« zu beteiligen!

Veranstalter: Arbeitsgemeinschaft Sozialpolitischer Arbeitskreise und Sozialpolitische Gesellschaft e.V. in Kooperation mit Buntstift e.V. und Brandung – Werkstatt für politische Bildung.

Informationen: AG SPAK, Adlzreiterstr. 23
80337 München, Tel. (0 89) 77 40 78; Fax 77 40 77

CONTRASTE INTERN

Erleichtert uns die Arbeit!

Seit die Post in diesem Sommer das Porto erhöht hat, sind die CONTRASTE-Kosten drastisch angestiegen. Einzugsermächtigungen von möglichst vielen AbonnentInnen können uns – auch langfristig – weiterhelfen.

Redaktion Heidelberg ● Unsere bisherigen Aufrufe zur Aktion »Abo 2000« sind nicht nur begründet durch bis vor kurzem leicht sinkende Abozahlen. Neueste Auswertungen unserer Ausgabenstruktur haben ergeben, daß insbesondere externe Faktoren unsere Kostenschraube drastisch nach oben drehen. Ein Vergleich mit den gleichen Monaten im Vorjahr zeigt, daß neben den gestiegenen Vertriebskosten im Postzeitungsdienst vor allem die Portokosten im September um 150% höher zu Buche geschlagen sind. Mit Abschaffung der (relativ billigen) Drucksache hat der »Gelbe Riese« also im Stillen eine Politik primär gegen Kleine eingeläutet – die nun, mit weitaus größerer Publicity, in den letzten Tagen deutlicher wurde durch die Entlassungen von Post- und Telekom-Angestellten. Was früher ein Drucksachen-Versand für 60 Pfennig pro Abo-Rechnung war, kostet heute, wie jeder normale Brief, eine volle Mark. Im Mittelalter wäre sowas noch als Raubzug der Mächtigen gegen deren abhängige Untertanen gebrandmarkt worden! Heute wird es wohl nur noch als administrative Maßnahme im Privatisierungsfieber gesehen.

VORSCHLÄGE AN UNSERE LESERiNNEN

Darum die Bitte an unsere AbonnentInnen: Helft uns, die Portokosten für den Rechnungsversand zu minimieren und übermittelt uns eine **Einzugsermächtigung** für Euer Konto. Am einfachsten schickst Du (auch wenn Du schon AbonnentIn bist) uns den unterschriebenen Abo-Talon zu (Du findest ihn auf der Rückseite dieser CONTRASTE) und vermerkst darauf Deine 6-stellige KundInnenNummer, die auf dem Adressaufkleber oben links gedruckt ist. Neben der zukünftigen Arbeitserleichterung für beide Seiten ersparen wir uns damit die teuren Portokosten für die Abo-Rechnungen und tragen zu einer nicht unwesentlichen, langfristigen Kostenreduzierung für CONTRASTE bei.

Gute Vorschläge schaden nicht, mehrere Male verbreitet zu werden. Somit wollen wir alle LeserInnen ermuntern – ob als Weihnachtsgeschenk oder als Beitrag zur Gründung der ersten selbstverwalteten Nikolaus-Genossenschaft – reihenweise CONTRASTEAbos oder mindestens Schnupper-Abos zu verschenken. Bekanntlich gibt's für ein **Neu-Abo** die BUNTEN SEITEN, unser Adressverzeichnis der selbstverwalteten Betriebe und Projekte, zusätzlich. Das **Schnupper-Abo** sorgt mit läppischen 10 DM für ein drei Monate währendes CONTRASTE-Lesevergnügen. Haben wir Dich angesprochen? Die beiden Schnipsel auf dieser Seite lenken Deine Wünschen in die richtigen Bahnen!

Als dritten Vorschlag – und damit auch gelegentliche sowie finanzschwache Zweit- und Dritt-LeserInnen die CONTRASTE unterstützen können – empfehlen wir den Gang in die nächste **Stadt- oder Unibibliothek**, um dort so überzeugend von CONTRASTE zu schwärmen, daß umgehend eine eine Bestellung bei uns eintrudelt. So geschehen durch Ute in einer Heidelberger Bücherei, auf daß nun offenbar mehrere Besucherinnen im Lese-Exemplar blättern und möglicherweise demnächst selbst abonnieren. Ein Tip am Rande: Die Schwärmerei ist umso effektiver, je eher Du ein Ansichtsexemplar dabei hast; die Heidelberger Redaktion kann Dir gerne weiterhelfen, ebenso mit Werbefaltblättern.

ZUM JETZIGEN STAND

Bisher sind wir noch nicht von Neu-AbonnentInnen überschwemmt worden. Seit der Sommerpause gab es 49 Neu-Abos und 32 Abbestellungen. Bereinigt bedeutet das einen Zuwachs von 17 AbonnentInnen (Stand 29.10.93). Dazu ist zu sagen, daß sowohl die in der letzten Nummer erfolgte Lancierung der Schnupper-Abos als auch die Anzeigen in anderen Zeitungen und Zeitschriften noch nicht wirksam werden konnten. Um so mehr hoffen wir auf die Verbundenheit und Aktivität unserer bisherigen AbonnentInnen! ●

SCHNUPPERABO

Ich/Wir bestellen CONTRASTE zum dreimonatigem kennenlernen zum Schnupper-Preis von 10 DM. Das Schnupper-Abo ist auf drei Monate befristet und läuft ohne weitere Verpflichtung aus. 10 DM habe ich in Briefmarken/Schein/Verrechnungsscheck beigelegt.

Name: .....

Straße: .....

PLZ, Ort: .....

Datum, Unterschrift: .....

Coupon ausgefüllt an CONTRASTE-Vertrieb, Postfach 10 45 20, 69035 Heidelberg einsenden.

SCHNIPSEL

CONTRASTE

JETZT BESTELLEN: Ich/Wir bestelle/n die BUNTEN SEITEN 1993 zum Bezugspreis von 20,— DM (incl. Versand)

WiederverkäuferInnen erhalten ab 3 Stück 30% Rabatt (14,— DM)

Name:

Adresse:

Stückzahl:

Datum: Unterschrift:

Zahlungsweise (zutreffendes bitte ankreuzen)

— Einzugsermächtigung: Ich erkläre mich damit einverstanden, daß der Bezugspreis für die BUNTEN SEITEN 1993 von meinem Konto abgebucht wird.

Kontoinhaber:

Geldinstitut:

Konto-Nr.: BLZ:

Diese Einzugsermächtigung wird ungültig, wenn ich sie schriftlich widerrufe.

Datum: Unterschrift:

— Gegen Rechnung. Ich zahle sofort nach Erhalt der Rechnung. **Bitte keine Vorauszahlung auf unser Konto !**

— **Ein Verrechnungsscheck liegt dieser Bestellung bei.**
Coupon ausgefüllt an CONTRASTE-Vertrieb, Postfach 10 45 20, 69035 Heidelberg, einsenden.

BUNTE SEITEN 1993

15 JAHRE NETZWERK SELBSTHILFE BERLIN:

»Das finde ich aber wichtig, daß die Geld bekommen«

Falls eines Tages mal untersucht werden sollte, wie eigentlich eine Idee in der Alternativszene konkret umgesetzt wird, dann wird man auf die enorme Wichtigkeit von Küchentischgesprächen in Wohngemeinschaften stoßen. So war es auch bei der Gründung des Netzwerk Selbsthilfe in Berlin (siehe den Artikel von Christian Wend). Das seit 15 Jahren bestehende Netzwerk gehört damit zum erlauchten Kreis derjenigen Projekte, die durch ihre Existenz beweisen, daß die Projekteszene auch mit einem langen Atmen ausgestattet sein kann. Oder um es mit den Worten einen langjährigen Netzwerk-Mitarbeiters auszudrücken: »Ja mei, fünfzehn Jahre sind kein Pappenstiel.« Herzlichen Glückwunsch!

Ein Interview mit Netzwerk-Mitarbeiterin Elisabeth Bolda

Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht online gezeigt werden.

CONTRASTE: Wer tritt heute noch als Unterstützer dem Netzwerk bei?

Netzwerk: Es läuft meist so, daß die Leute, die sich für das Netzwerk interessieren, vorbei kommen und an der Projektegruppe teilnehmen, wo die Anträge durchgesprochen werden und bis zu 2.000 DM auch entschieden werden kann. Die Arbeit und die Diskussionen in dieser Gruppe sind wirklich sehr spannend. Viel von dem, was in Berlin passiert kommt hier als Antrag auf den Tisch und dazu kommen die Menschen, die ihre Anträge vertreten und aktiv in den Gruppen arbeiten. Die Teilnahme an unserer Förderpolitik ist dann die Motivation zu sagen: »Das finde ich aber wichtig, daß die Geld bekommen.« Zum anderen treten Leute aus den geförderten Projekten dem Netzwerk bei, die Projekte selber oder ein befreundetes Projekt.

Wieviel Geld könnt ihr denn im Jahr verteilen?

Bisher konnten wir immer mit den Einnahmen aus den Darlehensrückzahlungen und den Mitgliedsbeiträgen rechnen. Da sich aber mit den Jahren die Art der Förderung verschoben hat und zwar von Darlehen in Richtung Zuschüsse, geben wir mit kleineren Fördersummen mehr Geld aus und das geht jetzt an die Substanz. In den ersten Netzwerkjahren wurden etwa 40-50 Anträge mit einer halben Million gefördert, heute sind es über 70 geförderte Anträge und die Zuschüsse wurden 1993 zum ersten Mal auf 70.000 DM begrenzt. Dazu kommen natürlich noch Gelder, die für Darlehen ausgegeben werden können: zwischen 150.000 und 200.000 DM.

Mit der Netzwerk-Gründung vor 15 Jahren waren auch viele Hoffnungen verbunden. Heute muß man feststellen, daß sich dies so nicht realisiert hat. Welchen Stellenwert hat heute das Netzwerk in Berlin und in Westdeutschland?

Westberlin existierte schon immer unter einer Art Käseglocke. Die Gründung der einzelnen autonomen Netzwerke im Bundesgebiet gab dem Netzwerk Berlin dann auch die Möglichkeit, sich auf Anträge aus Westberlin zu konzentrieren. So gut es ist, daß sich die Idee Netzwerk auch in der weiteren Gründung von Netzwerken umgesetzt hat und so verdammt schwierig wie es war, Anträge aus Westdeutschland hier vernünftig zu bearbeiten, so hatte es für die Berliner doch den negativen Aspekt, sich mit der Entwicklung in den alten Bundesländern nicht mehr genügend auseinandersetzen zu müssen. Der Versuch über die Bundesarbeitsgemeinschaft der Netzwerke, so eine Art Service und Verknüpfungsstelle für alle Netzwerke zu haben, ist ja leider auch an Geld und Zeitmangel gescheitert. Dieses Problem ist im europäischen Rahmen ja noch schwieriger zu lösen, ein Treffen europäischer Netzwerke in Portugal, was jetzt gerade stattfindet, ist für uns einfach nicht mehr zu finanzieren. Was ich über die Netzwerke in den anderen Bundesländern mitbekomme – z.B. bei den jährlichen Treffen, die es ja noch immer gibt – ist, daß die Bedeutung des jeweiligen Netzwerks und auch die Aktivitäten und Arbeitsschwerpunkte ganz unterschiedlich sind.

Die anfänglichen Hoffnungen, immer größer und politisch einflußreicher zu werden, mit einer anderen Form zu leben und zu arbeiten und Politik zu machen, das herrschende gesellschaftliche System auszuhebeln, wurden bekanntermaßen schon einige Jahre nach Gründung des Netzwerks, in der gesamten Alternativszene, zumindest was die Verwirklichung in diesem Jahrtausend angeht, etwas vorsichtiger gehandelt. Die Bedeutung des Netzwerks Berlin sehe ich, außer in der notwendigen Mittelvergabe, durch seine autonome, nicht durch staatliche Mittel beeinflußte Unabhängigkeit. So ist es möglich, Vernetzer oder Vermittlerfunktionen wahrzunehmen, ohne daß andere uns Eigeninteressen unterstellen – sei es früher in Sachen Netzbau und Vermittler zwischen den Fronten für besetzte Häuser, oder später bei den Forderungen an den Rot-Grünen Senat, beim Kubatdreieck oder dem Verteilerrat für Ostberliner Projekte.

Wir haben auch eine Vernetzerrolle für Informationen, die uns bereitwillig gegeben werden für Projekte und die Initiativen und die hier abzuholen sind. Das geschieht auch in Veranstaltungen, Interviews für den Rundbrief oder bei der Mitarbeit an unserem Reader für Fördertöpfe in den neuen Bundesländern.

Seit der Maueröffnung gibt es hier in Berlin zwei Städte in einer Stadt. Was hat sich dadurch für Euch verändert? Arbeitet ihr auch im Ostteil der Stadt?

Zuerst haben wir mit dem Verteilerrat versucht, das waren die Gruppen der Bürgerbewegungen als Vertreter für die Ostberliner Projekte, einen unabhängigen Spendenfonds zu initiieren. Das hat aus verschiedenen Gründen nicht so geklappt, wie wir es uns vorgestellt hatten. Es wurde dann aber mit den kommunalen Wahlen in der DDR im Frühjahr '90 auch deutlich, daß es bald nur noch eine Stadt geben wird. So haben wir uns im Sommer '90 entschieden, trotz noch existierender DDR, in Ostberlin Projekte zu fördern. Gleichzeitig haben wir lange Diskussionen gehabt, z.B. ob wir in Ostberlin ein neues Büro aufmachen. Wir haben uns dann dagegen entschieden, weil uns auch klar wurde, daß hier nicht nur zwei verschiedene Städte sind, sondern auch zwei verschiedene Kulturen.

Wenn wir das zusammenschmeissen, dann gibt es ein Hickhack, einen Durchmarsch oder sonstwas. Wir sind ein Westberliner Netzwerk, fördern im Osten und sehen, daß wir uns in unseren Diskussionen und Gremien langsam öffnen und Leute aus dem Ostteil der Stadt in unserer Arbeit integrieren und uns interessieren für das, was dort passiert.

Wie hat sich deiner Einschätzung nach seit dem Fall der Mauer die Scene verändert?

Ich denke, die Maueröffnung ist eine Zäsur, die Veränderungen mit sich brachte und bringt, die in breiten Kreisen noch überhaupt nicht begriffen wurden. Auch in den Projektkreisen hier in Westberlin und in Ostberlin. Im Ostteil der Stadt stehen sie in einem Überlebenskampf, haben derart viele Veränderungen erlebt, daß es schwer fällt, in Perspektiven zu denken. Uns geht es im Westen im Prinzip ähnlich. Es wird mehr daran gedacht, wie der Status Quo zu erhalten ist und sich gegen eine Veränderung zu sperren. Das ist einfach rückschrittlich, es gibt einfach eine Veränderung. Es wäre eben cleverer zu überlegen, wie man Einfluß auf sie nehmen will.

Aber solche Diskussionen gibt es doch gar nicht hier in Berlin.

Nein, es gibt sie noch zu wenig, aber ich denke: das ist der wirkliche Rückschritt. Es kann einfach nicht darum gehen: Wir wollen dies nicht, wir wollen das nicht: Hauptstadt nicht, Olympiade nicht. Es kann nur darum gehen zu sagen: Wir wollen eine Stadt mit Grün, mit sauberer Luft, mit sauberem Wasser, in der Menschen aller Hautfarben auch mit weniger Geld in der Innenstadt leben können: Hauptstadt hin oder her, aber wenn, dann z.B mit bezahlbaren Mieten, auch fürs Gewerbe. Also, daß bestimmte Pflöcke gesteckt und daraus Forderungen entwickelt werden.

Es ist zur Zeit doch so, daß überall öffentliche Mittel gestrichen werden. Merkt ihr dies in der Zunahme der Anträge? Kommen mehr Projekte auf euch zu, weil sie vom Senat kein Geld mehr bekommen? Wie ist die Situation der Projekte und wie reagiert ihr darauf?

Was wir nie wollten und konnten und auch immer noch nicht können, ist auch nur ein soziales Projekt, das eine Regelfinanzierung vom Senat braucht, zu finanzieren. Insofern kann eine Unterstützung von uns nie Ersatz für staatliche Förderung sein. Was wir machen können, sind Überbrückungsdarlehen zu geben, wenn Projekte um ihr Überleben kämpfen. Im Moment haben auch die Kürzungen noch nicht so durchgeschlagen, daß Projekte vom Tisch gefegt worden sind. Es sind Stellen und Sachmittel gekürzt worden, aber die meisten Kürzungsvorschläge sind noch in der Androhungsphase.

Aber die Situation wird doch für Berliner Projekte schwieriger. Wie waren z.B. Eure Erfahrungen bei der Kampagne gegen die rasante Steigerung der Gewerbemieten?

Der Ansatz war, daß wir Anträge hatten, sowohl aus dem Kinderladenbereich, als auch von Künstlern und Kiezgruppen, die von Mieterhöhungen betroffen waren. Auch von vielen kleinen Betrieben wußten wir, daß es dort drastische Mieterhöhungen gibt. Die Überlegung war einfach, als Vernetzendre aufzutreten und zu sagen, man müßte bestimmte Ansätze von Widerstand zusammenfassen und bekannt machen. Kontakte nutzen, die Netzwerk hat zum Selbsthilfe-Baubereich, zu S.T.E.R.N. oder Stattbau. Wir haben Plakate zu dieser Thematik gemacht, einen Kinospott, eine Infozeitung, eine zweitätige Veranstaltung mit den verschiedenen Gruppen. So wurde das Problem etwas öffentlicher und Informationen aus unterschiedlichen Bereichen gebündelt. Es gab ein gutes Feedback.

Glaubst Du, daß das Netzwerk nochmals 15 Jahre bestehen wird?

Natürlich hängt das von der ganzen politischen und auch wirtschaftlichen Entwicklung ab. Aber in gewisser Weise ist es doch gerade die katastrophale wirtschaftliche Situation, die nach alternativen Konzepten schreit. Als wir in den 70igern anfingen, in einer Zeit der relativen Prosperität, stand im Vordergrund, sich politisch aus einer repressiven Gesellschaft zu befreien. Der Selbsthilfegedanke aber hat heute eine ganz andere Notwenigkeit, nicht nur als politisches Bekenntnis, sondern als ökonomische Notwendigkeit Mehr denn je ist es ein Konzept, daß in einem weit größeren Rahmen gesellschaftsfähig gemacht werden könnte. Und staats- und parteiunabhängige Töpfe und Institutionen wie das Netzwerk sind doch dadurch wichtiger denn je. Wenn das Netzwerk diese Rolle beibehält und sich keiner Gruppe direkt anschließt, die Notwendigkeit außerdem von den jeweils Beteiligten erkannt wird, dann ist der Überlebensdauer nichts im Wege gestellt. ●

Das Interview führte Waldemar Schindowski

KLEINE ENTSTEHUNGSGESCHICHTE DES NETZWERK SELBSTHILFE

Nach einer Zukunftswerkstatt saßen wir in der Küche bei Werners und ärgerten uns über Duckmäusertum und die Erfolgslosigkeit linker Parolenpolitik (Weg mit, Kampf dem, Schluß mit). Klaus (*) erzählte, er habe beim Aufräumen ein Plakat gefunden, daß zu einer Demonstration gegen Berufsverbote aufrief. Es erschien ihm ganz aktuell, als er aber auf das Datum schaute, merkte er, daß es schon über vier Jahre alt war. »So phantasievoll sind wir also und so erfolgreich, daß wir unsere Plakate wie kirchliche Reliquien alle Jahre wieder hervorholen können«, klagten wir. »Wir müßten uns absichern, wir müßten eine Berufsverboteversicherung machen und dem Staat ein Schnippchen schlagen: je mehr er die Repressionsschraube anzieht, desto mehr lassen sich gegen Berufsverbot versichern und desto mehr Geld kommt zusammmen. Im »Schadensfall« bekäme der Betroffene aber nicht einfach sein Geld zur Sicherung des Existenzminimums, sondern er/sie muß dafür in einem Alternativprojekt arbeiten, das ihn interessiert und das ihn auch will. Damit können wir eine Brücke zwischen dem Alternativbereich und der Linken schlagen.« So unsere damalige Gedanken, die mit einem Schuß Naivität, mit Pragmatismus und Phantasie zusammengebraut waren – so wie wir auf den Zukunftswerkstätten schon oft rumgesponnen hatten. Das war im Dezember 77. Wir gingen auseinander, die schöne Idee der Berufsverboteversicherung wurde erstmal hinten links irgendwo abgelegt, und schlummerte vor sich hin. Im Frühjahr 78 irgendwann bildete sich eine Gruppe, die aus der Idee ein »Projekt« machen wollte. Zu Klaus, Ute, Wolf-Dieter, Lissie und mir stießen Eri und Joseph (*). In der Folgezeit wurde der Plan der Berufsverboteversicherung ausgelotet, abgewogen und schließlich als nicht tragfähig verworfen. Neben versicherungsrechtlichen Problemen erschien uns besonders zweifelhaft, daß genügend Geld zusammen kommen würde, da sich ja in erster Linie nur die tendenziell Betroffenen versichern würden. Weitere Schwierigkeiten machte der Gedanke, wie sich ein Berufsverboteopfer dann in ein Alternativprojekt integrieren sollte, wenn bisher keine Kontakte zwischen beiden vorhanden waren, unsere Idee des Brückenschlags erwies sich bei näheren Hinsehen als utopisch und gruppendynamisch kaum realisierbar.

Durch Joseph kam immer mehr der Gedanke der Förderung des Alternativbereichs ins Spiel. Der Ansatz der kleinen Netze als selbsthilfeorientierter Verbund quasi genossenschaftlicher Produktion und Verteilung wurde von ihm ebenso eingebracht wie der Gedanke der CLAP-Steuer aus England, wo Projekte eine Art Gemeinschaftskasse für projektübergreifende Aufgaben eingerichtet haben. Dies nun gekreuzt mit unserer alten Idee der linken Solidaritätskasse für projektübergreifende Aufgaben, da kam eben etwas heraus, was sich als Netzwerk Selbsthilfe entpuppte. Diese Konstruktion verbindet den Gedanken der Solidargemeinschaft, die in der Lage ist, den einzelnen vor Gefahr zu schützen, mit der Möglichkeit, entstehende oder in wirtschaftliche Schwierigkeiten geratene Alternativprojekte zu unterstützen, sofern sie die von uns politisch gewollten Grundsätze der Selbstverwaltung befolgen. Somit war das Ziel der politischen Versicherung erfüllt, in dem Einzelpersonen im Berufsverbotsfall Förderung beantragen konnten, als auch der Finanzbedarf der Alternativprojekte durch die Mobilisierung »linken Kapitals« weit besser befriedigt werden konnte als einer bei Umverteilung der Armut durch eine gemeinsame Kasse von Alternativprojekten: Der kapitalisierte Brückenschlag zwischen dem Alternativbereich und der Linken. ●

Christian Wend

* Die Personen waren, soweit wir sie im nachhinein »identifizieren« konnten: Klaus Werner, Ute Werner-Thilo, Wolf-Dieter Narr, Eri Kemann und Joseph Huber. Lissie haben wir leider nicht mehr wiedergefunden.

Aus: Rundbrief, Netzwerk Selbsthilfe Berlin, Nr. 62, 29.9.1993

Anzeige

VERBAND

netz

Zusammenschluß selbstverwalteter und ökologisch orientierter Betriebe und Projekte

Informationen anfordern bei:

netz für Selbstverwaltung und Selbstorganisation
Huckarder Straße 12
44147 Dortmund
Tel. 0231/16 24 76
Fax 0231/16 27 98

ZUR AKTUELLEN SITUATION IN TÜRKISCH KURDISTAN:

Kurdistan vor offenem Krieg?

Zusätzlich zu unseren, schon länger fertiggestellten Beiträgen zu einer Reise nach Kurdistan (S. 1, 4 & 5) gehen wir nachfolgend kurz auf die aktuellen Ereignisse ein. Der Beschluß der PKK zum Zugangsverbot der Presse nach Kurdistan sowie die jüngsten, blutigeren Angriffe der türkischen Armee auf kurdische ZivilistInnen deuten auf eine rasante Zuspitzung der Situation hin.

Kurdistan-Komittee/BULO/Red. Heidelberg ● Nachdem Ende Oktober in der türkischen Presse und damit mindestens in den größeren Medien Westeuropas die Meldung verbreitet wurde, die PKK habe die »Pressefreiheit eingeschränkt und die Presse bedroht«, ist hier eine Korrektur des Sachverhaltes angebracht, die wir einer Pressemitteilung des Kurdistan-Komitees entnehmen: »Die kurdische Befreiungsbewegung hat mit dem Zugangsverbot für Presse- und Rundfunkvertreter in die kurdischen Gebiete die Unterstützung der türkischen Presse für den schmutzigen Krieg gegen das kurdische Volk verurteilt. Die türkische Presse ist heute mehr denn je ein Werkzeug des schmutzigen Krieges. Gleichzeitig hat die kurdische Befreiungsbewegung mit der Aktion auf die Ermordung oppositioneller Journalisten und Zeitungsvertreiber hingewiesen. (...) Der Staat befürwortet diese Morde. Indem Staatspräsident Demiral sie als »Militante« bezeichnet hat, unterstützt er die Mordtaten. So hat der Pressesprecher der Regierung, Yildirim Aktuna, am 15.10. erklärt: »Einige Zeitungen stellen nur Journalisten ein. Denen passiert nichts. Aber einige andere Zeitungen stellen Personen als Journalisten ein, die aus dem Terror kommen. Sie könnten aus diesem Grunde ermordet worden sein«. Aktuna erklärte also damit, daß alle, die nicht entsprechend der türkischen Staatsdoktrin handeln und wie sie denken, Terroristen sind und deshalb ermordet werden können. In diesem Zusammenhang möchten wir daran erinnern, daß sich unter den sogenannten »terroristischen Journalisten«, die die Regierung ermordet hat, auch der 83 Jahre alte, bekannte Schriftsteller Musa Anter befunden hat. (...) Es soll darauf hingewiesen werden, daß derzeit keine Pressefreiheit gegeben ist, da die demokratischen Bedingungen dazu nicht geschaffen sind. Nicht die Presse wird eingeschränkt, sondern die Werkzeuge, die der »ethnischen Säuberung gegen das kurdische Volk dienen. Die »Pressefreiheit« in Kurdistan ist durch den Staat aufgehoben. Die Festnahmen von Journalisten gehen weiter.«

Derweil gehen die Angriffe der türkischen Armee auf die kurdische Zivilbevölkerung weiter, so z.B. am 22. Oktober in der Kreisstadt Lice (Provinz Diyarbakir) mit weit über 300 Toten. Der Bundeskongreß entwicklungspolitischer Aktionsgruppen (BUKO) hat daraufhin zwei MitarbeiterInnen der Aktion 3. Welt Merzig-Wadern (vgl. Bericht Seite 1) beauftragt, in das Krisengebiet zu reisen, um die Situation vor Ort zu untersuchen. Dazu ihre Pressemitteilung: »Dabei hegen die TeilnehmerInnen der Delegation die Hoffnung, daß die Anwesenheit internationaler Beobachter dem Morden an der Zivilbevölkerung Einhalt gebietet. Auf Einladung des Kurdistan-Komitees in der BRD wird die Delgation die kurdische »Hauptstadt« Diyarbakir besuchen und mit Vertretern des Menschenrechtsvereins (IHD) und der Demokratiepartei DEP, mit Flüchtlingen und Verletzten Gespräche führen. Es ist geplant, auch die Stadt Lice und die ebenfalls bedrohte Stadt Kulp zu besuchen.

Nach Angaben des IHD sind bei dem Massaker auch chemische Waffen eingesetzt worden. Genau solche Waffen wurden 1991 während des Golfkrieges von der Bundesrepublik an die Türkei geliefert.

Der Krieg des türkischen Staates gegen Kurdistan scheint sich einem neuen Höhepunkt zu nähern. Offensichtlich versuchen die Militärs, die kurdische Frage mit brutaler Gewalt zu lösen. Die demokratischen Organisationen in Kurdistan befürchten, daß die im März anstehenden Kommunalwahlen verboten werden und zum verlängerten Ausnahmezustand auch noch das Kriegsrecht in Kurdistan ausgerufen wird. Der BUKO protestiert gegen die Massaker an der kurdischen Zivilbevölkerung und fordert die Bundesregierung auf, die Waffen- und Finanzhilfe an die Türkei zu stoppen.« ●

FORTSETZUNG VON SEITE 1

Auf den Spuren deutscher Außenpolitik

Kinder verkaufen unter Einsatz ihres Lebens in weiten Teilen Kurdistans die Tageszeitung »Özgür Gündem«. Foto: Roland Röder

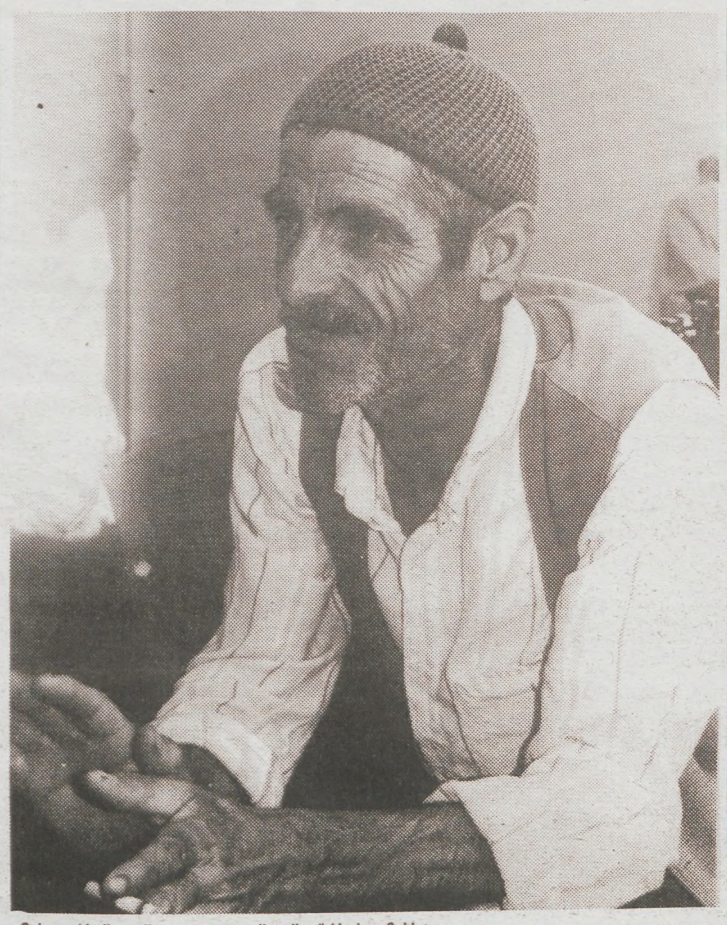
Jeder zweite bis dritte PKW ist ein Taxi. Überall Kinder und Jugendliche, die Lasten tragen, auf zweirädrigen Pferdefuhrwerken durch die Straßen fahren, Sesamkringel verkaufen. Bei unserem ersten Spaziergang durch die Stadt heften sich direkt zwei Zivilpolizisten an unsere Fersen. Sie versuchen, uns anzusprechen, fragen, ob wir Deutsche sind. Es ist abgemacht, daß wir sie nicht beachten und keine Antwort geben. Sie sitzen in der Hotelhalle, wenn wir abends in unsere Zimmer gehen, und sie stehen morgens vor dem Hotel, wenn wir zum Frühstück kommen. Einer hält ein Funkgerät in der Hand, ein Stück Zeitung drumrum, das mehr enthüllt als verbirgt.

An den beiden Tagen in Diyarbakir führen wir Gespräche mit einem Redakteur der Tageszeitung »Özgür Gündem« (1), die einzige Zeitung, die kontinuierlich über den Krieg in Kurdistan berichtet, mit verschiedenen Gewerkschaftsvertretern, mit einem Anwalt, einem aus seinem Dorf vertriebenen Bauern und einem Mitglied der Demokratiepartei DEP (2). Am GAP-Projekt – ein System mehrerer miteinander verbundener Staudämme – verwirklicht, wird Hasankeyf unter der Wasseroberfläche verschwinden. Am Ortseingang werden wir von einem türkischen Militär empfangen, der uns seine Begleitung buchstäblich aufzwingt. Nach 200 Metern wissen wir weshalb: In einer Schlucht tummeln sich Soldaten mit ihren Gewehren. Wir gehen geradeaus weiter, und der Militär lotst uns etwas zu spät auf den von ihm erwünschten Weg hinauf auf einen Berg: Hinter einer Biegung steht ein deutscher BTR-60-Panzer, den wir nicht sehen sollten.

Zurück in Batman, werden wir von Zivilen – Polizei oder Militär? – erwartet, die beauftragt sind, uns nicht aus den Augen zu lassen. Sie begleiten uns zum Hotel und später zum Abendessen. Kaum ist das Essen beendet, entsteht plötzlich Hektik. Wir sollen sofort ins Hotel zurück. Auf der Straße hören wir Schüsse. Später erzählt man uns, ein Polizeiposten sei von der kurdischen Guerilla überfallen und zwei Polizisten verletzt worden. Wir stehen später am Abend zu viert auf dem Balkon eines Zimmers, als unten ein achträdriger Panzer vorbeifährt. Ein BTR-60, hergestellt in Deutschland.

Deutsche BTR 60 Radpanzer bestimmen das Straßenbild in Kurdistan. In dem Istanbuler PKW auf der rechten Seite sitzen mit G3 Gewehren bewaffnete Sicherheitsbeamte, von denen die Delegation ständig umlagert war. Foto: Roland Röder

Freitag fahren wir nach Batman, eine Stadt östlich von Diyarbakir. Hier wurden Anfang September zwei Politiker der DEP tagsüber auf offener Straße erschossen. Einer von ihnen, Mehmet Sincar, war Mitglied des türkischen Nationalparlamentes. In einer Stadt, in der es von türkischen Sicherheitskräften wimmelt, konnten die Mörder nicht gefaßt werden (3). Wir sind im Gebäude der »Petrol Is«, die Gewerkschaft der in der Ölförderung Beschäftigten. Investiert wird auch hier nur das, was nötig ist, um das Öl aus dem Boden zu fördern. Die Weiterverarbeitung erfolgt fast ausschließlich im Westen der Türkei. Die gigantischen, größtenteils noch unerschlossenen Ölvorräte und der Wasserreichtum Kurdistans stellen neben der geostrategischen Bedeutung den Hauptgrund für das Engagement der Türkei und der BRD dar.



»Geht, wohin ihr wollt«, antworteten ihm die türkischen Soldaten, als sie das Dorf zerstörten. Er kommt aus einem der seit 1990 zerstörten 600 Dörfer. Foto: Roland Röder

»Hinter einer Biegung steht ein deutscher BTR-60-Panzer«

Wir unternehmen einen Ausflug nach »Hasankeyf« am Tigris. Hier befinden sich in den Bergschluchten Höhlen, die ursprünglich von 300.000 Menschen bewohnt waren. Zur Zeit leben nur noch wenige Familien in den Höhlen. Wird das GAP-Projekt verwirklicht, wird Hasankeyf unter der Wasseroberfläche verschwinden. Am Ortseingang werden wir von einem türkischen Militär empfangen, der uns seine Begleitung buchstäblich aufzwingt. Nach 200 Metern wissen wir weshalb: In einer Schlucht tummeln sich Soldaten mit ihren Gewehren. Wir gehen geradeaus weiter, und der Militär lotst uns etwas zu spät auf den von ihm erwünschten Weg hinauf auf einen Berg: Hinter einer Biegung steht ein deutscher BTR-60-Panzer, den wir nicht sehen sollten.

Gegen 1.00 Uhr geh ich zu Bett. Ich denke an den Panzer, und höre wieder lautes Motorengeräusch. Als ich ans Fenster springe und hinausschaue, ist der zweite gerade vorbeigefahren. Kurz später springe ich auf, um zwei Militärlastwagen nachzuschauen, die in die gleiche Richtung fahren: Nach Osten, in die Regionen, die unter Ausnahmezustand stehen. Nach kurzer Zeit läuft es ab wie ein Reflex: Lautes Motorengeräusch weckt mich auf und läßt mich zum Fenster rennen. Gegen 4.00 Uhr kommen die Geräusche von Traktoren oder Lastwagen, auf deren Anhängern LandarbeiterInnen auf die Felder gefahren werden. Ich kann endlich noch ein paar Stunden schlafen, bevor wir uns auf den Weg in diese Gebiete im Ausnahmezustand machen.

Sirnak ist eine Stadt, etwas mehr als 160 Km südöstlich von Batman, in den Bergen gelegen, nahe der syrischen Grenze. Unser Weg führt über Hasankeyf, wo wir eine halbe Stunde von Militärs aufgehalten werden. Unsere Anwesenheit ist nicht erwünscht. Auf der Fahrt von Batman nach Sirnak, und von da zurück nach Diyarbakir werden wir 17 mal durch Militär- oder Polizeisperren angehalten. Tür auf, Ausweiskontrolle, kontrollierende und suchende Blicke zwischen die Sitze. Wir werden immer wieder darauf hingewiesen, daß Fotografieren verboten ist, besonders wenn die Sperren sich an militärischen Einrichtungen befinden. Immer wieder fallen die Bezeichnungen der Panzer, der Gewehre – Herkunft unter anderem: Deutschland. Hat man auf der Strecke nach Batman noch versucht, die militärische Präsenz vor uns zu verbergen, ist dies auf unserem Weg nach $irnak nicht mehr möglich. Wir fahren an verlassenen Dörfern vorbei, die Häuser sind zum Teil zerstört. Bei den an der Straße gelegenen Häusern sieht man die Spuren von Einschüssen. Wir befahren Straßenabschnitte, die sich im Ausbau befinden. Eine bis zu 10 Meter breite Fahrbahn wird in die Berge gewalzt. Für die Militärfahrzeuge, wird uns gesagt. Und dies ist glaubwürdig angesichts der ansonsten nicht vorhandenen bzw. zerstörten Infrastruktur für die kurdische Bevölkerung.

»Der türkische Staat verheizt seine Jugend«

Die Straße nach Sirnak führt an einer Stelle durch ein enges Tal, das von Militär abgesperrt ist. Zwei Stunden dauert es, bis wir weiter können. Drei PKW ohne Kennzeichen passieren in dieser Zeit die Stelle Richtung Sirnak – türkischer Geheimdienst. Wir werden schon seit längerem von einem PKW mit drei jungen Männern in Zivil begleitet. Zwei von ihnen halten während der Fahrt ihre Gewehre mit beiden Händen aus den offenen Fenstern. Ich blicke in die versteinerten Gesichter, seh die kalten Augen und denke, daß so die Mitglieder der Todesschwadronen aussehen könnten. In einem Häuschen am Rande sitzt ein Soldat. Wenn man ihn anschaut, weiß er vor Verlegenheit nicht mehr, wohin er seinen Blick wenden soll. Der türkische Staat verheizt seine Jugend. Es gibt mehrere Anstalten in der Türkei für Soldaten, die den Krieg nicht mehr aushalten und verrückt werden.

Am Ortseingang von Sirnak werden wir wieder erwartet: Wir dürfen nicht durch die Stadt fahren, absolutes Fotografierverbot. Alle Häuser – außer Behördengebäude – sind zerschossen. Viele Geschäfte sind geschlossen, Schafe und Rinder wühlen im Abfall am Straßenrand nach Futter. Viele Menschen haben die Stadt bereits verlassen, trotzdem sieht man noch Frauen, Kinder, alte Menschen. Während mit den Militärs über unsere Weiterfahrt verhandelt wird, fährt ein Panzer an uns vorbei. Vom Berg herunter kommt ein Militärfahrzeug mit offener Ladefläche, auf der mehrere Soldaten mit Gewehren im Anschlag stehen. Das Fahrzeug biegt 100 Meter vor uns nach rechts ab, und dreht weiter seine Runden durch die Stadt. Solche Bilder kannte ich bisher aus Fernsehberichten über die besetzten palästinensischen Gebiete. Wir dürfen unter militärischer Begleitung durch wenige Straßen fahren. Einer der Verantwortlichen fährt in unserem Bus mit und erzählt, daß ab 18.00 Uhr die Menschen zu ihrem eigenen Schutz in ihren Häusern bleiben müßten, weil dann die Guerilla käme; zumindest gibt er sich Mühe, die Ausgangssperre zu umschreiben. Und sie, die Militärs, wären zum Schutz der Menschen hier. Wir müssen uns langsam auf den Rückweg machen.

An der Grenze zu Syrien entlang geht es Richtung Diyarbakir. Je später und dunkler es wird, desto nervöser werden die Soldaten und Polizisten, die uns unterwegs kontrollieren. An unserem letzten Tag in Diyarbakir erfahren wir, daß in der Zwischenzeit wieder vier Menschen auf offener Straße erschossen wurden: Gewerkschaftsmitglieder. Ein Junge, der die Tageszeitung »Özgür Gündem« verteilte, wurde mit einem Messer angegriffen und verletzt.

Mittlerweile ist eine weitere Delegation des Arbeitskreises Asyl in Diyarbakir eingetroffen. Zuhause erfahre ich dann, daß die Delegationsmitglieder in Çirnak zwei Tage lang festgenommen waren, und ihre Dolmetscherin, Nülifer Koç, verschleppt wurde. Nülifer lebt seit 20 Jahren in Bremen. Für ihre Freilassung setzten sich verschiedene Personen und Institutionen hier ein. So der Bürgermeister der Stadt Bremen, der AStA Bremen (Nülifer ist die ehemalige Vorsitzende des AStA und jetzige Sozialreferentin der Universität Bremen) und Studentenvertretungen anderer Universitäten.

Nach ca. zwei Wochen wurde Nülifer freigelassen. Die Befürchtungen des AStA bestätigten sich: Sie wurde in der Zeit ihrer Gefangennahme gefoltert, ihre Peiniger sprachen deutsch und einer hatte eine Ausbildung bei der GSG 9 mitgemacht.

In den letzten Jahren erhielt die Türkei aus Deutschland unter anderem: 48 »Phantom«-Aufklärungsflugzeuge. 18.000 Granaten M483, ein Massenvernichtungsmittel. Zahlreiche BTR-60 Panzer aus ehemaligen NVA-Beständen. 150 Kampfpanzer Leo 1. MILAN-Abschußanlagen und -Flugkörper. Munition für Flugzeuge, Panzer und Artilleriegeschosse. Das Mitglied der deutschen Botschaft in Ankara, Wolfgang Zierer bestätigte gegenüber dem IHD, vom Einsatz dieser Waffen gegen KurdInnen zu wissen.

»7.000 Guerilla-KämpferInnen sind in den Bergen«, sagt einer unserer Begleiter auf dem Weg nach Sirnak, und zeigt auf die Berge vor uns. Ich wünsche ihnen viel Glück. Auch allen Andern, die versuchen, mit legalen politischen Organisationen demokratische Verhältnisse zu erobern. Und uns hier wünsche ich mehr Mut und Erfolg in unserem Kampf gegen die Kriegspolitik unserer Regierung. ●

Anmerkungen:

(1) Özgür Gündem: zu deutsch »Freie Tagesordnung«; eine Tageszeitung, die von Kurden und Türken gemeinsam gemacht wird und u.a. über den Krieg in Kurdistan berichtet. Sie ist auch in der BRD am Kiosk erhältlich. Mit einer Serie von Beschlagnahmungen, Verbotsprozessen und Ermordungen versucht der türkische Staat diese Zeitung in die Knie zu zwingen. Der Herausgeber, Yasar Kaya sitzt in Haft, Anfang August wurde die Journalistin Asyel Malcac vor der Istanbuler Redaktion verhaftet und ist seitdem »verschwunden«. Im vergangenen Jahr sind 9 Gündem-Journalisten ermordet worden. In Kurdistan läuft der Vertrieb nur noch über Kinder und Jugendliche, die ebenfalls Opfer der Konterguerilla werden.

(2) DEP: Bei der letzten nationalen Wahl gelangten 18 Abgeordnete aus Kurdistan über die Liste der türkischen Sozialdemokraten (SHP) in das Parlament in Ankara. Kurz nach der Wahl flogen die 18 aus der SHP heraus und gründeten die HEP (Partei der Arbeit des Volkes). Nachdem klar war, daß die HEP verboten wird, was auch Mitte Juli geschah, wurde die Demokratiepartei DEP gegründet. Im Gegensatz zur HEP steht die DEP auf breiterer Basis und wird auch von TürkInnen unterstützt. Ohne die Lösung der Kurdistanfrage – hier sind in Form von Militär große Ressourcen der Türkei gebunden – wird es ihrer Meinung nach keinen Fortschritt auf anderen Politikfeldern geben.
Bei der nächsten Kommunalwahl im März '94 rechnet die DEP damit, in allen Städten Kurdistans die Bürgermeister zu stellen. Deshalb befürchtet man, daß die Türkei die Wahlen aussetzen und eigene Leute als Bürgermeister einsetzen wird. Dies würde die Ausrufung des Kriegsrechtes bedeuten.

(3) Konterguerilla: Dies sind den südamerikanischen Todesschwadronen nachempfundene staatliche Spezialeinheiten, die i.d.R. verdeckt operieren und für Morde an der Zivilbevölkerung verantwortlich sind. Die Opfer werden meist mit einem Genickschuß aus nächster Nähe getötet. Die Täter entkommen unerkannt. Die polizeilichen Ermittlungen ergeben fast immer das Gleiche: nichts. Mitunter versuchen türkische Nachrichtenagenturen ihre Morde und das Entvölkern von Dörfern der kurdischen Arbeiterpartei, PKK, in die Schuhe zu schieben.

URSEL QUACK

Die Autorin lebt in Saarbrücken und arbeitet in verschiedenen antirassistischen und internationalistischen Zusammenhängen mit.

Anzeige

Der Weltflüchtlingsbericht 1993 als komplettes Dossier und umfassender Beleg dafür, daß »Flucht« einen Weltzustand bedeutet, dessen Ursachen und Dynamik »individuell« nicht mehr verstanden werden können. Das ultimative Handbuch zu Fluchtursachen und Asyl, Bevölkerungsbewegungen und Entwicklungspolitik.

Welt-flüchtlings-bericht 1993

Erste Lieferung 1992 incl. Ordner
240 Seiten, DM 48,00
Zweite Lieferung Mai 1993
260 Seiten, DM 42,00
Dritte Lieferung November 1993
ca. 260 Seiten, ca. DM 42,00
Lieferung zur Fortsetzung
(20% Rabatt)

Bestellungen an:
medico international
Obermainanlage 7 ▮ 6000 Frankfurt 1 ▮ Tel.: 069/24438-0

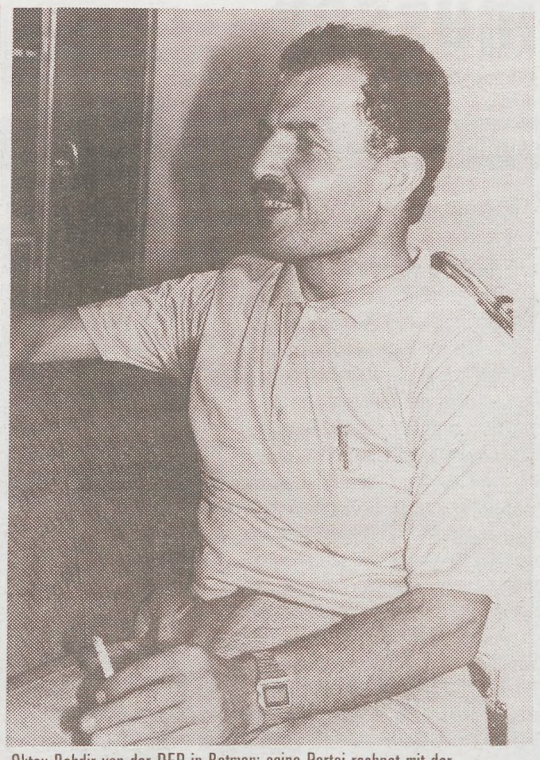
Herausgegeben von medico international und dem Berliner Institut für vergleichende Sozialforschung.

PRÜGEL IM PARLAMENT – ABGEORDNETER ERMORDET – TODESSTRAFE GEGEN MITGLIEDER BEANTRAGT

Die Demokratiepartei DEP kämpft für Kurdistan

Ein Portrait

Istanbul / Diyarbakir. Von den Auseinandersetzungen in Kurdistan nehmen viele in der Bundesrepublik nur das Agieren der Guerillatruppen von der »Kurdischen Arbeiterpartei« PKK wahr. Für die einen kämpft sie für eine gerechte Sache, für manche aber ist sie ein Schreckgespenst, das deutschen TouristInnen den hart erarbeiteten Urlaub an türkischen Stränden streitig machen will.
Fernab der Aufmerksamkeit der hiesigen Öffentlichkeit hat sich in Kurdistan aber auch knapp unterhalb des bewaffneten Kampfes viel entwickelt. Die »Demokratiepartei« DEP ist ein Ausdruck davon.



Oktay Bahdir von der DEP in Batman: seine Partei rechnet mit der Aussetzung der nächsten Wahlen in Kurdistan und der Ausrufung des Kriegsrechtes. Foto: Roland Röder

Roland Röder, Redaktion Heidelberg ● »Wenn morgen Wahlen sind, stellen wir in allen kurdischen Städten die Bürgermeister«, so formulieren es Mitglieder des DEP-Vorstandes in Istanbul. DEP ist die Demokratiepartei, die zur Zeit mit 17 Abgeordneten im türkischen Nationalparlament vertreten ist.

Bei den letzten nationalen Parlamentswahlen 1991 schafften auf der Liste der türkischen Sozialdemokraten (SHP) 18 Abgeordnete, die sich in Kurdistan um die Stimmen der WählerInnen beworben hatten, den Sprung. Ihre Ergebnisse lagen bei 60% und mehr. Schon zur Vereidigung im Parlament war der erste Skandal fällig. Als die charismatische Leyla Zana und Hatip Dicle mit Tüchern in den verbotenen kurdischen Nationalfarben rot-gelb-grün erschienen und der offiziellen Eidesformel noch in kurdisch den Schwur auf die Freundschaft zwischen dem türkischen und kurdischen Volk hinzufügten, kochte die Stimmung über und es gab Prügel. Kurz danach nahm die SHP eine Konferenz in Paris, bei der die 18 kurdischen Abgeordneten offen über die kurdische Frage diskutierten, zum Anlaß, sich von den ungeliebten ParlamentarierInnen zu trennen.

Die 18 arbeiteten fortan wieder als HEP weiter; die »Partei der Arbeit des Volkes«. Diese Partei wurde bereits 1990 vor der nationalen Wahl gegründet. Nachdem klar war, daß der türkische Staat mit dem Verbot ernst machen würde, gründete man am 5. Juli auf breiterer Basis die »Demokratiepartei« DEP. Breitere Basis meint, daß man sich längst nicht mehr nur als kurdische Partei versteht. Auch türkische Mitglieder aus der SHP sind zur DEP übergetreten. Jedoch ist man der Überzeugung, daß die Kurdistan-Frage das zentrale Probleme der türkischen Innen- wie Außenpolitik ist. Ohne eine Lösung dieses Konfliktes stehen keine Ressourcen für eine Weiterentwicklung in anderen Bereichen zur Verfügung. Verbreiterung der Basis heißt für Oktay Bahadir aus der kurdischen Erdölstadt Batman auch, daß die Basis der Partei vor allem die schlecht bezahlten Bauarbeiter und Tagelöhner sind. Großen Rückhalt hat man bei den Flüchtlingen. Und die haben wirklich nicht mehr viel zu verlieren. Kritik kommt von allen Gesprächspartnern der DEP am Verhalten der türkischen Linken. Die organisierte türkische Linke – von Einzelpersonen abgesehen – ist in ihrer Mehrheit immer noch in der kemalistischen Ideologie gefangen. Die kurdische Frage möchte sie erst an zweiter Stelle, nach der Revolution in der Türkei behandelt sehen.

Nach Meinung von DEP-Mitarbeitern aus Istanbul und der kurdischen Erdölstadt Batman sitzt der türkische Staat mit den für März 1994 angesetzten Kommunalwahlen in der Zwickmühle. Läßt er sie zu, dann kommt es für ihn zu einem Debakel; verbietet er die DEP, dann kommt es zum Wahlboykott, was einem Referendum über Kurdistan gleich käme. Am wahrscheinlichsten halten Cabbor Gezici und Dr. Kemal Pawlak das Aussetzen der Wahl und das Einsetzen eigener loyaler Bürgermeister in Kurdistan durch die türkische Regierung. Dies käme aber letztlich der Ausrufung des Kriegsrechtes gleich. Als Hinweis darauf verstehen sie auch die Verhaftung ihres Vorsitzenden Yasar Kaya. Gegen mehrere DEP-Abgeordnete ist Anklage wegen Vaterlandsverrat erhoben worden. Darauf steht Tod durch Erhängen. Und dann, so prophezeien sie, »wird es auf unserer Seite kein zweites 1980 geben«. Nach dem Militärputsch am 12. September 1980, verließen viele Linke das Land und gingen in die Emigration. »Wir werden das Land nicht verlassen, sondern weiter kämpfen. Das kurdische Volk hat gelernt, sich nicht nur in der Guerilla, sondern auch in legalen demokratischen Organisationen in den Städten zu organisieren«, meinte einer der Gesprächspartner. Mit Verweis auf die zunehmende Repression und Morde gegen DEP-Mitglieder – am 4.Sept. wurde der kurdische Abgeordnete des türkischen Nationalparlamentes, Mehmet Sincar, in Batman erschossen – formuliert es ein anderer noch direkter: »Es gibt immer weniger Hoffnung auf demokratische Organisationen und die Stimmung geht in Richtung bewaffneter Kampf... Das andere hat keinen Zweck mehr«.

Als Lösung der Kurdenfrage schlägt die DEP ein Referendum unter internationaler Beobachtung vor. Neben einem Votum für die Unabhängigkeit käme auch ein förderatives Modell in Frage. Immerhin, die Möglichkeit des Verbleibs bei der Türkei ist für die DEP zumindest theoretisch denkbar. Wichtig sei, daß das kurdische Volk die Entscheidung trifft und zu allererst die Diskussion über diese Frage möglich ist. ●

ROLAND RÖDER

Der Autor ist freier Journalist und Mitarbeiter der »Aktion 3. Welt Merzig-Wadern«, einer bundesweiten antirassistischen Organisation aus dem Nord-Saarland. Er hielt sich im Rahmen einer Delegation aus Gewerkschaftern und Journalisten Ende September im türkischen Teil Kurdistans auf.

Kontakt und Information sowie Fotomaterial für Publikationen (13 x 18cm s/w): AKTION 3. WELT Merzig-Wadern, Weiskircher Str. 24 66674 Losheim
Tel. 0 68 72) 69 82, Fax 78 26

NACHSCHLAG IN EIGENER SACHE:

Die PKK und das Abendland

Wieder zurück in der BRD bleibt vor diesem Hintergrund auch eine gewisse Fassungslosigkeit vor einer deutschen Linken, die in Sachen PKK mehrheitlich auf Entsolidarisierung setzt und allerhand vorgegebenen Bedrohungsszenarien aufsitzt. Die PKK soll Andersdenkende ermordet haben, so lautet der zentrale Vorwurf, der seit Mitte der achtziger die Runde macht. Zudem handele es sich bei der PKK auch noch um eine zentralistische – manche Linke verwenden hier schon die Vokabel stalinistische – Organisation.

Die Ermordung von politisch Abtrünnigen ist auch der Vorwurf, den die BRD als Staat seit 1989 im Düsseldorfer PKK-Prozeß erhebt. Der Vorwurf ist griffig und kommt gut. Problematisch ist lediglich die Beweislage. Von den ursprünglich 20 Angeklagten sind nur noch vier übrig geblieben und das Ganze kommt nicht voran. Die selbsternannten linken Richter stört dies nicht. Der Feind steht links und heißt PKK.

Es scheint, als hätten sich Teile der Linken mental wie praktisch in die große Koalition zur Verteidigung des abendländisch-christlichen Wertesystems eingereiht. Und dieses sensible Wertesystem sieht sich seitens der PKK einer tiefgehenden Bedrohung ausgesetzt. Vielleicht kommt die aggressive Nicht-Solidarität auch aus einer Enttäuschung darüber, daß KurdInnen in der BRD nicht mehr länger die Rolle des folkloristisch und kulinarisch engagierten Ausländers spielen, sondern sich politisch zu Wort melden.

Umgekehrt kann es hier natürlich nicht um eine besinnungslose Hurra-Solidarität gehen, die den Kampf in Kurdistan als Ersatz für nicht realisierbare Veränderungen im eigenen Land begreift. Von dieser Sorte Funktionalisierungen hat es schon genügend gegeben. Genauso wenig taugt der bewaffnete Kampf für eine innerlinke Mythen- und Heldenproduktion. Er ist dreckig, schmutzig und mit unsagbar viel Leid verbunden. Soll sich jede/r selber die Frage beantworten, warum die Türkei und ihre europäischen Helfershelfer kategorisch jedes Angebot der PKK ausschlagen, an den Verhandlungstisch zu gehen.

Manchmal stürzen bei einem selber schon Welten ein, wenn man nur etwas genauer hinschaut und nachfrägt. Am 25. Oktober »feiert« der PKK-Prozeß übrigens seinen vierten Jahrestag. Die Tagesadresse ist Düsseldorf. ●

Roland Röder

INFORMATIONSBÜRO NICARAGUA: EIN ÜBERBLICK ZUR AKTUELLEN SITUATION

Wir sind keine Sandinisten, es ist der Magen!

Vor genau einem Jahr gestalteten wir einen mehrseitigen Schwerpunkt zum Thema ArbeiterInnenselbstverwaltung in Nicaragua (CONTRASTE Nr. 98). Ein Seminar in Zusammenarbeit mit dem Theoriearbeitskreis Alternative Ökonomie (TAK AÖ) im Februar 1993 unterstrich zudem das große Interesse der bundesdeutschen Selbstverwaltungsszene an diesem Thema. Mit dieser Nummer nehmen wir das Thema mit einem allgemeinen Überblick über die aktuelle Situation in Nicaragua wieder auf. Bis März werden monatlich Artikel mit Interviews, Beispielen und Bewertungen folgen. Auch eine Studienreise ist für April/Mai geplant.

Nicaragua befindet sich in der Krise

Informationsbüro Nicaragua, Redaktion Heidelberg ● Die Wirtschaft des Landes befindet sich in einem absolut desolaten Zustand. Letzte Zahlen belegen, daß Nicaragua an fünftletzter Stelle der globalen Armutsstatistik rangiert. Das regierende UNO-Bündnis mit Präsidentin Violetta Chamorro sieht sich einer Vielzahl an Auseinandersetzungen politischer und militärischer Art gegenüber.

Im Hintergrund agiert Washington, streicht notwendige Wirtschaftshilfen mit fadenscheinigen Begründungen. Betrachtet man die komplexe Situation genauer, wird jedoch deutlich, daß sich die Problematik in Nicaragua im wesentlichen auf einen Punkt zuspitzt: den des ökonomischen Überlebens...

Am 21. Juli 1993, kurz nach 14 Uhr tauchte eine Gruppe Bewaffneter in der Banco Nicaragüense in Estelí auf, einer einst relativ reichen Stadt 150 km nördlich von Managua. Die Truppe zwang den Filialleiter, den Tresor zu öffnen. Von der Beute im Gegenwert von ca. 100.000 US-Dollar verteilten sie ein paar Scheine an augenscheinlich minderbemittelte Kunden und stoben dann davon, um sich der nächsten Bankfiliale in Estelí zuzuwenden. Revolutionäre Arbeiter- und Bauernfront nennt sich die Organisation (FROC), die sich hauptsächlich aus ehemaligen sandinistischen Militärs rekrutiert. Sie wurden im Zuge der radikalen Armeereduzierung nach dem Machtwechsel 1990 ausgemustert. Die FROC besetzte Estelí. Ihre Forderungen: Verhandlungen mit der Regierung über Kredite von Kleinbauern, Legalisierung von Besitztiteln, die im Zuge der sandinistischen Agrarreform vergeben wurden, sowie die Rückkehr zur freien Gesundheitsversorgung und Schulbildung. Populäre Forderungen in einer Stadt, die seit dem Regierungswechsel radikal verarmte, in der nur 2 von 10 Erwachsenen einer geregelten Beschäftigung nachgehen. Kriminalität und Prostitution sind für immer größere Bevölkerungsteile die einzigen Einkommensquellen – wiederholte Versprechungen, Kreditzusagen der Regierung wurden zu oft gebrochen, als daß sie noch ernstgenommen würden.

Die FROC wollte die Regierung Violetta Chamorro zu Verhandlungen zwingen. Bis dato hatte sie auf gewaltsamen Druck stets mit Verhandlungen reagiert. Dieses Mal wurden Vermittlungsversuche von Menschenrechtsgruppen abgeblockt, die FROC als bewaffnete Banditen abgestempelt. In einer großangelegten Militäroperation wurde Estelí eingekesselt und der Widerstand vom Militär niedergeschossen. Innerhalb von 24 Stunden starben 45 Menschen, 98 wurden verletzt.

Nach Estelí wurden Stimmen laut, die behaupteten, die Armee habe die Konfrontation absichtlich provoziert, um zu beweisen, daß auch ehemalige Kameraden der sandinistischen Armee keine bevorzugte Behandlung genießen. Humberto Ortega, der Armeechef, bewahrte sich mit dem harten Durchgreifen seine Position, nachdem in den letzten Wochen vor dem Geschehen in Estelí die Rechtskräfte Nicaraguas analog zu der US-Senatorengruppe um den rechtsreaktionären Jesse Helms die Ablösung Ortegas gefordert hatten.

Zudem wurden Forderungen eines Teils der sandinistischen Partei laut, die Estelí zum Anlaß nahmen, endlich eine Kurskorrektur von der Parteispitze zu fordern. Die Gruppe der 29, UnterzeichnerInnen eines Forderungskatalogs zur Kurskorrektur, sehen sich als Sprachrohr der unzufriedenen Basis: »Nach Jahren neoliberaler Politik können die Wirtschafts- und Sozialdaten nicht mehr für sich sprechen: Armut und soziale Zersetzung, Arbeitslosigkeit und fehlender Zugang zu Erziehung und Gesundheit, Prostitution und Verwahrlosung der Kinder und Aufgabe der Atlantikküste« seien Ausdruck einer verfehlten Politik und machten ein klares Eintreten für die sozialen Forderungen der Basis notwendig.

Die Wirtschaftspolitik von IWF und Weltbank, von der neuen Regierung strikt befolgt, wirkte auf das Land, das nach 10 Jahren Krieg ohnehin unter einer zerstörten Infrastruktur litt und in dem ein Großteil der Arbeitskräfte durch den bewaffenten Konflikt gebunden wurden, verheerend. Fast über Nacht wurden die Grenzen für den freien Export geöffnet, der Import von Konsumgütern propagiert. Das Ergebnis: Hähnchen und Eis aus den USA sind billiger als einheimische Waren. Darüber hinaus wurde der Zugang zu Krediten für Kleinbauern und Kooperativen drastisch eingeschränkt – die nationale Produktion kam weitgehend zum erliegen.

Nicaragua war über die Geschehnisse in Estelí noch nicht zur Ruhe gekommen als Mitte August die Rechte, wiederbewaffnete Contragruppen »3-80«, die im Nordwesten Nicaraguas agiert, einige ParlamentarierInnen zum Dialog einlud. Ihr Aufruf wurde befolgt, »3-80« antwortete mit der Geiselnahme der Parlamentarier. »3-80« forderte u.a. die Absetzung Antonio Lacayos, des Präsidialamtsministers, und Humberto Ortegas, des Armeechefs. Nach zwei Tagen ergebnisloser Verhandlungen spitzte sich die Lage zu, da »3-80« mit der Ermordung der Geiseln drohte, sollte das Heer eine Aktion zu ihrer gewaltsamen Befreiung vornehmen. Es schien sich eine auswegslose Situation anzubahnen, als ein prosandinistisches Kommando die Zentrale des Regierungsbündnisses UNO besetzte und die dort versammelte UNO-Führung als Geiseln nahm. Ihre Forderung: Die sofortige Freilassung der Geiseln der »3-80«. Die skurilen Ereignisse erreichten das Niveau einer nationalen Krise. FSLN, Regierung und die Reste der UNO-Spitze schlossen ein Abkommen zur Etablierung eines nationalen Dialogs zur Lösung der eklatanten Probleme des Landes.

Nach einer Woche kamen die Geiseln frei. Zwar wurden keine wesentlichen Forderungen der Gruppe »3-80« erfüllt – ihr Ziel jedoch, der extremen Rechten Nicaraguas Gehör zu verschaffen, hatten sie erreicht. »3-80« arbeitet zudem eng mit Exilnicaraguanern und Exilkubanern zusammen und wird aus den USA unterstützt. Der Forderungskatalog der »3-80« ist zudem identisch mit den politischen Forderungen der extremen Rechten um den US-Senator Jesse Helms. Unter der Federführung von Jesse Helms wurde Mitte '93 die sofortige Einfrierung der US-»Hilfe« an Nicaragua durchgesetzt. Begründet wurde diese Entscheidung mit der Behauptung, Nicaragua unterstütze und organisiere ein Netz internationalen Terrorismus. Als evidenter Beweis der Behauptung wird angeführt, daß bei der Explosion im World Trade Center im Februar '92 nicaraguanische Pässe gefunden wurden.

Bei besagter US-Hilfe handelt es sich um 53,6 Mio. USD, die in Flüssigdevisen zur Stützung der Wirtschaftsprogramme von einem Gesamtvolumen von 93,4 Mio. USD für 1993 dienen sollten. In diesen Wochen entscheidet die US-Regierung über die Wirtschafts- und Finanzhilfe für 1994. 140 Millionen USD vom Handelsbilanzdefizit sind bislang nicht durch Auslandshilfe abgedeckt. In diesem Zusammenhang wird deutlich, daß die 53,6 Mio. USD, die von der US-»Hilfe« eingefroren wurden, für Nicaragua von vitaler Bedeutung sind.

Die Regierung versucht unter anderem, diesem Defizit mit höheren und neuen Steuern zu begegnen. Dazu zählen neue Steuern im Transportbereich sowie zuletzt eine 20%ige Treibstoffverteuerung. Parallel dazu strengt die Regierung die Privatisierung des städtischen Transportwesens an, vergab neue Lizenzen für Taxen und Busse an Privatleute und regierungsnahe Sektoren, unterminierte damit das zumeist in Kooperativen organisierte Transportwesen. Die angespannte Situation kam zur Explosion, als die Regierung im September begann, seit langem angekündigte Maßnahmen durchzusetzen. So die Einführung neuer Nummernschilder zum dreifachen Preis, die Erhebung einer neuen FahrzeugbesitzerInnensteuer.

Am Montag, dem 20. September, wurde Nicaragua lahmgelegt. Barrikaden versperrten die Hauptverkehrsadern. Die Regierung reagierte mit bewaffneter Räumung, mehrere Menschen wurden verletzt. Als am Nachmittag des zweiten Streiktages Violetta Chamorro vom Flughafen in die Stadt transportiert werden sollte, begann die Polizei die Straße in die Stadt freizuschießen, es kam zu massiven Gefechten, in deren Verlauf ein Polizeikommandant und eine Passantin erschossen wurden.

Erst unter dem Eindruck der Toten begann die Regierung mit den Streikenden zu verhandeln. Sie sagte die Zurücknahme aller Kosten und Steuererhöhungen zu, ein neues Kooperativengesetz soll unter Mitarbeit der Kooperativenverbände erarbeitet werden. Kein Streik der letzten dreieinhalb Jahre hat eine so breite Zustimmung gefunden wie dieser. Alle Gewerkschaftszentralen Nicaraguas (CST,CAUS,CNS, CTN) riefen zur Teilnahme auf. Die Bevölkerung unterstützte ihn massiv, die Unzufriedenheit mit der Wirtschafts- und Steuerpolitik der Regierung und der Kommunen entlud sich in diesem Punkt. Rechte und staatliche Medien versuchten, diesen Streik als eine von »sandinistischen Vandalen« angestiftete Aktion darzustellen, übersahen dabei aber, daß auch gesellschaftliche Gruppen an ihm teilnahmen, die als UNO-nahestehend gelten.

Eine alte Frau auf der Straße brachte die allgemeine Stimmung auf den Punkt, indem sie sagte: »Wir sind keine Sandinisten, es ist der Magen.« ●

Zum Weiterlesen: Nicaragua – 2 Jahre nach dem Regierungswechsel, Hrsg. Informationsbüro Nicaragua, November 1992, 10 DM
Der Arbeitereigentumssektor (APT) und die Landfrage in Nicaragua. Dokumentation, Juli 1993, 5 DM

AUSZÜGE AUS EINEM LANGEN GESPRÄCH MIT RUDOLF BAHRO

Von der Schwäche, das nationale Moment der Wirklichkeit abwehren zu müssen

CONTRASTE: Rudolf, Du hast gerade gesehen: in der neuen ÖkoLinX wirst Du wieder angegriffen als national und völkisch...

Rudolf Bahro: Es scheint ja nichts anderes drinzustehen, als die Jutta (Ditfurth, d.Red.) da in ihrem Buch (»Feuer in die Herzen – Plädoyer für eine ökologische linke Opposition«, Carlsen Verlag, Hamburg, 1992, d.Red.) geschrieben hat.

Da werden Dir ja ganz konkrete Vorwürfe gemacht, z.B. daß Du die nationale Frage hochhältst, und einen grünen Adolf willst – wie stehst Du dazu?

Da kommt mir als erstes eine Erinnerung. Und zwar auf der zweiten sozialistischen Konferenz, die wir da drüben mal gemacht haben, da war die MG (Marxistische Gruppe, d.Red.) stark vertreten. Jemand aus dem »Argument«-Kreis hatte das Wort »national« in irgendeinem neutralen, jedenfalls unproblematischen Zusammenhang gebraucht. Es gab einen Aufschrei, und da habe ich sinngemäß gesagt: »Was soll die Aufregung, wir sind hier doch tatsächlich alle Deutsche«. Und da gab es einen noch größeren Aufschrei. Sowas Beiläufiges genügt für die Feststellung, ich hielte die nationale Frage hoch. Ich denke, da werde ich aus einer Neurose heraus wahrgenommen. Es ist eine Schwierigkeit, die die westdeutsche Linke hat. Wir hatten hier – im Osten – tatsächlich eine Nationalhymne mit »Auferstanden aus Ruinen« und »Deutschland einig Vaterland«. Gut, man hat zuletzt gesehen, wie das zurückschlug. Das mag ja nun alles zu problematisieren sein. Aber wir sahen uns als das andere, bessere Deutschland, darum nannten wir uns »Deutsche Demokratische Republik«. Das Zentralorgan der Partei hier hieß »Neues Deutschland«. Und noch eine Erinnerung, was »völkisch« angeht: Ich habe damals, ehe ich aus der DDR rausging, ein Selbstinterwiew gemacht, da steht u.a. drin, daß ich zunächst stolz mit dem Parteiabzeichen rumgelaufen bin, nachdem ich 1952 Kandidat, 1954 Mitglied der SED geworden war. Man machte dann die Erfahrung, daß es still wurde im Eisenbahnabteil, wenn man damit einstieg. Ich nahm wahr: »Das Volk lehnt uns ab«. Ich muß gestehen, ich finde an den Worten überhaupt nichts, und ich glaube, was den sprachlichen Umgang mit den Sachen betrifft, hat es in Westdeutschland nach '45 einen großen Verdrängungsprozeß gegeben. Wenn all die Worte aus 1000 Jahren deutscher Geschichte, die die in diesen 12 Jahren gebraucht, und im Anlauf dazu besetzt haben, wenn die alle nicht mehr gelten sollen, das fällt unter das, was ich den »posthumen Sieg der Hitlerei« nenne.

In dem Moment, wo Du diese Begriffe benutzt, bewegst Du Dich natürlich schon in einer bestimmten politischen Nachbarschaft. Es ist ja faktisch so – meinetwegen aufgrund der Verdrängung, von der Du sprichst - daß sie nur von Rechten verwendet werden.

Ja, wenn ich sie nicht verwende, wenn ich mir nachträglich abgewöhne, daß sie in der DDR nicht den Rechten überlassen waren. Ich habe an der Universidad Autonoma in Mexico eine Tagung mitgemacht, wo ich eine schöne Begegnung hatte, mit Ernesto Laclau. Er hatte die Erfahrung mit dem Peronismus in Argentinien aufgearbeitet, und ein diskurstheoretisches Buch dazu geschrieben, in dem er im Sinne von Gramsci nach Hegemonie fragte. Und was er zeigte, war, daß bestimmte Begriffe in bestimmten Perioden der argentinischen Geschichte in ganz verschiedenen diskursiven Kontexten aufgetreten sind, und in ganz verschiedener Richtung funktionieren konnten. Und was den Laclau v.a. – gerade unter der Hegemonieproblematik – interessierte, das habe ich damals gleich positiv aufgenommen. Ich ahnte sofort die Bedeutung, die das hat. Es kommt darauf an, daß man Momente des Diskurses, die existentielle Dinge in den Menschen betreffen – und völkische Dinge sind auch existentiell – in einen Kontext integriert, in dem sie entweder entschärft sind oder sogar positiv funktionieren. Dieselben Argumente, dieselben Termini geradezu, die einer nationalen Befreiungsbewegung genehmigt werden, was Volkscharaktere betrifft, darf man in Deutschland nicht sagen. Natürlich darf man das nicht sagen, ohne einen neuen Zusammenhang dafür herzustellen. Aber was die jetzt mit mir anstellen, beruht darauf, daß sie sich gar nicht die Mühe machen, das Problem selbst zu analysieren, noch zu analysieren, in welchen Kontext ich diese Begriffe einbaue, vor genau diesem Hintergrund, den ich da angedeutet habe mit Laclau. Nein, sie nehmen einzelne Wörter raus und wissen Bescheid. Ich nenne das eine Vermeidungsneurose. Und diese Psychologie ist alles andere, bloß nicht hegemonieverdächtig.

Nun habe ich schon den Eindruck, daß Du diese Begriffe auch bewußt provokativ benutzt. Was bedeutet es für Dich , wenn Du sagst »völkisch ist existentiell«, was ist das Existentielle daran? Was bedeuten diese Begriffe überhaupt? Die Haltung von Jutta Ditfurth, zu sagen...

Sie ist absolut anachronistisch...

...eigentlich geht es um Klassengegensätze, ist ja auch nicht falsch. Und Du setzt dem entgegen, Klassengegensätze gelten heute nicht mehr, sind nicht mehr so wichtig...

Sie waren nie so grundlegend...

Grundlegender ist die »nationale Frage«, sagst Du. Aber was hat die für einen Inhalt?

Nicht die »nationale Frage«, sondern die nationale Identität mit ihrem ganzen Hintergrund, ihrer Vorgeschichte von Horde, Stamm, Volk, ehe wir mit »Nation« in die bürgerliche Ära kommen. Und sieh' doch mal auf 1914, was die wirklichen Mächte in den Sachen betrifft.

Was waren die wirklichen Mächte?

In der Volkspsychologie, meine ich. Die nationalistische Mobilisierung ist zugleich die Verhüllung und die Pervertierung des Volkscharakters. Ich meine, das Wort »völkisch« ist deshalb problematisch, weil die Nazis das total besetzt hatten. Erstmal ist es ein Eigenschaftswort, das zu »Volk« gehört. Und ich sage stattdessen mal »Volkscharakter«. Und der war offenbar stärker angesprochen als der Klassencharakter, durch diese Konstellation. August Bebel hat vor seinem Tode 1913 gesagt, wenn es gegen den Zaren geht, nehme ich das Gewehr auf den Buckel. Da ist in ihm die nationale Identifikation stärker als die klassenmäßige, weil da ja von außen was kulturell Verschiedenes drohen könnte. Wenn wir die Situation jetzt in den reichen Ländern nehmen, diese Abwehr, diese Psychologie, die massenhaft auf »Festung Europa« hinausläuft: das hat doch damit zu tun, daß die privilegierte Gesamtsituation über den Lebenskomfort entscheidet, über die Lebbarkeit des Alltags. Daß die von den internationalen Kräfteverhältnissen her, die staatlich überlagert sind, überbestimmt ist. Die einen haben Angst, sie verlieren was, und die anderen sind empört darüber, daß bei ihnen nichts ankommt. Daß sie abgeschlagen sind. Vermittelt aber ist das über verschiedene geschichtlich-kulturelle Identitäten.

in der Linken ist sicher oft die Haltung: es darf nicht sein, was nicht sein soll. Es wird also oft geleugnet, daß es so etwas wie ein »völkisches Element« – wie Du es nennst – gibt. Natürlich gibt es das. Wir sehen das ja im Moment auch unheimlich erschreckend. Es gibt ja einen massiven Rechtsruck, es gibt eine massive Zunahme faschistischer Tendenzen in dieser Gesellschaft...

Volkscharakter heißt nicht automatisch Rechtsruck!

Aber da setzt er sich doch drauf, das ist doch ein Element von Rechtsruck. Und Dir wird vorgeworfen, Du fändest das auch richtig und wichtig.

Ich will mit diesen Realitäten als gegebenen umgehen. Ich nehme sie wahr und reagiere nicht gleich mit Abwehr. Was kann man positiv tun? Ich halte zugleich eine Vorlesung zum Thema »Horde, Stamm, Volk, Nation«. Und ende damit, daß ich zeige, daß die Identifikationen auf diesen Ebenen durchbrochen werden müssen. Aber ich kriege sie nicht weg, indem ich sie bekämpfe. Aus der Schwäche, aus der Oberflächenebene des historischen Prozesses, wo das Klassenmäßige zutiefst mit dem Verhängnis, mit der ökologischen Krise verkoppelt ist, von dort aus gegen das Grundlegendere kämpfen – verrückt! Die Niederlage ist sicher. Ich weigere mich von vornherein, negativistisch mit dem menschlichen Potential umzugehen, das sich unvermeidlicherweise auch in dieser nationalen Dimension äußert.

Aber wenn Du z.B. sagst, das völkische Element führt zur »Festung Europa«, das ist doch furchtbar, und wir müssen überlegen, was wir dagegen tun können.

Gegen die »Festung Europa« oder gegen die Menschen, die dafür empfänglich sind?

Gegen die gewaltsame Aussperrung von Menschen aus außereuropäischen Ländern. Wie willst Du mit einer »Festung Europa« noch konstruktiv umgehen, wie läßt sich das positiv wenden?

(nach langem Schweigen) Ich glaube, wir sind zu schnell bei der Frage, zu kurzschlüssig suchen wir Antwort. »Festung Europa..., furchtbar« – wir werden doch in ihr leben, denn erstmal kommt es einfach so. Du bist schon vorab defätistisch. Ehe man nicht den Haß auf das eigene Volk, die Angst vor ihm, bei sich überwunden hat, lohnt es sich nicht, danach zu fragen, wie man dann noch etwas wenden könnte.

Aber es wird doch damit umgegangen. Es gibt doch einen politischen Alltag und politische Notwendigkeiten. Die Menschen kommen heute, und warten nicht, bis wir...

... umgelernt haben? Das ist dann unser Problem. Und da fehlen jetzt ein paar Zwischenglieder. Es ist nicht möglich, unmittelbar politisch erfolgreich damit umzugehen. Die kulturellen Identitäten sind eben national eingebunden, und auf einer tieferen Ebene meist völkisch verwurzelt. Und das Volkhafte ist das vom Grund her weniger Verdorbene daran, es ist sozusagen vor-imperial (womit es keineswegs gleich positiv bewertet ist). Das Nationale ist der politische Überbau des Völkischen, der aus der kapitalistischen Expansion stammt. Das ist die Nationwerdung, das ist die industrialistische Verstaatlichungsdimension. Deren Turbulenzen reißen dann die Volkspsychologie mit hinein, machen ihren perversen Gebrauch davon. Nationalstaat, das ist das, was sich aus dem 19. Jahrhundert generiert. Es ist aber einfach kein Fehler, Deutscher, oder Franzose, oder Engländer zu sein. Die Franzosen sind eine imperialistische Nation wie wir. Aber auf dem vorletzten französischen kommunistischen Parteitag war die letzte Losung von Marchais: »Vive la France!«, und es gibt was Älteres als den Imperialismus. Das ist weniger gefährlich als diese Verdrängungsmentalität in Deutschland.

Nun haben wir aber nicht besonders viel Grund, zu sagen: »Es lebe Deutschland!«, weil wir nun mal an eine furchtbare Geschichte gebunden sind, die wir ja nicht ausradieren können.

Ich sage ja nicht, daß wir skandieren sollen »Es lebe Deutschland!«. Ich habe das nirgends gesagt. Aber wir dürfen nicht negativ damit umgehen. Dieses Ressentiment, dieses Abwehrenmüssen ist die größte Schwäche. Wir definieren uns selbst als antinational, als Fremdkörper. Politisch gesehen verrückt, diese Abwehr, statt gelassen Deutsche zu sein, hinzusehen, was alles Deutschland ist. Es ist erstmal eine lange, problematische Vorgeschichte. Ich stimme da voll mit Galtung (Johan, Friedensforscher, d.Red.) überein, was den aggressiv-expansiven Charakter dieser germanischen Wandervölker betrifft. Und dann gibt es diese Milleniumsbewegung auf das erste Jahrtausendende hin, es gibt die Geißlerumzüge, es gibt die Kreuzzüge, die daneben auch zugleich französisch sind. Dann gibt es den Bauernkrieg um Thomas Müntzer, dann den 30jährigen Krieg, wo die Deutschen in die Innerlichkeit getrieben werden, und im wesentlichen Objekt der Geschichte sind, usw. Das alles ist deutsche Geschichte, Stufe um Stufe, da steckt Gesetzmäßigkeit drin in dem Ablauf. Zu schnell urteilen, verurteilen, was der menschliche Niederschlag davon ist, und dann noch verleugnen, daß man selbst dazugehört, oft nur die Kehrseite davon lebt... Soviel Blindheit, nachdem klar ist, daß diese Art von Antifaschismus nicht mal damals genug war. Die Herausforderung ist doch jetzt viel größer. Das Staatsversagen ist zunächst vergleichbar mit dem Staatsversagen in der Weimarar Republik gegenüber der sozialen Krise. Aber die ökologische Krise, die sich mit der sozialen verkoppelt, ist eine noch viel brisantere Mischung. Und sich da auf das alte Niederlagenmuster zu beschränken.... Heute ist Deutschland wieder da, und wir sind jetzt sozusagen irgendwo zwischen 1918 und 1925. 1929 hat die KPD – zu spät, und mit der stalinistischen Verzerrung – ein Programm gemacht, wo in der Überschrift das Wort »national« stand, um den anderen das nicht zu überlassen. Jetzt ist Deutschland da, und die Chance, die es diesmal ist, weil die Deutschen diesen fürchterlichen Durchgang gehabt haben – die kann man nur verspielen... Galtung z.B. – der ja nun Ahnung hat von nationalen Kosmologien – sagt, es gab 2 Tagesordnungen: eine ostdeutsche, sowjetisch überbestimmt, und eine westdeutsche, amerikanisch überbestimmt. Und jetzt glaubt man, mit der westdeutschen Tagesordnung weiterfahren zu können, und dabei wird hier alles überwältigt. Es braucht, meint er, eine deutsche Tagesordnung.

Und was sollte da drauf stehen, Deiner Meinung nach?

Etwas, das qualitativ hinausgeht über »Umbau der Industriegesellschaft«. Wenn man es negativ formuliert: einseitige militärische und industrielle Abrüstung. Positiv: Was ich praktisch-politisch für Ostdeutschland vertrete, da erfreulicherweise die Übertragung des westdeutschen Produktivismus nicht funktioniert. Die De-Industrialisierung läuft hier, und die Düngerstreuer arbeiten nicht mehr so massenhaft, das ist gut. Und wenn man diese Situation nimmt, wäre die Antwort, die hier fällig wäre, der Aufbau einer Lokalökonomie, sozusagen einer Sonderwirtschaftszone Ost, die vorwegnimmt, was insgesamt anstünde: kleinteilige soziale, ökonomische und Technostrukturen in einem einzigen Landschaftsschutzgebiet. Wir haben jetzt hier nicht nur die Notwendigkeit – wie überall in den reichen Ländern -sondern mehr als anderswo auch die Möglichkeit, auf kleine industrielle, agrarische und Sozialstrukturen zu setzen, und es ist dann relativ unwichtig – angesichts der ökologischen Krise -ob das nun privatwirtschaftlich klein ist, ob das produktivgenossenschaftlich klein ist, ob das – wie ich es vorziehe – kommunitär klein ist. Das wird sowieso gemischt. So eine GbR (Gesellschaft bürgerlichen Rechts, d.Red.), zu der sich 7 Leute zusammenschließen, um irgendwo eine alte Factory aufzumotzen, was ist das nun? Ist das kommunitär? Kann es werden. Ist das produktivgenossenschaftlich? Wahrscheinlich zunächst mal. Ist es privatwirtschaftlich? Kommt auf die Perspektive an, die die Leute selber haben, und wie man drauf blickt. Es ginge doch eigentlich darum, darauf zu verzichten, die Milliarden, die sie nun mal aus imperialen Gründen hier reinstecken, umzuwidmen von Alimenten zu Investitionen in Menschen, in Lebensarbeitsplätze. Und es könnte das Volk hier sein Leben wieder aufbauen. Ich komme darauf zurück, was hier in dem Papier gegen mich steht. In meinen Vorlesungen ist der Saal nun seit zweieinhalb Jahren voll, und ich möchte sehen, wer da »rechts« ist. Hier aber wird nicht mal der Versuch gemacht, die Konzeption, die offenbar Leute anzieht, zu rekonstruieren, wie bei jeder anständigen Kritik, sondern es werden Zitate für sich genommen, zwecks Entlarvung. Die ersten, die das so gemacht haben, waren diese Leute vom rechten »VPM« (Vereinigung für psychologische Menschenkenntnis, eine aus der Schweiz sich ausbreitende Psychosekte, die aufgrund ihrer aggressiven Tätigkeiten in Berlin in den letzten Monaten viel Medieninteresse erregte. D. Red.), methodologisch genau wie der Roger Niedenführ (Autor von »New Age – Die spirituelle Rehabilitierung der Nationalsozialisten durch Rudolf Bahro, Rainer Langhans und Jochen Kirchhoff« im Sammelband »In bester Gesellschaft – Antifa-Recherche zwischen Konservativismus und Neo-Faschismus«, herausgegeben von Raimund Hethey und Peter Kratz, Verlag die Werkstatt, Göttingen, 1991, d.Red.), nur daß ich dort (bei der VPM, d.Red.) ein Linksfaschist bin, während ich laut Niedenführ meine Professur bekommen habe für Antikommunismus. Danach zu urteilen, wie Jutta Ditfurth darüber schreibt, habe ich wohl aus Versteckspielgründen zweimal für Heinrich Fink (wegen vermuteter Stasi-Mitarbeit entlassener ehemaliger Rektor der Humboldt-Uni, d.Red.) auf dem Podium gesessen, habe Gregor Gysi gegen Verleumdung geschützt, und habe den Essay geschrieben »Wenn Erich heimkommt« , über die historische Legitimität der DDR. Und dann gibt es noch diese immer wieder zitierte Aussage von mir, daß ein grüner Adolf etwas anderes wäre als ein brauner Adolf, und daß man nicht mit der Angst vor Braun an die Sache herangehen sollte.

Aber da frage auch ich mich, wie das gemeint ist.

Ich will Dir mal erzählen, wie das gelaufen ist. Der Frank Schumann, stellvertretender Chefredakteur der »Jungen Welt«, ruft mich an, er braucht für ein linkes Diskussionsbändchen ein Interwiew mit mir. Und wir sitzen bei mir zu Hause in der Küche und bereden dieses ganze Thema, an die 3 Stunden. In der Proportion, wie ich das auch in der »Logik der Rettung« abgehandelt habe, nämlich auf etwa 20 oder 30 von 500 Seiten, habe ich mich über Grün und Braun geäußert. Anschließend habe ich weder das Interwiew zu lesen, noch ein Belegexemplar des Buches bekommen. Aufgegriffen worden ist diese Stelle einzig von den Linken, sogar auf Flugblättern verbreitet, wohl als Aufforderung an die Rechten: wann geht ihr denn endlich mal hin zu dem Bahro, der gehört ja wohl doch zu euch. Erst wird noch einfach mein Argument zitiert (»Eigentlich ruft es in der Volkstiefe nach einem grünen Adolf. Und die Linke hat davor nur Angst, anstatt zu begreifen, daß ein grüner Adolf ein völlig anderer Adolf wäre, als der bekannte.« aus: Streitschrift 3, 1990, d.Red.), und hinterher wird es so dargestellt, daß ich ihn auch wolle, den grünen Adolf. Dann ist die zweite Phase offenbar, da wird nur noch kolportiert, ich wünschte mir diesen grünen Adolf, und die dritte Phase ist dann nur noch »Bahro's grüne Adolfs« und »Bahro Ökofaschist«. Man macht Losungen aus dem, was ich in einem linken Diskussionsorgan geäußert habe, weder in einer Zeitung, noch in einer Massenversammlung. Ich finde das haarsträubend als politische Methode. Nicht nur gegen mich. Ich sehe darin: Es gibt wohl nicht genug Faschisten, man muß sie erfinden. In Deutschland gibt es noch keine richtige »Neue Rechte«? Wir benennen mal Bahro, der könnte ihr geistiger Führer sein. Und wenn ich nicht Bahro wäre, sondern weniger fest stünde in mir, würde ich mich schon umsehen, wer mich denn wohl auffinge. Vielleicht schaffe ich mir ja ein einschlägiges Netzwerk, wenn sowieso schon der Verdacht gegen mich besteht? Diese Art von Politik ist bloß die Kehrseite dessen, was die Rechte macht. Dieser Satz, den ich gesagt habe, war etwas unvorsichtig ins Unreine formuliert. Aber nicht in Bezug auf die braune Gefahr, sondern in Bezug auf diesen Typ von linker Paranoia. ●

Das Gespräch führte Elisabeth Voß am 24. April 1993

KOMMENTAR

Vielen gilt Rudolf Bahro als wichtiger Ideologe der Neuen Rechten. So veröffentlichte z.B. die ÖkoLinX (1) in ihrer Ausgabe Nr. 10 vom April/Mai '93 einen Beitrag, der auf der Titelseite angekündigt wurde unter: »Bahro: Völkisch-national für einen 'grünen Adolf'«. Er selbst sieht sich im Gegenteil als einer der Wenigen, die dem Rechtsruck in Deutschland etwas entgegenzusetzen haben, indem er Themen, die von den Nazis vereinnahmt wurden, nun für die ökologische Wende zur Rettung der Erde nutzbar machen will. Schon vor vielen Jahren sah er die Gefahr, daß die Grünen – als »erste deutsche Volksbewegung seit der Nazi-Bewegung« – von ihrer gesellschaftlichen Funktion her letztlich der Restauration des Kapitalismus dienen könnten, so wie die Nazis damals. Dem versucht er mit seinem sozialökologischen Ansatz etwas entgegenzusetzen.

Denker wie Rudolf Bahro beeindrucken durch das Brechen von Tabus, faszinieren durch einen offeneren Blick auf die Wirklichkeit, als ihn sich VerteidigerInnen welcher Ideologie auch immer leisten können. Jedoch wird er selbst ideologisch eng an dem Punkt, wo es um Fragen von Hierarchie, Macht und Herrschaft geht, und er sein Konzept eines »Fürsten der ökologischen Wende« und eines »House of The Lord« entwirft.

Sicher gibt es – auch in der Selbstverwaltungs-Szene – die Erfahrung der Begrenztheit von Basisdemokratie und Gleichheitspostulat, wo gesellschaftliche Realität auch in uns und unseren Zusammenhängen ihre Spuren hinterläßt. Aber es gibt eine Utopie vom besseren Leben, wo wir uns als wirklich Gleiche und Freie begegnen. Wenn politische Aussagen und ihre praktischen Umsetzungsschritte daran gemessen werden, ob sie sich in eine solche Richtung bewegen, und welche konkreten Folgen sie für die Betroffenen haben, dann wird unklar, ob Bahro lediglich als Überbringer der schlechten Botschaft gesteinigt, oder nicht doch als deren positiver Vertreter zu Recht angegriffen wird. Sind Hierarchien und völkisches Empfinden für ihn traurige Notwendigkeiten oder Bestandteil von Utopie?

Es besteht der Verdacht, daß er Begriffe wie »Volk« und »Nation« quasi marktgängig zu machen versucht – ganz im Sinne der neurechten Rezeption von Gramscis Hegemonie-Theorie (2). Dies zeugt – aus unserer Sicht – in einer Situation der organisierten Fremden-Hatz entweder von Naivität oder gezielter rechter Politik. Ehrlicherweise sollten wir aber sehen, daß über engere Kontakte Bahros zu braunen Netzen nichts bekannt ist. Wenn wir uns auf seine Argumentation einlassen, daß gerade die Verdrängung des Völkischen diesen Haß ermöglicht, müssen wir fairerweise auch anerkennen, daß er nach eigenen Aussagen in seinen Vorlesungen an der Berliner Humboldt-Uni anstrebt, über die Beschäftigung mit »Horde, Stamm, Volk, Nation« die Verhaftungen an solcherart Identifikationen abzubauen. Es sind uns auch sonst keinerlei faschismusverdächtige realpolitische Aktivitäten von Rudolf Bahro bekannt, im Gegenteil war er einer der Erstunterzeichner der Forderung nach doppelter Staatsangehörigkeit und tritt für offene Grenzen ein.

Wie werden uns damit abfinden müssen, daß eine endgültige politische Einschätzung Bahro's zur Zeit nicht möglich ist. Vielleicht ist er einfach ein Romantiker, der sich seine Welt träumt (3), dabei offen bleibt nach allen Seiten, ohne Berührungsängste, die so manch linke Diskussion verflachen? In der Lähmung nach dem weltweiten Sieg des Kapitalismus regt er immer wieder interessante Auseinandersetzungen an, was schon allein Grund genug ist, sich weiter mit ihm zu beschäftigen – und noch lange nicht heißt, seine Positionen zu übernehmen. Wir lassen ihn – nicht ohne Bauchschmerzen – im folgenden Interview selbst zu Wort kommen, das viele Fragen offen läßt, wie auch die mehrfach so lange Gesamtfassung, die evtl. später, in einem anderen Rahmen, veröffentlicht wird. ●

Elisabeth Voß

Anmerkungen

(1) Zeitschrift der Ökologischen Linken

(2) »Kernstück Gramscis Theorie ist die Begründung der Notwendigkeit, daß die Arbeiterklasse erst die kulturelle Hegemonie erringen müsse, um politische Macht erkämpfen zu können. Die Neue Rechte nun ersetzt den Begriff der Arbeiterklasse durch den der Volksgemeinschaft und möchte sich selbst als deren Vorhut verstanden wissen.« Aus: »Thule-Seminar – Spinne im Netz der Neuen Rechten«, Broschüre des AK Neue Rechte, Kassel, 1990.

(3) Wie damals, als er in Gorbatschow schon die Inkarnation seines Fürsten sah.

BAHROS »GRÜNE ADOLFS«:

Die »Neue Rechte« an der Berliner Humboldt Universität

Für viele Linke, besonders aus den neuen Bundesländern, ist Rudolf Bahro immer noch ein politischer Hoffnungsträger für einen Sozialismus »mit menschlichem Antlitz«. Für die »neuen sozialen Bewegungen« ist er ein Haupttheoretiker geworden. Seine Vorlesungen an der Berliner Humboldt-Universität sind überfüllt, Ministerpräsident Biedenkopf läßt es sich nicht nehmen, hier als Gast zu sprechen, das »Neue Deutschland« brachte vor kurzem ein ganzseitiges und völlig unkritisches Interview mit Bahro. Nur wenige aber haben seine Texte genau gelesen und auch Bahros Forderung nach einem »grünen Adolf«, der die Deutschen aus der eigenen »Volkstiefe« heraus in ein Goldenes Zeitalter führen soll, scheint kaum zum Nachdenken bewegt zu haben.

Peter Kratz (BIFFF, Bonn), Redaktion Heidelberg ● Dabei hat der ehemals marxistische Wirtschaftswissenschaftler, dessen fortwährende Popularität allein auf dem kommunistischen Kunstfehler beruht, Bahro eingesperrt zu haben, sich spätestens seit Mitte der 80er Jahre zum altbekannten nazistischen Neuheidentum und dessen Quellen hingewendet und dies in seinen Schriften auch ausgesprochen. Bahro ist neben dem früheren APO-Schreck Rainer Langhans heute derjenige Theoretiker des »Neuen Denkens«, der sich am weitesten, offen und ohne jede Scham zum spirituellen Gehalt des Faschismus als der angeblich einzigen Möglichkeit für eine »Rettung« von Natur und Menschheit bekennt. Von KritikerInnen wird er bisher meist als religiöser Spinner abgetan. Daß sein spiritueller Ansatz weitgehend identisch mit dem der historischen völkischen Bewegung ist, die als wesentliche ideologische Quelle geradewegs im Nationalsozialismus mündete, und daß er deshalb dieselbe politisch katastrophale Potenz hat wie dieser – es mag Bahro persönlich so wenig gefallen wie den Urvätern der völkischen Bewegung –, wird kaum gesehen, auch deshalb nicht, weil die Aufarbeitung der spirituellen Basis des Faschismus nach wie vor innerhalb der Linken weit hinter der Betonung des Kapitalinteresses am Faschismus zurücksteht; die Beziehung des zivilisationskritisch-romantizistischen Ansatzes der völkischen Bewegung und des »Neuen Denkens« zur kapitalistischen Modernisierung durch die herrschenden Nazis damals und durch das heutige EG-Kapital ist ohnehin erst in Ansätzen bedacht *.

»Und sie trainieren fleißig für ein neues '33!«

Ein guter Spruch des Antifaschismus aus den 70er Jahren, als neofaschistische Parteien noch keine zweistelligen Wahlergebnisse erzielten. Bahro hat ihn 1987 in seinem Hauptwerk »Logik der Rettung« umgedreht: »Kein Gedanke verwerflicher als

Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht online gezeigt werden.

der an ein neues 1933 ?! Gerade der aber kann uns retten. Die Öko-Pax-Bewegung ist die erste deutsche Volksbewegung seit der Nazi-Bewegung. Sie muß Hitler miterlösen« (S. 346 f); »die Nazibewegung (war) u. a. auch bereits eine erste Lesung der Ökologiebewegung« (S. 340). Mit dem Konzept der »Konservativen Revolution« (KR) als Garant einer »Rettung« knüpft er bewußt an die intellektuellen Vorbereiter des Nazismus an (S. 66-70) und er stützt sich weiter – auch im Zusammenhang zur KR – explizit auf den unseligen Teil der deutschen Geistesgeschichte seit dem gotischen Mystiker Meister Eckehart, aus dem sowohl die völkische Bewegung als auch z. B. der Nazi-Chefideologe Alfred Rosenberg oder die heutigen IdeologInnen der »Neuen Rechten« ihre faschistisch-spirituellen und (in praktischer Anwendung) ökonomisch-imperialistischen Konzepte herleite(te)n.

Bahro scheut sich nicht einmal, das »Völkische« einer solchen Orientierung zu betonen und diese als den Auftrag insbesondere der Deutschen zur »Rettung« der Erde auszugeben – am deutschen Wesen soll hier wieder mal die Welt genesen: »ein deutsches Vermächtnis« liege in dieser Geistestradition (S. 335, Hervorhebung im Original), die der des Sozialismus oder auch nur der Aufklärung entgegengesetzt ist; »unserem eigenen Traum folgen« (ebd.) sollten wir, »wir Deutschen müssen Meister Eckhart lesen« (S. 153) – was der Chefideologe der NSDAP, Alfred Rosenberg, in seinem »Mythus des 20. Jahrhunderts« ja bereits in derselben Weise getan hat, wie Bahro es nun empfiehlt. Allerdings fällt dies der heutigen Linken nicht auf, weil sie keine faschistischen Klassiker liest. Doch solche Einwände mag Bahro nicht. Man dürfe »das Erwachen im Volke« nicht sogleich »als 'völkisch' denunzieren« (S. 392) – gibt es denn hier noch einen Unterschied zum nazistischen »Deutschland erwache!« der Nazis? Bahro empfindet Sympathie für den Kampf der Nazis gegen die »Weimarer Demokratie, die dazu bestimmt war, von der Nazibewegung gesprengt zu werden« (S. 397), man müsse auch heute »die braunen Anteile« im deutschen Wesen »freisetzen« (S. 399) – was immer denn das deutsche Wesen sein mag. Bahro nennt als solches einmal den »furor teutonicus« (S. 346), also das rassistische Konzept einer angeblich allen Deutschen eigenen brutalistischen Anlage zur zerstörerischen Raserei, die man nun gewissermaßen fürs Gute nutzbar machen solle. »Nach dem Positiven, das vielleicht in der Nazibewegung verlarvt war«, sei heute zu suchen, »weil wir sonst von den Wurzeln abgeschnitten bleiben, aus denen jetzt Rettendes erwachsen könnte« (S. 461); hiervor habe sich der »feige Antifaschismus« gedrückt, der es »verweigert« habe, »nach der Kraft zu fragen, die hinter der braunen Bewegung stand« (S. 346).

»Eigentlich ruft es in der Volkstiefe nach einem grünen Adolf«, meint Bahro im November 1990 – kurz vor der Bundestagswahl! – in der Zeitschrift »Streitschrift« (S. 6), »und die Linke hat davor nur Angst, anstatt zu begreifen, daß ein grüner Adolf ein völlig anderer Adolf wäre als der bekannte«. Doch er fährt sogleich klärend fort: »Es ist überhaupt nicht die Frage, ob es ein Mann oder eine Frau ist, sondern es ist die Frage nach einer Struktur. Das ist das deutsche Moment in dieser grünen Bewegung«.

Ein Führer soll wieder retten

Bahro schwankt hin und her, ob der »grüne Adolf« eine Person sein soll oder ein abstraktes Konzept, das durch eine spirituelle Führungselite ausgefüllt wird oder gar nur eine innere

Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht online gezeigt werden.

Selbsterkenntnis eines/r jeden sein soll. Das Schwanken erscheint als Taktik – niemand kann ihn festlegen –, denn letztlich spricht er sich für den personifizierten Führer aus. Bereits in der »Logik der Rettung« präsentiert sich Bahro als ein erklärter Gegner der Demokratie (z. B. S. 344, 481) und erst kürzlich wieder in einem Arbeitspapier (»Über kommunitäre Subsistenzwirtschaft und ihre Startbedingungen in den neuen Bundesländern«, S. 10) zieht er gegen die »köpfezählende Abstimmung« zu Felde, die durch einen spirituellen »konsensualen Prozeß« ersetzt werden müsse, der nach der Ausschaltung jeglichen Widerspruchs dann freilich ebenso unhinterfragbare wie unveränderbare Ergebnisse erbringt. In der »Logik der Rettung« bezieht sich Bahro auch auf die selbstvergöttlichende Vorstellung eines spirituellen Führers in jedem/r (Deutschen), dessen innerer Stimme man folgen müsse, gewissermaßen ein übergeordneter »grüner Adolf« in einem selbst, dem man sich – wohl nach einem entsprechenden »konsensualen Prozeß« – durch spirituelle Einsicht freiwillig unterwirft. Auch diese Vorstellung entstammt der völkischen Bewegung, wo sie z. B. von Paul de Lagarde im letzten Viertel des 19. Jahrhunderts als spirituelles »inneres Reich« vorgestellt wurde; das »innere Reich« sollte die spirituelle Basis des äußeren »dritten Reichs« sein. Der Begriff des »inneren Reichs« wird heute von den Ideologen der »Neuen Rechten« um die Neofaschisten Pierre Krebs, Sigrid Hunke und Alain de Benoist (Stichwort »Thule-Seminar« Kassel) wieder offensiv verwendet.

Allerdings nennt Bahro dann auch wieder explizit und personalisierend den völkisch-faschistischen »Kaisertraum« (»Logik«, S. 347), den Mythos vom im mitteldeutschen Kyffhäuser-Gebirge schlafenden Kaiser Barbarossa, der als Führer wiederkehre und Deutschland aus der Not rette; diese abstruse Idee liegt bereits dem Hohenzollern-Kaisertum ab 1871 und später dem nazistischen Führer-Konzept zugrunde. Letzteres stützt sich weiterhin auf die »germanische« Institution des »Herzogs«, die Bahro ebenfalls als Vorbild anführt (S. 345) – auch hier also ein direkter Bezug auf die historische völkische Bewegung und die Nazis, deren »Herzogs«-Gerede z. B. bei Himmler so weit ging, daß er sich als Inkarnation des sächsischen Herzogs Heinrich I. sah, dem für die Faschisten eigentlichen Begründer eines Reiches der Deutschen. »Eine berufene Gestalt«, und zwar »personifiziert«, müsse die »Rettung« bringen, meint Bahro unmißverständlich (S. 345). Dabei müsse man »an die stärksten politisch-psychologischen Dispositionen unseres Volkes anknüpfen« (S. 344), denn »trotz aller schlechten Erfahrungen sind die Deutschen ansprechbarer als andere Völker für charismatische Führung geblieben«: es solle sich an »seine Herzöge« und »seine Könige« erinnern (S. 345). Daneben führt er das Konzept des »Fürsten der ökologischen Wende« an (S. 323), das er beim faschistischen Ideologen Julius Evola abgekupfert hat und wiederum eher unpersonal, als geistige Abstraktion, verstanden haben will.

Konkret macht Bahro seine antidemokratische Position dann über den Vorschlag, eine spirituelle, nur »Gottes Stimme« lauschende und nur ihr verantwortliche Elite solle oligarchisch und als gesellschaftliche »Stimme der Gottheit« herrschen (S. 491 ff), denn »die gesellschaftliche Rechtsordnung darf nicht länger vom Staat und von anderen, noch unbefugteren faktischen Mächten gesetzt werden« (S. 363).

Freiwillige Unterwerfung als Entsubjektivierung

Bahros Ansatz ist dem der Linken diametral entgegengesetzt. Während die Linke die Emanzipation des Menschen anstrebt, will Bahro die Entsubjektivierung des Menschen, der nicht mehr länger danach streben soll, Herr seiner selbst zu werden. Statt dessen wird eine abstrakte, von sehr konkreten Herrschenden gegen die Interessen der Massen funktionalisierbare »Natur« als Subjekt der Geschichte postuliert. Die »Gottheit« sei »gleich der Natur«, meint er (S. 491), jedes Mißverständnis ausschließend. Faktisch wird diese göttliche Gesetzlichkeit von Gurus vermittelt, die als spirituelle Elite den Massen vorschreiben, was angeblich göttlich-naturgesetzlich gewollt sei. Wie unter oligarchischen Zuständen ein »konsensualer Prozeß« in Bahros spirituellen Kommunen real aussehen würde, dafür gibt es bei den hierarchischen psychoterroristischen »Jugendsekten« bereits genügend Vorbilder. Bahro sagt nichts dazu, warum seine Kommunen diesen autoritären Weg nicht schließlich auch gehen sollten, erst recht, nachdem hier Minderheitenpositionen, aus denen in einem demokratischen Prozeß Mehrheiten und damit Veränderung entstehen könnten, wegkonsensualisiert werden. Die Eliten-Herrschaft von Guru-Cliquen in einer hierarchischen statt egalitären Gesellschaft erscheint schließlich als die adäquate Umsetzung »naturgemäßer Ordnungen«, die Bahro anstrebt (S. 59). Hier wird dann z. B. »eine Wirtschaftsordnung ..., die von uns verlangt ist« (S. 74), gepriesen, statt einer, die nach den Bedürfnissen der Massen von diesen selbst eingerichtet wird. (Kluge Massen, solche, die weiterleben wollen, schließen ökologische Erwägungen ein.) »Verlangt« – von wem? Von der »Stimme Gottes«, der Guru-Oligarchie.

Eine Professur im Interesse der Herrschenden

Plump, aber wahr: In Bahros System ist die Guru-Oligarchie zum heutigen, nicht-faschistischen Zeitpunkt faktisch mit den jetzt Herrschenden bzw. ihren Agenten identisch, denen es lediglich noch an der spirituellen Aura fehlt. Diese Erkenntnis mag auf den ersten Blick erstaunen, spielt Bahro doch die Rolle des Aussteigers aus der »herrschenden Megamaschine«, wie er es nennt. Doch kommt z. B. seine Sympathie für Biedenkopf ja nicht von ungefähr, dessen Bemühung der Naturgesetze zur Rechtfertigung der »Kinder, Küche, Kirche«-Unterdrükkung der Frau von Bahro weitgehend zustimmend zitiert wird (S. 502). Biedenkopf war Manager bei der Chemiefirma Henkel, bevor er Gründungsrektor der Bochumer Beton-Universität und schließlich Politiker der CDU wurde. Das Vergolden der Krone des früheren Sachsenkönigs, die Ministerpräsident Biedenkopf im Keller seiner Dresdner Staatskanzlei fand und aufs Dach setzen ließ, kostete im Jahre 1992 300.000 D-Mark – ökologisch?, sozial, bei der Arbeitslosigkeit in den neuen Ländern? 1988 sagt Bahro in einem Interview der »taz«, die Oligarchie der spirituellen Elite »braucht Leute, der Meinung bin ich allerdings, die es schaffen, öfter als üblich von dem höheren Selbst in sich auszugehen als von den Ich-Interessen. Leute, die schon mal genug gekriegt haben«. Das aber sind nach den vorhandenen Verhältnissen nun mal nicht die beherrschten Massen, erst recht nicht in den neuen Bundesländern. Wer hat denn hierzulande »schon mal genug gekriegt« und kann aus der Position des/der Zufriedenen und Befriedigten Politik machen ohne Rücksicht auf die materiellen Interessen der Massen? Dieser Satz Bahros, mal so en passant gesagt, verrät mehr über die Brauchbarkeit seiner Ideologie für die Herrschenden, als Bahro lieb sein kann.

Es wird den Herrschenden sicher auch gefallen haben, das Bahro Ende Mai 1992 im »Neuen Deutschland« die Lohnkämpfe der Gewerkschaften als kontraproduktiv für seine Vision eines Neuen Zeitalters angriff und in der Manier eines Unternehmerverbands-Sprechers beklagte, niemand wolle heutzutage mehr arbeiten: »Alles sitzt im Büro und auf der Unibank«. Diese Unverschämtheit gegenüber der arbeitenden Bevölkerung wirkt aus dem Munde eines deutschen Professors sicher besonders glaubhaft! Vor allem aber ist von daher nur zu verständlich, daß Bahro an der Humboldt-Universität eine Professur bekam, nachdem die 11. Feuerbach-These von Marx, die das Foyer schmückte, dort ausgedient hat. (»Die Philosophen haben die Welt nur verschieden interpretiert. Es kommt aber darauf an, sie zu verändern.«) Nach den gesellschaftlichen Verhältnissen in Deutschland und Europa zu urteilen, braucht niemand zu fürchten, Bahros Entindustrialisierungs-Phantasien würden praktisch, so wie damals die romantizistische Zivilisationskritik der völkischen Bewegung doch nicht zur Erneuerung des historisch überlebten subsistenzwirtschaftlichen Bauerntums führte, sondern im Gegenteil faktisch die spirituell-weltanschauliche Voraussetzung zur faschistischen Gesellschafts-Modernisierung darstellte **. Bahro nennt seine »Wissenschaft« »Sozialökologie«. Das ist ein Begriff, der vorsätzlich Unvereinbares zusammenbringen will: eine der menschlichen Subjektivität entzogene, vorgegebene »Natur« und menschliche Gesellschaftlichkeit. Hieraus kann nichts anderes entstehen als die Herrschaft der Naturgesetze in der Gesellschaft, das nannte man bisher: Sozialdarwinismus. Alter – saurer – Wein im neuen Schlauch, und schon fallen wieder Intellektuelle reihenweise auf die alte, faschistische oder konservativ-revolutionäre Demagogie herein.

Bahros Praxis: Arbeit mit Neofaschisten

Bahro beteuert immer wieder, er werde durch solche Kritik fehlinterpretiert. Seine politische und »wissenschaftliche« Praxis spricht jedoch eine deutliche Sprache: In Bahros Seminarhaus in der Eifel vertrat Ende 1990 nicht nur Rainer Langhans die These, die SS (!) habe eine »hohe Sterbekultur« entwickelt, an der man sich heute orientieren müsse; eine Teilnehmerin äußerte auch: »Deutschland hat ohne Führer keine Chance« **. Derart klar und eindeutig also wird Bahros Botschaft von seinen Jüngern verstanden. Daß sein »grüner Adolf« eben doch derselbe ist wie der bekannte braune, zeigten nicht nur die oben genannten strukturellen Gemeinsamkeiten in der Herrschaftsform. Neuerdings bezieht sich Bahro immer wieder positiv auf die Chefideologin der »Neuen Rechten« Sigrid Hunke, die 1942 bei dem SS-»Rassepsychologen« L. F. Clauß promovierte, jahrelang Vize- und Ehrenpräsidentin der nazistischen

Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht online gezeigt werden.

Sekte »Deutsche Unitarier Religionsgemeinschaft« (DUR) war und inzwischen zum »Thule-Seminar« um den Kopf des europäischen intellektuellen Neofaschismus, Alain de Benoist, gehört. In der DUR haben sich die Anhänger und Funktionäre der Himmler- und Rosenberg-Cliquen zusammengefunden, um unter dem Deckmantel der freien Religionsausübung die Nazi-Ideologie weiterzupflegen. Zentraler Bezugspunkt der Sekte ist der Kirchenkampf der Nazis, Beziehungen von DUR-Spitzenleuten zu den meisten neofaschistischen und rassistischen Ideologie-Organisationen, auch z. B. zu Jürgen Riegers »Nordischem Ring«, konnten vielfach nachgewiesen werden. Nach einem Urteil des Berliner Kammergerichts von 1991 darf die DUR als »nazistische Tarnorganisation« bezeichnet werden.

Doch mit Hunke nicht genug: Im Wintersemester 1991/92 warb Bahro auf Flugblättern unter seinen HörerInnen an der Humbold-Uni für die Veranstaltungsreihe eines Wolfgang Deppert, der jahrelang der oberste theologische Chef der DUR war und noch Ende 1990 in einem Sektenblatt einen Text aus dem Umfeld des kriminellen »Auschwitz-Lügners« Thies Christophersen abdrucken ließ. Die Autorin dieses Textes – Prinzessin Marie-Adelheid Reuß-zur Lippe, eine Vorgängerin Depperts als theologische Chefin der DUR und 1986 Chefredakteurin von Christophersens Zeitschrift »Die Bauernschaft« – war die Begründerin des historischen »Nordischen Rings« der 20er Jahre und eine enge politische und persönliche Vertraute des Chefs des SS-Rasse- und Siedlungsamtes, Walther Darré, der sie »meine kleine Schwester« nannte. Darré seinerseits war ein Exponent der von Bahro heute propagierten Subsistenzwirtschaft-Konzepte, die er als Ernährungsminister im Kabinett Hitler vergeblich durchzusetzen versuchte. Alles nur Zufälle?

Auch in seinem neuen Buch »Rückkehr« bezieht sich Bahro auf Deppert; das Buch erschien im »Horizonte«-Verlag, in dem Hunke bereits mehrfach publizierte, u. a. auch 1989 ihr unsägliches Buch »Vom Untergang des Abendlandes zum Aufgang Europas«, das lediglich die faschistischen Klassiker »Die Grundlagen des 19. Jahrhunderts« von Houston Steward Chamberlain und »Der Mythus des 20. Jahrhunderts« von Alfred Rosenberg variiert. Da fällt die Antwort nicht schwer, wohin denn Bahros »Rückkehr« führen wird. Seine Veröffentlichungen zeigen, daß sich Bahro in Kreisen bewegt, die den Konzepten von Demokratie und von Emanzipation des und der Einzelnen von der Bevormundung und Unterdrückung der Herrschenden entgegenarbeiten. Auf die Beantwortung der Frage, wie er denn ausgerechnet mit diesen Kreisen die Emanzipation vorantreiben will, warten wir leider immer noch vergeblich. Seit zehn Jahren weicht Bahro der Frage wortreich aus. ●

Anmerkungen:

* Vgl. hierzu demnächst: P. Kratz: Die braunen Götter. Im Schnittpunkt zwischen New Age, Faschismus und Kapitalinteressen (in Vorbereitung).

** Zitiert nach »Materialdienst der Evangelischen Zentralstelle für Weltanschauungsfragen« vom 1. 4. 1991, S. 119.

Anmerkung der Redaktion: Dieser Beitrag erschien bereits im »telegraph« 4/93 und in »Umbrüche« 6/93. Er wurde vom Autor für CONTRASTE leicht überarbeitet.

Anzeige

Brennpunkte

Heidelberger Zweimonatsschrift gegen den Zeitgeist

Sondernummer Herbst 1993:

Indien und Bangladesh

Sozialrevolutionäre Bewegungen, Adivasi, Autonome Frauenbewegung, Volkskultur, Religiöser Fanatismus

DIN A4, 72 Seiten, 8.– DM

Bestelladresse: Brennpunkte c/o Friedensladen, Schillerstr.28, 69115 Heidelberg

AUF DEN SPUREN DES GRÜNEN US-MOVEMENTS

Ideologische Öko-Labyrinthe

Ohne Zweifel gehört die Ökologiebewegung zu den wichtigsten politischen Kräften der Gegenwart. Neben dem »ganz normalen Umweltschutz«, der auf rational begründeten wissenschaftlichen Erkenntnissen beruht, wurde »Ökologie« in den achtziger Jahren immer mehr zur »grünen Mystik« und für Teile der vor allem spirituell orientierten Alternativbewegung zu einer mythisch begründeten Richtlinie für Denken und Handeln. Diese »spirituelle Ökologie« ist des einen Freud' und des anderen Leid! Während die einen die Bedeutung der Integration eines spirituellen Bewußtseins in der Öko-Bewegung betonen, warnen die anderen vor einem »neuen Opium für das Volk«.

Von Roman Schweidlenka, Redaktion Selbstorganisierte Lebensgemeinschaften ● Diese Auseinandersetzungen toben nicht nur im deutschen Sprachraum, sie durchziehen auch die Medien und Podiumsdiskussionen der entsprechenden US-Szene. Während es allen Beteiligten dabei um den Schutz von Land und Leben geht, gibt es doch – wie bei uns – Graben- und Fraktionskämpfe, die manchmal undurchschaubar und öfters für europäische BeobachterInnen auch nicht ganz nachvollziehbar und verständlich sind. Dazu gesellt sich ein großer Informationsmangel über das Treiben unserer US-Schwestern und -Brüder. So habe ich auf Grund meiner Analyse von Murray Bookchins Buch -Die Ökologie der Freiheit- und auf Grund meiner Einschätzung der sogenannten deep ecology (Erklärung folgt) Bookchin in einem Beitrag für das Buch -Mißbrauchte Sehnsüchte?- mit deep ecology in Verbindung gebracht (was ich ehrlich gestanden teilweise auch heute noch tun würde) – aber Bookchin befindet sich mit deep ecology-VertreterInnen in einem verbalen Boxkampf, der bereits mehrere Runden andauert und inzwischen eine beachtliche Menge Papier füllt (die mir Bookchin dankenswerterweise zusandte).

Auf Grund eines wissenschaftlichen Forschungsprojektes zum amerikanischen Bioregionalismus, das ich mit meinem Kollegen Gugenberger durchführte, konnte ich mich kiloweise durch amerikanische Szenezeitschriften wühlen und so einen neuen, differenzierteren Einblick in die US-Öko- und Alternativbewegung gewinnen. Da von mehreren Seiten der Ruf nach einer Klärung der etwas verwirrenden Fülle der amerikanischen -Öko-Schulen- erschallte (und in mein Ohr gesäuselt wurde), will ich eine kurze Übersicht versuchen, die als Orientierungshilfe und nicht als Bibel betrachtet werden soll.

Neben dem bereits erwähnten -normalen- Umweltschutz führen in der US-Öko-, Alternativ-, Landkommunen- und Bioregionalismusbewegung – kurz in -The Movement-, das sich trotz zahlreich erschienener Todesanzeigen immer noch bewegt – folgende drei -Öko-Schulen- eine recht bewegtes Leben:

DIE SOZIALE ÖKOLOGIE

Als ihr Begründer gilt der wohl bekannteste zeitgenössische Anarchist, Murray Bookchin. Das mit ihm und weiteren vergleichbaren Einrichtungen in Chile, Uruguay und Australien zusammenarbeitende Institut für soziale Ökologie in Plainfield/Vermont definiert diese Richtung so: -Soziale Ökologie beinhaltet das Studium der menschlichen und natürlichen Ökosysteme durch das Verständnis der Wechselbeziehungen zwischen Kultur und Natur. Sie entwickelt kritisches, ganzheitliches Weltverständnis und geht davon aus, daß ein kreatives menschliches Unternehmen eine alternative Zukunft errichten kann, in der die Beziehung der Menschen zur natürlichen Welt wieder harmonisiert wird, indem auch die zwischenmenschlichen Beziehungen wieder ins rechte Lot kommen.-

Neben einem radikalen gesellschaftskritischen Ansatz und handfesten Aktionen zur Unterstützung der Landrechtskämpfe nordamerikanischer IndianerInnen besteht eine kritische Offenheit gegenüber den neuen spirituellen Bewegungen. Vor allem der Ökofeminismus und ganz allgemein eine erdbezogene Spiritualität werden von sozial-ökologischen Kreisen eher positiv betrachtet. 1987 wurde heftige Diskussionen angeregt, als Bookchin die politisch engagierte soziale Ökologie der angeblich gänzlich apolitischen, angeblich menschenverachtenden, angeblich nur mystizistischen deep ecology gegenüberstellte. Diese Einschätzung konnten auch viele emanzipative Öko-Kräfte der USA nicht teilen. Auch das linkssozialistische kanadische Green Web kann Bookchin in seiner Aburteilung nicht folgen. Auch ich kann auf Grund reichhaltigen Quellenmaterials diese Bookchin-Position nicht teilen. Pikanterweise empfiehlt das deep ecology-Standardwerk -Deep Ecology- von Devall/Sessions Bookchins -Ökologie der Freiheit- als Grundsatzlektüre (und das vor dem großen Knatsch)!

DIE DEEP ECOLOGY

Deep ecology ist eine Ausprägung der spirituellen Ökologie, die in den englischsprachigen Ländern in den achtziger Jahren einen unglaublichen Boom erlebte und auch im deutschen Sprachraum beachtlich an Bedeutung gewann. Spirituelle Ökologie ist, vereinfacht ausgedrückt, eine Verbindung von ökologischem Wissen und Umweltschutz mit einer religiösen Überzeugung: Daß das natürliche Universum belebt und beseelt, eine Schöpfung Gottes oder des Großen Geistes ist. Gary Snyder, Altvater der Hippies und der US-Alternativbewegung: -Die biologischen und ökologischen Wissenschaften schließen unausgesprochen eine spirituelle Dimension ein. Wir müssen unseren Weg finden, um die Zyklen der Mineralien, des Wassers, der Luft und der Nahrung als Sakrament zu betrachten – und wir müssen die Einsicht in unsere individuelle Suche einarbeiten und sie mit all den Weisheitslehren, die wir in der näheren Vergangenheit erhielten, verbinden. Der Ausdruck davon ist einfach: Dankbarkeit für alles, die Übernahme der Verantwortung für alle unsere Handlungen; in Kontakt mit den Quellen der Energie bleiben, die in unser eigenes Leben fließen.-

Deep Ecology wurde 1972 vom norwegischen Philosophieprofessor und radikalen Umweltschützer Arne Naess begründet und entwickelte sich in den USA der achtziger Jahre zur einflußreichsten neuen Öko-Schule, die nicht zuletzt auch maßgeblich die große Umweltschutzorganisation -Freunde der Erde- (FOE) mitprägte. Deep Ecology kritisiert die auf den Menschen und seinen Nutzen zentrierte -alte-, -materialistische- Ökologie, die Natur immer noch als mechanistisches Getriebe betrachtet. Für die neue Ökozentrik sind Pflanzen und Tiere, ja selbst Mineralien gleichberechtigte Partner des Menschen. Spiritualität ist das Rückgrat der deep ecology. Viele Tiefenökologen sind an radikalen Umweltschutzaktionen beteiligt, da der solidarische Einsatz für Mutter Erde als sicherer Weg zur unio mystica mit der Natur gilt. Besonders deutlich wird dies u.a. bei der Ökoguerilla Earth First!, die sich durch Ökotageakte, d.h. Zerstörung von Strommasten und Bulldozzern einen Namen machte. Ein kleinerer Teil von deep ecology-Inspirierten tendiert allerdings zu apolitischen, individualisierten Öko-Selbsterfahrungstrips, eine Strömung, die z.B. in den Werken der bekannten Bergsteigerin Dolores La Chapelle sichtbar wird.

Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht online gezeigt werden.

DIE TRANSPERSONALE ÖKOLOGIE

Sie ist im Wesentlichen eine Individualisierung, Entpolitisierung und Verkommerzialisierung der deep ecology. 1990 begründete Warwick Fox mit seinem Buch -Towards A Transpersonal Ecology: Developing New Foundations For Environmentalism- diese psychologisierende Strömung, die an einer Veränderung gesellschaftlicher Verhältnisse ebensowenig Interesse hat wie an einem konkreten Engagement gegen faßbare große Umweltsünder. Die transpersonale Ökologie blüht und gedeiht am US-Esosupermarkt. ●

Diese US-Ökoschulen entsprechen – nicht 100%ig, aber doch annähernd-gesellschaftlichen Strömungen bei uns:
Soziale Ökologie = Linke Grüne und grüne AnarchistInnen mit einer Offenheit für ganzheitliche außereuroamerikanische Kulturen
Deep ecology = Spirituell-politisch orientierte Ökoaktivisten, auch wie erwähnt bei uns ein zunehmender Trend, der sich u.a. in der Gründung entsprechender Vereine (z.B. Für die Erde, für das Leben, Frieden mit der Erde etc.) und der Veröffentlichung entsprechender Artikel spiegelt.
Transpersonale Ökologie = New Age mit grünlichem Mäntelchen.

LESERiNNENFORUM: »VOM NEUEN ZEITALTER ZUR BRAUNEN HEILSLEHRE?«

Betr.: Steiners Rassismus/Faschismus
Anmerkungen zur Ignoranz von CONTRASTE-Autoren und zum Geifer Jutta Ditfurths
von Ernst Lutterbeck

Zum mindesten in den Nummern April, Mai und Juni haben sich CONTRASTE-Autoren und -Briefschreiber mit -Steiners Rassismus/Faschismus- befaßt. Ich biete eine Wette an: schon nach einem halbstündigen Gespräch könnte ich allen noch namentlich Genannten (mit einer Ausnahme) und Ungenannten beweisen, daß sie über etwas sprechen, schlimmer noch: es kritisieren, was sie praktisch nicht oder nur durch oberflächliches Lesen von -Stellen- oder nur aus sekundärer Sekundärliteratur kennen, für das ihnen also jedes tiefere Verständnis abgeht. Für einige scheint die einzige -Quelle- das Gegeifer Jutta Ditfurths zu sein. Solche Methoden sind zwar – eine immer beliebter werdende Masche, aber sie sind und bleiben unanständig. Diese Tour reicht von leichtsinnigem Nachschwätzen bis zur bewußten, böswilligen Verleumdung. Manchmal (aber natürlich nicht bei den CONTRASTE-Autoren) handelt es sich auch um schlichte Dummheit. Eine besondere Mentalität in dieser Hinsicht wird von Jutta Ditfurth repräsentiert: sie geifert aus blindem Fanatismus. Aber darüber später.

Zum Verständnis des Folgenden müssen zunächst einige historische Bemerkungen gemacht werden. Zuvor erlaube ich mir, meine eigene Motivation anzudeuten:

Wenn jemand für sich in Anspruch nehmen kann, sich zum -emanzipatorischen Sozialismus- (Regenauer, 4/93), zum Selbstverwaltungsgedanken und zum -Integralen Föderalismus- (Roemheld) zu bekennen, dann bin ich das. Ich kenne z.B. -CONTRASTE- von Anfang an, als es noch ziemlich stark von der anthroposophischen (!!!) -Aktion Dritter Weg- bestimmt wurde, die ja von Herrn Kern (s.u.) ebenfalls -in die Nähe des Faschismus- gerückt wird. Ich habe mich mit solchen Problemen schon befaßt, als wahrscheinlich manche der so unglaublich gescheiten CONTRASTE-Autoren sich noch mit der Erlernung des ABC herumgeplagt haben, was natürlich nicht heißt, Alter sei ein Verdienst, sondern nur, daß ich weiß, wovon ich spreche. Und ich nehme für mich – und für die allergrößte Mehrheit der Anthroposophen – in Anspruch, ein ausgesprochener Antifaschist und Antirassist zu sein. Das kann ich deshalb so pauschal behaupten, weil sich niemand als Anthroposoph betrachten dürfte, der Faschist oder Rassist wäre. Das schließt sich aus. Ich komme noch darauf; man nehme das erst mal so hin. Regenauer sagt es ja ganz richtig: es handelt sich um -eine Kontroverse im eigenen Lager- (aber nicht im Lager der Anthroposophen, sondern der Selbstverwaltungsbewegung). Bei ersteren wäre eine solche Kontroverse undenkbar, wenn man von ein paar allseits verachteten Außenseitern wie Haverbeck & Co. absieht, s.u.).

Bei den historischen Bemerkungen beschränke ich mich zunächst nur auf einen Punkt, der im Grunde alles sagt: Ab 1922 konnte Steiner in Deutschland nicht mehr ohne Gefahr für Leib und Leben öffentlich auftreten. Am 22.5.1922 haben Angehörige einer -alldeutschen- und pränazistischen, wahrscheinlich vom -Thule-Orden- gesteuerten Terrorbande in München eine Vortragsveranstaltung von Steiner gestürmt und ihn persönlich bedroht. Später soll sich herausgestellt haben, daß er als Nr.8 oder 9 auf einer von solchen Rechtsreaktionären geführten Attentatsliste als -Vaterlandsverräter- geführt wurde. Ganz oben auf dieser Liste standen Rathenau und Erzberger, die dann ja auch dem braunen Terror zum Opfer fielen. Steiner ein -Faschist-? Die Anthroposophie in Verbindung mit dem -Thule-Orden-? (Kern). Die, die solches behaupten, wissen ja garnicht, wie lächerlich sie sich machen.

Ich referiere nun zunächst die wichtigsten der hier zur Debatte stehenden Probleme am Beispiel dreier CONTRASTE-Autoren, um im zweiten Teil auf die stinkende Quelle einzugehen, die dieser absurden Diskussion zugrunde liegt.

GERHARD KERN

(April-Nr.) Als erstes zitiert Kern einen der ideologischen Ziehväter Hitlers, H. St. Chamberlain, der seinerseits in der -Lebensschutz-Information- zitiert ist, die von der Frau des schon genannten Herrn Prof.Dr. Haverbeck herausgegeben wird. Dessen Lebenslauf wird sodann ebenso unscharf wie ausführlich geschildert. Dies geschieht aber offensichtlich nur, um Anlaß zu haben, darauf hinweisen zu können, daß dieser Herr Haverbeck später Pfarrer der -Christengemeinschaft- war, der -religiösen Gruppierung der AnthroposophInnen- (diese alberne -Innen--Tour werde ich mir bei zukünftigen Zitaten ersparen) (1). Die -antifaschistische Recherche- (wenn ich so etwas schon höre!) habe ergeben, Haverbeck sei als Pfarrer der -Christengemeinschaft- wegen kommunistischer Sympathien- entlassen worden (Quatsch). Er sei – richtig – früher ein hoher Nazi-Funktionär, dann – leider ebenfalls richtig – kurz und schnell wieder entlassener Pfarrer der Christengemeinschaft, dann (wahrscheinlich falsch) kommunistischer Sympathisant gewesen sein und sei schließlich zum rechtsreaktionären bis faschistischen -Lebensschützer- konvertiert (richtig). In jedem Falle also eine bunt-, vielmehr braunscheckige Biographie.

Diese Biographie sowie die absurden Ansichten dieses Herrn Haverbeck, der sich als Antroposoph versteht und eine schier unglaubliche Steiner-Biographie verbrochen hat, werden von Kern so relativ ausführlich aus keinem anderen Grund vor dem Leser ausgebreitet, weil er mit diesen Behauptungen und an Hand der Haverbeckschen Steiner-Biographie beweisen will, daß der -Sektenführer- Steiner doch ein ausgemachter Rassist und Faschist war, und zwar ein -spiritueller- (!!), und daß alle, die ihm anhängen, es natürlich dann ebenfalls sind (also z.B. auch ich.) Man zitiert aber nicht nur Haverbeck, sondern auch Steiner selbst mit Angabe der Nummern der Gesamtausgabe, ganz so, als habe man diese Bücher gelesen und nicht nur gelesen, sondern auch verstanden, habe die zitierten Stellen also nicht nur einfach abgeschrieben. Daß ein Verstehen ohne das gründliche Studium (!, nicht Durchfliegen!) der Grundwerke Steiners garnicht möglich ist, weiß ein Herr Kern natürlich nicht. Aber er schreibt darüber, und zwar nach dem Motto: ich kenne es zwar nicht, aber ich bin dagegen.

Auf jeden Fall haben er und die anderen Kritiker offensichtlich nicht die Vorbemerkungen gelesen, die fast allen Steinerverbänden vorgeschaltet sind: -... Ein Urteil über den Inhalt dieser Privatdrucke (das waren sie ursprünglich; d.Verf.) wird allerdings nur demjenigen zugestanden werden können, der kennt, was als Urteilvoraussetzung angenommen wird. ...- Diese Urteilsvoraussetzung hat ganz offensichtlich weder Herr Kern noch hat sie der in der Mai-Nr. sich -gegen vorschnelles Urteilen- wendende Herr Ries gelesen. Erst in der Juni-Nr. stellt der -antroposophisch übende- Herr Bahner die Dinge wieder auf den richtigen Boden. Hätten die beiden Erstgenannten diese Urteilsvoraussetzungen, dann könnten sie nicht einen so unglaublichen Unsinn verzapfen, wie v.a. Herr Kern, der Steiner eine -durchaus wichtige Rolle für Konservatismus und Faschismus- zuerkennt. Ich bin nun (politisch) alles andere als ein Konservativer und habe wahrscheinlich keinen Grund, sie zu verteidigen. Sie aber mit den Faschisten zu identifizieren, wie Kern das tut, zeigt seine infantile Sicht der Dinge. Und die -wichtige Rolle Steiners für den Faschismus-? (siehe oben und unten).

Kern zitiert dann lange Steiners Aussagen über die Mission der -germanischen Kulturepoche-, über das Germanentum gegenüber dem Slawentum und behauptet schließlich absurderweise, ausgerechnet Steiner gebe -biologische Erklärungsmodelle-. Daß sich -andere Esoteriker ... diese esoterischen Weisheiten zu eigen gemacht und echt germanisch interpretiert- haben, das kann man nun wirklich nicht Steiner anlasten. Sonst müßte man alles, was in der -Kriminalgeschichte des Christentums- (K.H. Deschner) an Scheußlichkeiten geschehen ist, Jesus Christus anlasten.

Es folgen nun Passagen, die für meinen Geschmack darauf hindeuten, daß Kern entweder nicht in der Lage ist, die einfachsten Geschichtstatsachen zu verstehen, die er in jeder Steiner-Biographie nachlesen könnte, oder daß er schlicht böswillig und verleumderisch ist. Er läßt sich nämlich im letzten Teil ziemlich ausführlich über den oben bereits erwähnten, damals am Jahrhundertanfang ebenso wie heute gefährlichen, da in der tat höchst rassistischen, chauvinistischen, rechtsreaktionären und biologistischen -Thule-Orden- (heute -Thule-Seminar-) aus, tut aber so, als habe Steiner und die Anthroposophie mit diesen männerbündlerischen Schwachköpfen aktiv irgend etwas zu tun, als hätten nicht ausgerechnet diese Steiner höchstpersönlich nach dem Leben getrachtet (s.o.). An diese unsinnigen Behauptungen über den Zusammenhang der Anthroposophie mit dem ominösen -Thule-Orden- wird dann mit Recht, aber wiederum mit der Absicht, die Anthroposophie da hineinzuziehen, die ganze rechtsradikale Intellektuellenpalette angeführt, von Pierre Krebs über die Siemens-Stiftung, Armin Mohler, Jürgen Rieger (!!!) bis zu -Nation Europa-. Man muß doch zeigen, was man alles weiß und mit welchem Gesindel die Anthroposophie zusammenarbeitet.

In der Mai-Nr. setzt Herr Kern die Bekanntgabe seiner Erkenntnisse über die Anthroposophie in der -geistigen Braunzone- fort. Wieder bringt er sie in die Nachbarschaft des -Thule-Ordens- . Dann aber kommt, was bei allen ignoranten Kritikern der Anthroposophie immer kommt: deren angeblicher Ursprung in der indo-amerikanischen Theosophie, in deren -Wurzelrassenlehre-, im angeblichen Einfluß des berüchtigten Guido von List, in der Mitgliedschaft Steiners in einem Freimaurerorden usw. Es handelt sich dabei um komplizierte Zusammenhänge, die im Rahmen eines kurzen Beitrages nicht im Einzelnen erklärt werden können. Nur so viel: wenn jemand sagt (und es gibt genügend -Kenner-, die das sagen), Jesus Christus sei ein demagogischer Volksverführer gewesen, habe gegen viele der seinerzeit gültigen Gesetze verstoßen und sei mit Recht als Verbrecher hingerichtet worden, dann hat er nicht Unrecht, wenn man nur die äußeren Tatsachen berücksichtigt. Jeder Vergleich hinkt, aber so ähnlich muß man die oben angedeuteten -Tatsachen- über Steiner deuten.

Fortsetzung nächste Seite

FORTSETZUNG VON SEITE 8

Der »extreme Haß«, mit dem die Ludendorff-Bewegung die Anthroposophie verfolgt habe, käme daher, meint Kern, daß »die Steinerianer einem östlich-westlichem Okkultismus huldigten« usw. Der mystische Präfaschist Evola, das Reichssicherheitshauptamt, die tibetanische Mystik, Freimaurer, Ariosophen und Katholiken werden mit Anthroposophen »und anderen Magiern« in einen Topf geworfen, zu einem Brei zusammengerührt, eine Prise »Nation Europa«, Hexenkult und Armanenorden zugegeben und das ganze dann mit der anthroposophischen Dreigliederungsbewegung und anderen Faschisten wie Frey, »MUT« usw. zusammen gekocht.

Natürlich dürfen am Schluß auch Armin Mohler, de Benoist und Michael Kühnen (!!) als Spezialgewürz für dieses stinkende Gebräu, in dem sich die Anthroposophen so richtig sauwohl fühlen, nicht fehlen. Es ist wirklich nicht zu fassen, wie dumm geltungssüchtige Menschen sein können, die glauben, sie müßten ihr Gewürge auch noch aller Welt mitteilen. Alle diese meist tatsächlich faschistischen Personen, Zirkel und Gruppen, »oder gar Anthroposophie« seien an sich ja vernachlässigenswert, meint Kern. »Doch durch die gegenseitige Entsprechung, durch ihren durchweg konservativen, teils faschistischen Grundzug passen sie genau in die gegenwärtige weltweite Reaktion«. Ich gäbe ihm ja in allem Recht, wenn seine Unwissenheit ihn nur nicht veranlaßt hätte, Steiner und die Anthroposophie da hineinzuziehen.

Wäre man als Anthroposoph nicht eine derartige Ignoranz gewöhnt und hätte man sich nicht, ganz wie Bahner es so schön beschreibt, eine ebenso freiheitliche wie spirituelle Grundhaltung anerzogen, dann erwöge man wahrscheinlich die berühmten »Maßnahmen« gegen so ein ehrabschneidendes und hirnverbranntes Geschwätz.. So aber? Schwamm drüber! Nur: die Leser von CONTRASTE sollten doch vor »vorschnellem Urteilen« (Cropp) gewarnt werden. Da Herr Cropp das nicht getan hat, will ich es tun. Das ist der Grund meines Beitrages.

HERRMANN CROPP

Es ehrt die Redaktion, daß Kerns Beitrag bei ihr »auf starke Ablehnung« stieß. Daß diese Ablehnung aber offenbar hauptsächlich eine formale, nicht eine inhaltliche war, zeigt das Diktum des Redakteurs Cropp: »Eine Demontage Steiners ist unbedingt vonnöten«. Es erhabe ein »Hokus Pokus für Intellektuelle« gebracht und sei »bestens mit Rasputin ... einem geschickten Gaukler« zu vergleichen. Und das alles unter der Überschrift »Gegen vorschnelles Urteilen.« Ohne von ihm mehr als diese kuriose Einleitung in den Ries-Artikel zu kennen, kann ich mit Bestimmtheit behaupten: Herr Cropp hat ganz offensichtlich nicht den Schimmer einer Ahnung und ist ungeeignet, gegenüber einem so unqualifizierten Machwerk wie dem des Herrn Kern eine vermittelnde Position einzunehmen. Auch darauf wird später näher eingegangen.

JENS-UWE RIES

In der Mai-Nr. läßt sich nun Herr Ries über diese Probleme aus, der »der Anthroposophie-Kritik Substanz« geben, der sogar »gegen vorschnelles Urteilen« angehen will und der einsieht, »daß Jutta Ditfurth die Werke Steiners nicht besonders gründlich studiert hat«. Nichts gegen die Inhaber von Naturkostläden, aber: Schuster, bleib bei deinen Leisten. Herr Ries will nämlich jenseits »der bloßen Schlagwortauseinandersetzung« darlegen, »was da tiefgründiger nicht stimmt mit der Anthroposophie«. Er kann das bestens beurteilen, denn er schreibt, wie man liest, selbst ein Buch über Esoterik. Wenn er die unübersehbar gewordene Masse von sog. »Esoterik-Literatur« um einen weiteren Ladenhüter vermehren will, ist das seine Sache. Nicht seine Sache aber ist es, wenn er sich öffentlich über etwas, nämlich die Anthroposophie, äußert, von dem er trotz seiner sicherlich großen »esoterischen« Kenntnisse und seiner offenbar ansehnlichen Belesenheit, nichts, aber auch nicht das Geringste begriffen hat.

Er behauptet also, sich einigermaßen in Steiners Werken auszukennen und dann, sei es nicht schwer, Belege für Steiners »Präfaschismus« zu finden. Allerdings gibt er auch zu, daß man, wenn man sich »meditierend hindurcharbeitet«, nicht unbedingt »in dieses Fahrwasser geraten« muß. Man muß nicht, er aber ist geraten, und das nicht zu knapp. Das beginnt mit dem ebenso perfiden wie dümmlichen Vorschlag, zu untersuchen, ob Steiner sein Konzept der Dreigliederung (des sozialen Organismus) evtl. »zusammen oder im Auftrag bestimmter Unternehmen (Bosch) in Szene setzte«. Wie schade, daß er Marx nicht mehr fragen kann, ob dieser den Marxismus nicht im Auftrag von Kapitalisten entwickelt hat, da letztlich niemand dem Kapitalismus mehr genützt hat als Marx. Dieser Vergleich trifft genau.

Immerhin anerkennt es Ries, daß die Anthroposophen, von »AltNazis« wie Haverbeck abgesehen, »mit Rassismus nichts zu tun haben wollen«. Das ist zweifellos ein Fortschritt. Immer wieder weist er falsche Behauptungen anderer mit Recht zurück, findet dann aber im gleichen Atemzug andere, ebenso falsche Kritik-Gründe. Er ist eben ein echter einerseits-andererseits-Rechthaber. Er verurteilt nicht scharf, aber er ist auch nicht fähig, »anthroposophisch zu urteilen«. So erreicht er nichts »gegen vorschnelles Urteilen«, sondern fördert es im Gegenteil noch. Wenn er am Schluß einen ganzen Absatz dazu braucht, um einen weiteren Kritikpunkt an den Haaren herbeizuziehen und nachzuweisen, daß die Firma Weleda, die zwar anthroposophische Heilmittel herstellt, aber nun wirklich unschuldig ist am »Rassismus und Faschismus Steiners«, in der Zeit des sog. III. Reiches auch nicht sehr mutig war und nicht dazu beigetragen habe, Hitler zu stürzen, dann kann man nur sagen: war ± s das? Hätte er doch geschwiegen!

Es kann nach dem Vorstehenden so aussehen, als hielte ich jede Kritik an der Anthroposophie für Blasphemie. Nichts läge mir ferner. Ich argumentiere nicht aus der Höhe der Empörten, der das Höchste, das er kennt, von Ignoranten in den Schmutz gezogen fühlt. Man solle mir nur glauben: »Insider« könnten Substanzielleres an Kritik über anthroposophische Zustände vorbringen und sie tun es auch: nur nicht in der Öffentlichkeit. Was ich in den beiden genannten Aufsätzen an Kritik gelesen habe, ist entweder dümmlich und unter der Gürtellinie (Kern) oder Bla bla (Ries). Wenden wir uns also kurz dem dritten Autor zu, der im Gegensatz zu den beiden anderen ganz offensichtlich wirklich kompetent ist: Herrn Bahner.

TITUS BAHNER

Geradezu wohltuend nach dem Vorstehenden lesen sich Aussagen über »schwarz-weißes Halbwissen«, nämlich über »wabernde begriffe wie »präfaschistisch«, »ökofaschistisch«, »braunes Umfeld«, die den Herren Kern & Co. so leicht in die Feder fließen. Es ist eine völlig andere Denk- und Argumentations-Ebene, auf die wir hier stoßen, nämlich auf den »selbstverantworteten Weg der Anthroposophie«. Nicht mehr dumpfe Gruppenseelenhaftigkeit, nicht mehr die Sehnsucht nach Selbstaufgabe, nicht mehr die willenlose Unterordnung unter einen Guru, nicht mehr die Entäußerung des eigenen »Ichs« z.B. durch »Rebirthing« und ähnlich schädlichen Unsinn, und vor allem nicht mehr diese unverantwortliche Intellektuellen-Schwätzerei á la Kern und Ries, sondern »eine neue Verbindung zu den Tiefen der eigenen Seele« als freier Mensch unter freien Menschen, ohne Dogmen und Obrigkeit: d a s ist das Ziel der Anthroposophie. Wenn das »faschistisch« ist, dann werde ich mich gerne einen Faschisten schelten lassen. Bahner stellt die spirituellen Grundlagen der Anthroposophie sehr treffend dar. Dem ist nichts hinzuzufügen. Wichtig ist auch, daß er nachdrücklich betont, daß es bei Steiner – richtig verstanden – keine psychische Abhängigkeit, keine suggestive Beeinflussung seiner Anhänger und keine Dogmen gibt. »Daß das von einem Teil der realexistierenden Anthroposophen dennoch anders gehandhabt wird, ist nicht Steiners Schuld.« Sind sich denn Leute wie Kern nicht darüber im Klaren, daß es ebenso fatal ist, das Verhalten einzelner (z.B. Haverbecks) auf alle Anthroposophen auszudehnen, wie wenn man alle Deutsche für Rostock oder Mölln verantwortlich machen würde?

Bahner geht dann auf Steiners Aussagen über Rassen, Völker, »Volksgeister« usw, ein. Dies ist jedoch Gegenstand der folgenden Ausführungen.

»DIE QUELLE«: JUTTA DITFURTH

Die ganze Aufregung hat wahrscheinlich nur eine Quelle: Jutta Ditfurth. Sie ihrerseits wurde u.a. inspiriert von und schöpfte, abgesehen von Haverbeck, aus dem unsäglichen Aufsatz von H. Kirchner, offenbar eines seiner Gesinnungsgenossen, der sich in einer anthroposophischen Regionalzeitung mit der Asylpolitik befaßte. Aber das wäre sicherlich ganz unbeachtet geblieben, wäre er nicht für Ditfurths Haßgefühle gegen die Anthroposophen ein gefundenes Fressen gewesen.

Von ihr ging alles aus, von ihr ließen sich alle inspirieren, vor allem wohl auch die oben behandelten Autoren Kern und Ries. Es scheint, daß für Ditfurth ihre Wurzelrassen-Hysterie einerseits nur eine Rache ist an ihren ehemaligen zugleich »grünen« und anthroposophischen Weggenossen (namentlich genannt der bayrische grüne Landesvorsitzende Gerald Häfner und Otto Schily), aber auch an nicht-anthroposophischen Grünen wie Antje Vollmer, Konrad Weiß. Auch Joseph Beuys, Ulrike Meinhof u.a. werden in dieses Ragout hineingerührt. Zum anderen ist diese »Erkenntnis« ein Gag, den sie als Propaganda für ihre neue Partei – wie heißt sie noch? – braucht: Alle, die nicht für mich Jutta Ditfurth sind, sind nicht nur gegen mich, sondern sie sind »Ökofaschisten«. Und davon sind die Anthroposophen die schlimmsten, weil ihre ganze Weltanschauung ja von Grund auf rassistisch und also auch faschistisch ist. Man sollte es nicht glauben: aber so denkt, redet und schreibt sie tatsächlich. Und man sollte es auch nicht glauben: es gibt welche, die nehmen ihr das ab. Ich behaupte, daß sie nicht ein einziges Buch Steiners ganz gelesen hat, vielmehr hat irgend jemand, oder auch sie selbst, ihr die aus der Masse der Steiner-Bücher leicht identifizierbaren Stellen herausgeschrieben, wo von »Rassen«, »Wurzelrassen«, »Rassegeistern«, dem gegenwärtigen »germanischen Zeitalter« oder ähnlichen schlimmen Sachen die Rede ist. Außerdem sind ihr natürlich diverse Ergüsse Haverbecks (s.o.) und einige seiner ganz wenigen Gesinnungsgenossen in die Fänge gekommen. Haverbecks schlimmste Wirkung ist es ja, »linken«-Anthroposophie-Gegnern willkommende Vorurteile zu liefern. Daraus hat Ditfurth dann ein Gebräu hergestellt, das als »Feuer in die Herzen« brennen soll (so der Titel ihres Buches). Daß »zum Wesen der Anthroposophie ... ihre enge Verbindung zum Faschismus« gehört, ist das Leitmotiv des Kapitels, in dem sie sich mit der Anthroposophie befaßt. In einem Radiointerview hat sie allen Ernstes behauptet, die Anthroposophie sei gefährlicher als die »Dumpfbacken«, also die ausländerfeindlichen Skindheads. Unter diesen Umständen kann man auch nicht mehr an der Seriosität ihres Engagements für die Emanzipation der Menschen, gegen die Naturzerstörung, gegen die Atom- und Gen-Technologie usw. glauben. Wer auf e i n e m Gebiete öffentlich einen so unglaublichen Schwachsinn verzapft, kann auch auf anderen nicht seriös sein. Aber wir haben uns hier nur auf ihre Aussagen zum angeblichen Rassismus und Faschismus der Anthroposophie zu beschränken, weil diese, wie gesagt, ganz offensitlich die (kaum zitierte) Ursache der oben rezensierten Aufsätze sein dürften.

Zunächst sei eingeräumt: es gibt Aussagen Steiners, die heute als »rassistisch« bewertet werden könnten, wenn sie isoliert betrachtet, aus dem Zusammenhang gerissen und ohne Berücksichtigung des anderen Sprachgebrauchs jener Zeit (vor 70 Jahren) sowie der durch die Nazis ein für allemal diskreditierten Bedeutung des Begriffes »Rasse« verwendet werden. Kann man so aber nicht mit allen religiösen und literarischen Großwerken der Geistesgeschichte umgehen? Was lassen aus dem Alten und Neuen Testament, den Werken z.B. der griechischen und deutschen Klassiker nicht alles für Sätze herausdestillieren, die allein für sich betrachtet grauenhaft sind? Nicht berücksichtigt Ditfurth auch alle Aussagen Steiners über die zeitliche Bedingtheit der menschlichen Rassen. Sie sind für eine vergehende, mehr und mehr der Vergangenheit angehörende Differenzierung der Menschheit, die in der Zukunft einer weitgehenden Homogenisierung weichen wird. Seine Verwendung des Rasse-Begriffes ist im Grunde nichts anderes als die aus dem letzten Jahrhundert stammende, heute ebenfalls als ungebräuchlich, mißverständlich oder gar anstößig empfundene Verwendung anderer theosophischer Begriffe wie »Ätherleib«, »Astralleib«, »Aura« usw. Diese Wortwahl war im Grunde nur ein Zugeständnis an seine ursprünglich theosophische (d.h. zur »Blavatzky-Theosophie gehörende) Zuhörerschaft. Steiner selbst hat nach der Trennung von den Theosophen solche Termini zurückgewiesen. Inhaltlich waren für ihn die Rassen- und nationalen Unterschiede ohnehin unwesentlich, da der Mensch im Verlaufe seiner Inkarnation durch mehrere oder viele Rassen und Völker geht. Jutta Ditfurth tut aber so, als sei die Anthroposophie zuvorderst eine Rassenideologie. D a s ist es, was man ihr vor allem vorwerfen muß: infame Unredlichkeit und oberflächliche, ganz unhistorische Betrachtungsweise!

Um es, diese Auseinandersetzung abschließend, ganz eindeutig mit einem Steinerzitat zu belegen: »Ein Mensch, der heute von dem Ideal von Rassen und Nationen und Stammeszugehörigkeit spricht, der spricht von Niedergangsimpulsen der Menschen ... Denn durch nichts wird sich die Menschheit mehr in den Niedergang hineinbringen, als wenn sich die Rassen-, Volks- und Blutideale fortpflanzen« (Vortr. v. 27.10.1917). Was soll man also von einem Menschen halten, der Steiner Rassismus vorwirft?

Bleibt noch anzutragen, daß Jutta Ditfurths Buch nach einem Beschluß des Landgerichtes Frankfurt wegen Beleidigung des Ernährungswissenschaftlers Dr. M. Bruker, nach meiner Meinung zu Unrecht, nicht mehr verbreitet werden darf. Ditfurth ist deshalb sicherlich mit guter Aussicht auf Erfolg in Revision gegangen. Sollte sie Erfolg haben, wird sie dies wohl in der ihr eigenen Objektivität nicht nur als (berechtigten) Sieg über Bruker, sondern auch als »Sieg« über die Anthroposophie betrachten und entsprechend publik machen. Mag sie über Bruker siegen: Die Beleidigung Steiners und der Anthroposophie soll sie mit ihrem Gewissen abmachen, aber nicht nur sie, sondern auch die verantwortungslosen Schreiberlinge, die sich aus einem solchen Elaborat ihre Argumente holen. ●

(1) **Bemerkung der Endredaktion:**
Ob es albern ist, konsequent Frauen aus der Geschichte zu verbannen, geschweige denn sie als Autorinnen und Leserinnen nicht anzusprechen, sollen unsere LeserInnen selber entscheiden; wir haben den Text von Ernst Lutterbeck nicht verändert.

REZENSION

Gesellschaftliche Veränderung von oben – von unten

Maria Wölflingseder untersucht in ihrer Dissertation die unterschiedlichen politischen Ansätze und philosophischen Anschauungen zur gesellschaftlichen Veränderung von Fritjof Capra und Paulo Freire. Besonders geht es ihr darum, über die Grundzüge der New-Age-Ideologie zu informieren und diese kritisch zu reflektieren.

Capras soziologischer Hintergrund geht besonders auf die hippiesken, mystischen und spirituellen Impulse der 68er-Bewegung zurück: »Rockfestivals, psychedelische Drogen, die neue sexuelle Freiheit, das Leben in der Gemeinschaft, viele Tage als Anhalter auf den Fernstraßen« prägten, nach seiner Aussage, sein Leben (zit. S.45). Capra, Begründer des kalifornischen Elwood-Institut – einer Art Öko-Institut – ist Propagandist einer »Wendezeit«, in der naturwissenschaftliche Erkenntnisse zu einem(vermeintlich) »ganzheitlichen« Denken verquickt werden. Er geht dabei nicht vom handelnden Menschen aus, vielmehr habe der Mensch sich unter die »mächtigen Gesetzesstrukturen der Natur und des Kosmos« unterzuordnen (vgl. S.68). Veränderung passiert dabei »von innen heraus« (kosmische, evolutionäre, »natürliche« Tendenzen), quasi wie von selbst; politische Aktivitäten spielen bei diesem Weltbild keine Rolle.

Diese scheinbar entpolitisierte Betrachtungsweise erleichtert letztlich Menschen wie Hubertus Mynarek die Verbreitung ihrer verquasten, oft völkisch durchtränkten, Vorstellungen. Mynarek, der enge Verbindungen zu den deutschen Unitariern, der Nachfolgeorganisation der inoffiziellen Religionsgemeinschaft von SA- und HJ-Kadern, unterhält, fordert die unbedingte Unterwerfung unter die Selbstorganisation des Kosmos als letzte Möglichkeit zur Rettung vor der Apokalypse. Der Verzicht auf politisches Agieren führt geradewegs in eine neue Innerlichkeit, die auch im Deutschland der 90er Jahre problemlos zu funktionalisieren ist.

Interessengegensätze, strukturelle Gewalt, Machtstrukturen und Gewaltmonopole werden im »New Age« negiert. Auffallend ist zudem die extreme Hierarchisierung der Esoterik-Zirkel; so hat weltweit z.B. lediglich eine Reiki-Meisterin (zugleich die Leiterin der »American International Reiki Association«) alle sieben Grade des Wissens erreicht – eine durchaus der katholischen Kirche vergleichbare Zentrierung der »Allwissenheit«. Und doch macht gerade die scheinbare Harmonie des esoterischen Weltüberbaus, der Wechsel von der individuellen Ohnmacht in die Geborgenheit des »Ganzen«, des großen Zusammenhangs, für viele New-Age-AnhängerInnen offensichtlich das Faszinierende aus. Die Nähe zum Nationalismus liegt hier auf der Hand, machen doch ähnlich diffuse Sehnsüchte auch einen Teil der psychologischen Anziehungskraft nationalistischer Ideologien (und entsprechender Ausgrenzungsmechanismen) aus. Maria Wölflingseder arbeitet das Abstruse der esoterischen »Geheimwissenschaft«, die simplifizierenden Rezepte zur Weltrettung, die irrationalen, antiaufklärerischen Formeln dieser neuen Religiosität heraus – Kategorien wie Fremdbestimmung und Entfremdung beispielsweise kommen in dieser schönen, harmonisierten Welt nicht vor. Die Flucht vor der Realität wirkt damit gesellschaftlich äußerst systemstabilisierend. Die Ursachen der Naturzerstörung in der gegenwärtigen Weltwirtschaft werden z.B. nicht analysiert, doch immerhin »würde die Menschheit bei konsequenter Anwendung von 'Transzendentaler Meditation' weniger Sauerstoff verbrauchen, was sicherlich gut für die Luft wäre«, meint ironisch Adolf Holl in einem Aufsatz (in »Kursbuch« 86).

Paulo Freire, bekanntester Vertreter der lateinamerikanischen emanzipatorischen Pädagogik, hat seine Praxis in engem Zusammenhang mit der brasilianischen Geschichte und Gegenwart (Kolonisation und ihre Folgen, Analphabetismus, extrem ungleiche Verteilung des Reichtums usw.) entwickelt. In diesem Kontext sind seine erfolgreichen Alphabetisierungskampagnen entstanden, die letztlich sicher Mitgrund für den Militärputsch von 1964 waren – die Elite fürchtete um ihre traditionellen Privilegien, zumal Freire besonders im Milieu der ArbeiterInnen und einfachen LandarbeiterInnen verwurzelt war. Freire flüchtete ins Exil und kehrte erst nach 16 Jahren nach Brasilien zurück. Bewußtseinsbildung durch Bildung, Erziehung als Praxis der Freiheit, so läßt sich das Konzept seines gesellschaftsverändernden Anspruches in der Pädagogik auf den Punkt bringen. Das Gewaltverhältnis von Unterdrückern und Unterdrückten ist von ihm als bestimmendes Element der Wirklichkeit erkannt worden, die Mythologisierung der Wirklichkeit ist das Unterwerfungselement, die Pädagogik der Schlüssel zur »Entschleierung der Welt« und zur »Erkenntnis der wahren Verhältnisse« (vgl. S. 111f.).

Ob diese an sie herangetragenen Ansprüche vermittels Pädagogik eingelöst werden können, ist indessen eine Frage, die von Maria Wölflingseder – die kein Hehl daraus macht, Freire inhaltlich sehr viel näher zu stehen als Capra – nicht gestellt wird. Jedoch war für Freire, der sich auch auf marxistisch orientierte Theorien bezog, klar, daß »Erziehung niemals neutral sein« kann, eine permanente kritische Analyse ihrer Funktionsmechanismen daher wichtig sei. Auch betonte Freire, daß der/die Lehrer/in nicht »allwissend« sei, die Lehrenden vielmehr zugleich Lernende sein müßten. Freire stellte sein Konzept nicht einfach naiv zur »Menschheitsverbesserung« in einen luftleeren Raum, sondern begriff seine Vorstellungen als Bestandteil einer breiten politischen Bewegung gegen Ausbeutung und Elend.

Resumee: Beschränkt sich bei Capra Politik, wenn überhaupt, auf eine Politik der Appelle, so sind für Freire die Machtstrukturen aktiv zu verändern. Leben Capra & Co. im Grunde in einem politik- und auseinandersetzungsfreien Raum, in dem andererleuts schlechtes »Karma« für deren Lebenslage schuld ist – welch ein Zynismus! –, so wendet sich Freire vehement gegen eine solche Verkleisterung der Verhältnisse. Schlägt im »New Age« den Nicht-Erleuchteten die ganze Verachtung der »Wissenden« entgegen, so setzt Freire auf Veränderung von unten, die für die Einzelnen transparent zu sein hat und bei der die Veränderungsprozesse stets reflektiert werden sollten. Setzt Capra auf einsichtige Manager – also jene, die mittels des Primates der Ökonomie diese ein zweites Mal verdienen –, so analysiert Freire die Klassenverhältnisse und geht davon aus, daß Veränderungen nicht für die Basis durchgeführt, sondern von ihr selbst erkämpft werden sollten. Anhand des von der Autorin durchgeführten Vergleiches von Capra und Freire zu bestimmten Fragestellungen wird besonders die biologistisch-elitäre Sichtweise der New-Age-VerfechterInnen deutlich.

Eigene aufschlußreiche Kapitel widmet Maria Wölflingseder dem »C.G.Jung-Boom« und den »Deutschen im New Age« (Rudolf Bahro: »...trotz aller schlechter Erfahrungen sind die Deutschen ansprechbarer als andere Völker für charismatische Führung geblieben. Sie werden wieder lernen, daß Charisma zunächst eine Kraft jenseits von Gut und Böse ist und uns herausfordert, auf Reinigung (!,d. Autor) zu denken, individuell und kollektiv... Die Ökopax-Bewegung ist die erste deutsche Volksbewegung (!, d. Autor) seit der Nazibewegung« (zit. S.199f.).

Die Autorin sieht ihre Studie als – bescheidenen – Beitrag zur Wiederentdeckung der Vernunft an. Möge das Buch seine LeserInnen finden, in einer Zeit, in der die Aufklärung auch von vielen Linken als »gescheitertes Projekt« von der Tagesordnung gestrichen wird ! Verbrämt kommt hier zum Ausdruck, was als Motto »Jedem das Seine« über dem Eingangstor des KZ Buchenwald schon den nationalsozialistischen Sozialdarwinismus ideologisch legitimierte – mit bekanntermaen brutalsten Konsequenzen. ●

Gerald Grüneklee

Maria Wölflingseder: Gesellschaftliche Veränderung von oben – von unten; Edition Sandkorn 1992, 235 Seiten, 34,80 DM.

Das Buch ist zu beziehen bei: ANARES Nord, Otto-Heise-Str.2, 31319 Sehnde und den anderen Vertrieben der ANARES-Föderation sowie bei Edition Sandkorn, Kapuzinerstr. 38, A-4020 Linz.

Anzeige

ökowerk
Unser Konzept für Ihre Altersversorgung
★ Wir kümmern uns um Ihre Rente!
★ Wir versichern Sie gegen Berufsunfähigkeit!
★ Wir informieren Sie regelmäßig über wichtige Änderungen im betrieblichen Bereich!
Öko-Versorgungswerk
Fichtenstr. 42 • 4000 D'dorf 1 • 0211 – 9737151
e.V. Interessengemeinschaft ökologisch orientierter Betriebe und Selbständiger

ALTERNATIVE ZU RUDOLF BAHROS KOMMUNEVORSTELLUNGEN

Subsistenzwirtschaft und Kommuneprinzip

Beitrag auf dem am 21. Januar 1993 von R. Bahro veranstalteten Kolloquium über sozialökologische Gemeinschaften.

Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht online gezeigt werden.

Fritz Vilmar, Redaktion Heidelberg ● -Ich freue mich, an diesem Kolloquium Rudi Bahros teilzunehmen, weil ich der Meinung bin, daß wir unser Plädoyer für eine kommunitäre Lebensform in der Auseinandersetzung mit der herrschenden Politik künftig wesentlich stärker kooperativ betreiben sollten. Ich sage das mit großer Betonung, weil es im Folgenden primär um ganz bestimmte kritische und differenzierende Aussagen zur Position Bahros geht. Ich bitte aber sie auf der Basis dieser Gemeinsamkeit zu verstehen: daß es um ein Konzept sozialökologischer Gemeinschaften geht und in diesem Zusammenhang in der Tat, das hat Rudi einleitend sehr plastisch dargestellt, um die Abkehr vom Leben und Handeln in den großen inhuman und umweltfeindlich gewordenen Ballungszentren. Ich selbst komme jetzt aus dem Dorf, weil wir das Glück haben, nach zwei Jahren Suche mit unserer ÖkoLeA (zugut deutsch: ökologische Lebens und Arbeitsgemeinschaft) einen Standort – einen verkommenen, ehemals schönen märkischen Gutshof mit allerhand Land drumherum gefunden zu haben. Und wir wollen zurückkehren zu dem Ort, wo wir alle irgendwann mal herkamen, nämlich in das Dorf: nicht weil wir es nostalgisch vergolden, sondern weil es ursprüngliche, nichtentfremdete Lebens- und Arbeitsmöglichkeit bietet und übrigens durchaus auch mit städtischem Kulturniveau heute in Verbindung zu bringen ist.

Ich möchte hier zu drei Punkten sprechen:

Erstens möchte ich einiges sagen zu dem Verhältnis von Subsistenzwirtschaft und kommunitären Strukturen, **zweitens** etwas zum Konzept der Subsistenzwirtschaft als solcher und **drittens** eine kommunitäre Gemeinschaftsordnung darstellen, die wir inden letzten Jahren entwickelt haben (wie Rudi ganz richtig gesagt hat: mit sehr viel Lernerfahrungen im Kibbuz, aber auch im Unterschied zum Kibbuz, nicht zuletzt im Gegensatz zu den verborgen patriarchalen Strukturen, die es im Kibbuz leider noch gibt).

I. Zum Verhältnis von Subsistenzwirtschaft und kommunitären Gemeinschaften

Ich denke, daß es sich hier um zwei gewichtige theoretische Konzepte handelt: die Idee der Subsistenzwirtschaft, zu der ich positiv und kritisch gleich etwas sagen werde, wie auch die Idee, daß man in sozialökologischen Gemeinschaften das Leben reorganisieren muß. Diese beiden konzeptionellen Kreise, Subsistenzwirtschaft und Kommune, Rudi, sind in Deinem Konzept etwas in der Gefahr, in eine Identität gerückt zuwerden. Ich glaube, daß man die zunächst einmal getrennt voneinander diskutieren muß. Es ist nicht so, daß Kommuneleben und -arbeiten gleichgesetzt werden kann mit Subsistenzwirtschaft. Es gibt erhebliche Schnittmengen, insofern es in der Tat in kommunitären Gemeinschaften am ehesten möglich ist, eine Ökonomiezufahren, die letztlich auf Versorgung der Gemeinschaft ausgerichtet ist und nicht auf Profit, nicht auf Verschwendung, nicht auf ein sich verselbständigendes Wachstum; das ist richtig. Aber ich glaube, es ist wichtig, festzuhalten, daß Subsistenzwirtschaft (oder wie immer man diesen Begriff einer ökologischen Neuordnung der Wirtschaft fassen will) **einer sehr viel größeren Einheit bedarf als einer einzelnen Kommune.**

II. Zum Begriff der Subsistenzwirtschaft

also zur Idee sich selbst versorgender ökonomischer Einheiten. Wir kommen in eine große Schwierigkeit, wenn wir subsistenzwirtschaftliche Strukturen in kleineren kommunitären Gemeinschaften verwirklichen wollen. Die Größe alternativer Kommunen liegt bei optimal hundert, maximal tausend Personen.Ich weiß, bei Meiga und anderswo phantasiert man ein paar tausend. Aber selbst in Israel haben die Kibbuzim maximal 500 bis 1.000 Einwohner. Und dies ist eine nicht ausreichende Basis für eine Subsistenzwirtschaft. Positiv ausgedrückt: Eine Wirtschaft, die Abschied nehmen könnte von unseren Wachstumsmodellen, von unserem völlig destruktiven internationalen Austauschmodell des sogenannten -freien Welthandels-, das zur Destruktion der Welt wesentlich beiträgt, müßte ein weitaus größeres Gebiet umfassen.

Das wäre zur Subsistenzwirtschaft meine erste kritische These. Ich glaube, daß neue Kommunen dazu beitragen können, daß wir aber, um Subsistenzwirtschaft aufbauen zu können, zu ökonomischen **Regionen** kommen müssen: Subsistenzwirtschaft ist realisierbar nur in weit über einzelne sozialökonomische Gemeinschaften hinausreichenden Regionen. Ich will dazu auch gleich noch einen positiven Begriff anbieten.

Ferner ist es notwendig, eine Ökonomie, die durch Selbstorganisation und Selbstversorgung gekennzeichnet ist, in dialektischem Zusammenhang zu sehen mit einem globalen Austausch. Es wäre eine fatale Verkleinbürgerlichung unseres Denkens und Lebens, wenn wir uns in irgendeine Nische eines Bauernhofes irgendwo in der Lüneburger Heide zurückzögen und dort nun glaubten, wir könnten selbstgenügsam unser Gemüse bauen und unsere Kinder erziehen und uns quasi abmelden ausdem gesamten Prozeß der Zivilisation. Ich glaube, das wäre eine fatale und auch etwas lächerliche Art, Gesellschaftskritik zu üben, eine Rückzugsart, die übrigens auch der Entwicklung einer menschheitlichen Kultur Hohn spricht. Denn die menschheitliche Kultur, wenn sie denn überhaupt noch überlebensfähig ist, wird multikulturell sein, wird (auch materiell) einen sehr weiten Austausch haben müssen, auch wenn man auf die sinnlosen und umweltzerstörenden weltwirtschaftlichen Im- und Exportströme verzichtet.

Es gibt sehr viele Produkte und Dienstleistungen, die im kleinen Rahmen irgendeiner Gemeinde oder einer Kommune nicht herstellbar sind. Daher bedarf es dieser Dialektik: soweit wie möglich selbstversorgte, dezentrale Einheiten zu haben, weitestmöglichen Abbau von Versorgungswegen, von Wegen der Pendler, die in irgendwelche Ballungszentren gehen, um dort zu arbeiten und abends wieder ein bis zwei Stunden nach Hausezurückzukehren – auf der anderen Seite aber sehr wohl den Austausch, national und transnational, mit anderen, kulturell und auch in einem bestimmten, allerdings sehr reduzierbaren Maße materiell.

Daher müssen wir über einen engen Begriff der Subsistenz hinauskommen. Um anstelle eines konjunkturell hochempfindlichen, Verschwendung und internationale Abhängigkeiten erzeugenden Welthandelssystems die gute Idee der ökonomischen Subsistenz zu realisieren: sich selbst zu erhalten in einem kulturell wertvollen Sinn, brauchen wir ein Set von Begriffen.

Wir brauchen erstens die **Regionalisierung** der Wirtschaftsbeziehungen, d.h. wir können zu einer solchen Selbsterhaltung nur kommen, wenn wir größere nationale, transnationale Einheiten haben anstelle der destruktiven Weltwirtschaft. Zweitens dann aber brauchen wir die Zielvorstellung der Autarkie. Das ist nicht ganz dasselbe wie Subsistenz. Autarkie heißt Selbstversorgung auf einem sehr hohen Niveau, Unabhängigkeit von äußeren Märkten.

III. Einige Klärungen zur Idee der kommunitären, sozialökologischen Gemeinschaft

Wichtig ist vorab, nicht alles und jedes, von Bhagwan bis hin zur Kommune Niederkaufungen, als kommunitär zu bezeichnen. Die Kommune im emphatischen Sinn beruht auf der Idee einer Gemeinschaft der Gleichen und Freien; und der Begriff des Sozialökologischen fügt etwas Neues hinzu: das Streben nach einer überlebensfähigen Sozialordnung in einer von Umweltzerstörung bedrohten Welt.

Die Kommune verwirklicht die großen Ideen der Französischen Revolution: Gleichheit, Freiheit und Geschwisterlichkeit (damals hieß es noch schön patriarchalisch Brüderlichkeit), die heute qualitativ erweitert werden müssen um das Prinzip Leben oder Überlebensfähigkeit: ein völlig neuer, bis dahin in der Menschheit noch nicht dagewesener Zielbegriff. Wir sollten erkennen, daß die französische Ideen-Trikolore zusammen mitdiesem Prinzip Leben ein ungeheures, bisher außer vom Kibbuz nirgends verwirklichtes Ergebnis einer europäischen, heute menschheitlich weltweit anerkannten Emanzipationsgeschichte ist, nicht irgendeine zufällig aus dem Hut gezauberte Begriffsansammlung. Für manche klingt das etwas europozentrisch. Tatsache ist aber, daß diese humanistischen Ideenweltweit von allen – außer den nationalen und religiösen Fundamentalisten – anerkannt sind. Und sie gehen weit über das europäische Bürgertum hinaus. Wir müssen uns bewußt werden, daß diese vom Besitzbürgertum, von der kapitalistischen Gesellschaft nie eingelösten Menschheits-Ideen, diese Essenz der europäischen und in gewissem Sinne der Menschheitsgeschichte: Freiheit, Gleichheit, Solidarität, zusammenmit dieser ganz neuen Idee: Prinzip Leben oder Überlebensfähigkeit, tatsächlich eine Quintessenz der Humanität darstellen, die wir gar nicht ernst genug nehmen können.

Ich betone das deshalb hier so sehr, weil wir jenseitsder berechtigten Sensibilität, die gerade in Gemeinschaften entwikkelt worden ist für nicht-rationale, spirituelle Wahrnehmungen und Erfahrungen, Spiritualität auch als irrationaleErsatzreligion, häufig in Verbindung mit geistigen -Führern-, heute inflatorisch in allen möglichen Gemeinschaften haben.Anstelle der Ideen der Vernunft (nicht nur der -Ratio-, sondern der humanistischen Vernunft) verheißt solche -Spiritualität- angeblich einen direkten Zugang zu dem, was in unserer Kommune mal das -geistige Band- genannt wurde. Ich denke, daß Spiritualität ein wichtiges Moment von Besinnung, von einander Näherkommen und insbesondere auch von Wahrnehmung überpersönlicher Kräfte in die Gemeinschaft bringen kann, das nicht einfach beiseite zu schieben ist. Aber solche Exerzitien der Selbst- und Gemeinschaftsbesinnung machen die Arbeit der sozialen Vernunft nicht überflüssig: die Wiederaneignung der humanistischen Ideen der europäischen Geschichte. Ich sage jetzt noch einmal ganz bewußt: europäische Geschichte, weil ich nichts von Schamanentum und dergleichen Zugriffen aufs Vorgeschichtliche halte. Adorno hat mal provozierend gesagt: Die Wilden sind nicht bessere Menschen. Heute gibt es in der Tat einen Pseudoglauben, daß, wenn man nur weit genug weg ins Asiatische oder zurückgeht in die Urgeschichte der Menschheit, daß man dann irgendwo die Weisheit findet, die wir hier verloren hätten. Statt von solcher raunenden Archaik sollten wir aus unserer eigenen, von der Herrschaftsgesellschaft total verratenen Kulturgeschichte lernen. Und die Essenz dieser humanistischen Kulturgeschichte ist nichts anderes als die Abschaffung der Herrschaftsgesellschaft. Nichtirgendein beliebiges Set von indianischen oder fernöstlichen Guru-Lehren. Es ist die Idee einer Gesellschaft der Gleichen und Freien, und wir setzen jetzt hinzu: der Überlebensfähigen.

Der Staatssozialismus hat es nicht vermocht, auf dem Wege über Organisation, über Massenbewegungen diese alte Idee einer solidarischen statt hierarchischen Gesellschaft, die es in der Menschheitsgeschichte immer wieder gegeben hat, zu verwirklichen. Wenn wir daraus nicht, wie der amerikanische Soziologe Fukujama, den Schluß ziehen wollen, daß die Geschichte der menschlichen Befreiung am Ende sei, sondern daß wir einen neuen Zugang finden müssen, dann ist dieser Zugang in der Tat der, den wir uns selber in kommunitären Lebens- und Arbeitsgemeinschaften schaffen. **Das ist die zentrale neue Botschaft, die in der Idee der sozialökologischen Gemeinschaft zu vermitteln ist.** Auf der unverzichtbaren Basis eines demokratischen Rechts-und Sozialstaats.

Das also ist die Idee dessen, was Kommune heißt. Und alles, was diese Prinzipien nicht anerkennt, würde ich mich weigern, als Kommune oder kommunitär in einem emphatischen Sinne zu bezeichnen. Diese Idee hat in der -Verbindlichen Gemeinschaftsordnung-, die unsere Gemeinschaft -ÖkoLeA- (s.o.) sich erarbeitet hat, in fünf einfachen Prinzipien ihren Niederschlag gefunden. Ich will aus Zeitgründen sie jetzt nur nennen; in der Diskussion sollten Sie da noch etwas genauer nachfragen (1).

Erstens verwirklichen Kommunen diese Idee eines Abbaus der Herrschaftsstruktur durch **basisdemokratische Entscheidungsprozesse** und zwar soweit wie möglich durch Konsensbildungsprozesse anstelle bloßer Mehrheitsentscheidungen. Unerträglich ist das Sich-Verlassen auf irgendwelche -Führer-, die wir in vielen Gemeinschaften heute bemerken, wo irgendeine Art von Guru dann doch sagt, wo es langgehen soll. Andererseits sollte der Konsens nicht zur Falle werden: wir haben in unserer -Verbindlichen Gemeinschaftsordnung- zur Zeit festgelegt, daß, wenn man ein Vierteljahr vergeblich um den Konsens gerungen hat und Entscheidungen dringend anstehen, eine 4/5-Mehrheit genügen soll, allerdings mit dem Zusatz, nach zwei Jahren zu überprüfen, ob man nicht das reine Konsens-Prinzip doch anwenden kann.

Zweitens bedeutet Kommune, nicht zuletzt aus ökologischen Gründen, bei sorgfältiger Beachtung eines privaten Rückzugs-raumes- (siehe unten) eine gemeinsame, sparsame, strikt umweltbewußte **Hauswirtschaft und Ökonomie.** Dies erfordert **drittens** eine **Gemeinsame Kasse** und den Abbau von Kleinfamilien- und Herrschaftsstrukturen, die sich in unseren Einkommenshierarchien ausdrücken – die strikte Anwendung des Prinzips, daß einer für den anderen einzustehen hat, daß jeder nach seinen Möglichkeiten leistet, daß aber alle nach den Möglichkeiten der ganzen Gemeinschaft teilhaben sollen an den Gütern, an den Möglichkeiten der Bedürfnisbefriedigung, die eine Gemeinschaft zur Verfügung stellt, freilich nicht im konsumistischen Sinne. Und dies ist nun einmal nicht anders als durch eine Gemeinsame Kasse zu erreichen.

Ich habe in Euren Papieren, Rudi, oft diese, wenn du so willst, materiellen Grundlagen vermißt, ich hab manchmal gedacht, der Rudi hat seinen Marx allzugut vergessen. Ich denke, ohne diese materiellen Basis überzubewerten: es führt kein Weg daran vorbei, wenn wir wirklich **kommunitäre Gemeinschaft** wollen, daß Schluß sein muß mit individuellen Einkommen in dem Sinne, daß in einer Gemeinschaft wie in der normalen Klassengesellschaft viel Verdienende, wenig Verdienende, Arbeitslose in ganz verschiedenen Lebenssituationen leben.

Außer der Gemeinsamen Kasse gibt es allerdings für jede/n einen kleinen persönlichen Verfügungsfonds. Jetzt am Anfang ist er durchaus noch etwas verschieden in der Höhe, da die Leute aus sehr verschiedenen Lebenszusammenhängen kommen. Wir wollen nicht jemandem, der schon zwanzig, dreißig Jahre gearbeitet und sich an einen bestimmten Lebensstandard gewöhnt hat, zwingen, von heute auf morgen mit einem Taschengeld von hundert Mark auszukommen. Auch hier muß man human, liberal, nicht dogmatisch-kollektivistisch mit Menschen umgehen. Allerdings mit dem Ziel, daß dies Übergangsregelungen sind und sich zumehmend egalitäre Regelungen durchsetzen.

Damit komme ich zum **vierten** Prinzip: Im Unterschiedzu dogmatisch-kollektivistischen Vorstellungen von Kommune muß in ein anthropologisch angemessenes Gemeinschaftskonzept eine Dialektik zwischen Kollektiv und personaler Lebensgestaltung vorsehen. Das heißt, es müssen auch persönliche Lebensbedürfnisse erfüllt werden. Man kann in Jugendjahren sehr kollektivistische Wohngemeinschaftsstrukturen haben, aber eine Gemeinschaft erwachsener Menschen, die die Generationen zusammenführen und über Jahrzehnte halten soll, erfordert, daß jede/r einzelne, jede Familie, jede Beziehungsgruppe ihren Privatbereich braucht, ihr persönliches Leben. Um dann auch wieder wirklich aktiv und mit Lust, ohne sich unter Druck zu fühlen, in der Gemeinschaft sein und arbeiten und z.B. das gemeinsame Essen (das bei uns einmal am Tag zur Gemeinsamkeit gehört) genießen zukönnen. Kommune darf also nicht zu einer Zwangsveranstaltung werden, es muß eine echte Wechselwirkung und Polarität zwischen Personalität, Individualität und Gemeinsamkeit geben.

Fünftens muß eine Kommune auf **Vergemeinschaftung des Eigentums** bestehen (natürlich abgesehen vom persönlichen Eigentum). Alle Projekte, die wir haben werden (in unserer Kommune sind es die Wohnungen, ein Tagungsund Freizeitzentrum, eine biologische Gärtnerei und ein paar kleinere Projekte), werden wir gemeinschaftlich besitzen. Alles erworbene Eigentum bleibt -neutralisiertes- Eigentum des gemeinnützigen Vereins ÖkoLeA. ●

(1) Interessierte können den Text und die Selbstdarstellung der ÖkoLeA anfordern (bitte 5 DM beifügen):
c/o Kerstin Denkena, Gneisenaustr. 89, 1000 Berlin 61

REZENSION

Der Pakt – Die Rechten und der Staat

Die AutorInnen von -Der Pakt. Die Rechten und der Staat- untersuchen weniger faschistische Organisationen oder deren Programmatiken. Sie untersuchen das Verhältnis von Staat, Parteien und Medien zu Neonazis und militanten RassistInnen. Bernd Siegler, taz-Journalist und Kenner der Naziszene beschreibt den pfleglichen Umgang von Polizei, Justiz und Verfassungsschutz mit den FaschistInnen. Die -Bedrohung- durch die rechte Gewalt wird zur Legitimation für einen weiteren Ausbau des Apparats der ‚Inneren Sicherheit' benutzt, der den Feind immer noch und nur links sieht. Siegler schildert außerdem die Reaktionen der FaschistInnen auf die erfolgten Parteiverbote. Oliver Tolmein, früher Redakteur bei KONKRET, analysiert die (rassistische) Parteinahme der Medien für -das Volk-, unter anderem anhand der Berichterstattung der Lokalzeitungen von Mannheim und Rostock. Dort erscheinen AusländerInnen als Störenfriede deutscher Gemütlichkeit und militante Nazis als -arme, verunsicherte Jugendliche-. Charlotte Wiedemann (-Die Woche-) untersucht die Reaktionen des Parteiensystems auf die faschistische Gewalt und dokumentiert, wie sich mehr oder weniger große Elemente rassistischer und nationalistischer Gesinnung in den etablierten Parteien finden lassen.

Resultat aller drei sehr detaillierten Beiträge: Es gibt in Parteien und Institutionen einen verharmlosenden, verständnisvollen Umgang mit Neonazis und militanten RassistInnen, der wie ein heimlicher Pakt wirkt – will man doch meist das selbe: ‚Deutschland zuerst'. Erstes Resultat des Pakts ist die Abschaffung des Asylrechts. Der vierte Beitrag (-Autonome sind auch Deutsche-) zeichnet die autonome Antifa-Politik der letzten Jahre nach, unterzieht sie einer Kritik und versucht inhaltliche Perspektiven einer weiteren Antifa-Politik zu skizzieren. Er stellt eine allzuoft vorhandene Übereinstimmung zwischen linksradikaler und bürgerlicher Faschismusanalyse fest, die rassistische TäterInnen damit entschuldigt, diese seien weniger bewußt Handelnde als von Armut oder Wohnungsnot zum Rassismus Getriebene.

Das Buch hebt sich aufgrund seiner inhaltlichen Position wohltuend von der Bücherflut von Neuerscheinungen zum Thema -Rechtsextremismus- ab. Neben Bernd Siegler's -Auferstanden aus Ruinen – Rechtsextremismus in der DDR- (Edition Tiamat 1991) und -In bester Gesellschaft – Antifa-Rechereche zwischen Konservativismus und Neofaschismus- (Verlag Die Werkstatt 1991) sollte es in keinem Bücherregal von AntifaschistInnen fehlen. ●

Bernd Hüttner

Bernd Siegler ua.: Der Pakt; 256 Seiten, 28 DM, ISBN 3-923478-720, Verlag Die Werkstatt, Göttingen 1993

1. INTERCYCLE COLOGNE

Fahrradpäpste und -pastoren im Fahrradmessen-Mekka Köln

902 AusstellerInnen aus 39 Ländern stellten auf der »1. Intercycle Cologne« – einer neuen internationalen Fachmesse für Fahrräder in Köln – Fahrräder, Fahrradteile, Zubehör und Sportbekleidung aus. Mitte September herrschte in den Messehallen noch einmal reges Treiben, bevor die gesamte Zweiradbranche sich zum Winterschlaf hinter den Werkstattofen verkriecht.

Götz Paschen, Redaktion Bremen ● Nun dürfen sie jährlich nach Köln pilgern, die Fabrikanten, Händler und FahrradenthusiastInnen. Mit der Intercycle Cologne hat die Kölner Messe die kleine Schwester der IFMA (Internationale Fahrrad- und Motorradausstellung) geboren. Da die IFMA nur alle zwei Jahre stattfindet, paßte die Intercycle gut in den diesjährigen Herbst, während fast parallel in Friedrichshafen die »Eurobike« zum zweiten Mal ihre Hallen öffnete. Allerdings zeigte schon die Anzahl der AusstellerInnen: Die Intercycle war mehr als ein Lückenfüller.

ALLES BEIM ALTEN?

Insgesamt bot die Messe bei oberflächlicher Betrachtung nichts Neues. Poppige Kleidung, Schnick-Schnack-Montainbikes und viel Gerät für Freizeit und Vergnügen wiesen mehr auf modeorientierte Verkaufsstrategien als auf das wesentliche am Fahrzeug hin, den Wert als umweltfreundliches Verkehrsmittel. Für Kurzweil war gesorgt: BMX-Rad-hüpfend boten der Vizeweltmeister und sein Kollege Akrobatik auf zwei Rädern vom Feinsten. Für gaffende Zerstreuung auf unterstem Niveau ließ die Firma Corratec eine Frau »verkehren« – Messespektakel, das zum Auto und seinem perversen Kult paßt, nicht aber zum Fahrrad.

TRANSPORTRÄDER LIEGEN IM TREND

Der Trend zum Fahrrad als Transportmittel setzt sich erfreulicherweise verstärkt fort. Die Firma »Kemper« aus Düsseldorf zeigte ihren beliebten »Filibus«, einen zweirädrigen Vorderlader im gelungenem Design. Die »Alt und Wert GmbH« aus Lagerdorf, Nähe Hamburg, bot ihr »Porter Bike« an, ein Dreirad, dessen Transportkiste zwischen den beiden Vorderrädern liegt. Ein Gitteraufsatz, mit dem die Holzkiste erhöht werden kann, wird die Laubsammler dieses Herbstes erfreuen. Das »Christiania Transportrad« wurde von dem Berliner Fahrradhandel »Christiania bikes« in direkter Nachbarschaft zum ebenfalls dänischen Pedersen-Rad ausgestellt. Dieses dänische Lastenfahrzeug ist sicherlich zu Recht seit cirka zehn Jahren mit im Rennen. »Hoening Spezialfahrzeugbau« aus Leonberg zeigte mit dem »Allegro« die süddeutsche Version eines Transportdreirades. In der Rahmenkonstruktion wurde dieses Rad dem erfolgreichen »Rollfiets«-Behindertentransportrad nachempfunden. Diese Firma überzeugte nicht zuletzt durch die gefüllten Apfelkisten auf der Ladefläche ihres Ausstellungsmodells, um BesucherInnen die trockene Messe schmackhaft zu machen.

»Speedliner« heißt die Bochumer Firma, die die amerikanischen Worksman Cycles importiert. Einfach, stabil und wenig elegant bietet diese Firma nun gleich vier verschiedene Transportdreiräder an: zwei Vorder- und zwei Hinterlader. Für den fabrikinternen Transport konstruiert, kann man wählen zwischen Modellen mit Ladefläche und solchen mit abschließbarer Blechkiste. Als fünfter Transportdreiradanbieter stellte die »AT Zweiradhandels-GmbH« aus Altenberge bei Münster aus. »Tribenne FCC« heißt das aus Frankreich importierte Schmuckstück mit Plastikwanne in Froschgrün. Die Farbe, die Möglichkeit, die Wanne wie eine Baggerschaufel abzukippen und das montierte Straßenbausignallicht im rotierenden Orange wiesen unmißverständlich auf den Einsatzort hin: Garten, Grünanlage und Straßenreinigung. 300 Liter Wannenvolumen und drei abschließbare, wasserdichte Kofferräume (ebenfalls froschgrün) – sicherlich kein Familienvehikel aber doch ein durchdachtes Konzept für den speziellen Einsatzzweck.

HÄNGER, JOGGER, STÄNDER ...

Auch bei den Anhängern wächst das Angebot und finden Spezialisierungen statt. Vom robusten Transportanhänger für Sprudelkisten, Ziegelsteine, Kind und Kegel mit bis zu 150 Kilogramm Belastungsmöglichkeit bis zum speziellen Kindertransporter, zusammenfaltbar und mit poppigen Plastikgewebe bespannt, reicht die Produktpalette. Schwere und robuste Holz- und Metallkonstruktionen einerseits aber auch Konzepte wie die »große« und die »kleine Flunder« der VSF-Fahrradmanufaktur aus Bremen mit Aluminiumgestell und Plastikwannen – der Markt bietet inzwischen für individuellste Wünsche käufliche Lösungen.

Die »Sport Promotion« aus Bad Soden zeigte mit dem »Baby Jogger« eine amerikanische Spezialität für laufende Mütter und Väter mit Kindern bis 4, denen beim Waldlauf der überlastete Kinderwagen zusammengebrochen ist. Als dreirädriges Gefährt – auch als »Twinner« für Zwillinge – müssen nun Kinderhüten und Lauflust einander nicht mehr im Wege stehen. Was den/die skeptische/n MitteleuropäerIn mit dieser typisch amerikanischen Entwicklung versöhnen mag ist die Möglichkeit, das Sportgerät mit spezieller Kupplung zum Fahrradkinderanhänger umzuwandeln.

Die erfreuliche Produktvielfalt im Bereich der Fahrradanhänger wird getrübt durch die Unmöglichkeit, ein einheitliches Kupplungssystem für alle durchzusetzen. Die Firma »Hemmelskamp« Bielefeld (Hebie) hat für Kupplungen unterhalb des Sattels bereits einen Standard entwickelt. Die AusstellerInnen holten aber erst auf Nachfragen ihre Neuentwicklungen für Hinterbaukupplungen aus dem Hinterstübchen des Messestandes. Einfach, solide und praktisch ist die »Hebie-Gummikuppling« am passenden Hinterbauständer (für Fachfremde: nahe der Hinterradachse) zu montieren. Durch Verwendung eines Gummielementes, das ähnlich auch Mastbaum und Surfbrett verbindet, reißen ein kippender Hänger / ein kippendes Fahrrad nicht den jeweils anderen mit um. Auch für Räder ohne Kettenschaltung und mit Rücktritt bietet die Firma einen Hinterbauständer, an den die Kupplung paßt.

Spaziergang auf der Leopoldstraße in München (siehe untenstehenden Hinweis) Foto: Jens Bruchhaus

KLEINE LECKERBISSEN AM RANDE

»Streetliner« heißt der Erwachsenenroller der Kinderfahrradfirma »Puky«. Im Prospekt fährt der dynamische, umweltbewußte Jungunternehmer mit wehendem Schlips vom Hauptbahnhof zum nächsten Termin. Für insgesamt knapp 600 Mark gibt es vorn eine Cantilever- und hinten eine Trommelbremse, Alufelgen, eine komplette Lichtanlage und einen pulverbeschichteten Rahmen in Fahrradqualität. Sportcomputertacho mit Stoppuhr und Aktentaschenhalter als Zubehör lassen das Gesicht des Prospektrollerfahrers strahlen. Es fehlt leider die Halterung für das Mobiltelefon. Zur Kommunikation mit der Umgebung steht nur eine Fahrradklingel zur Verfügung.

Mit der »Bike Assekuranz« bot ein Versicherungsmaklerunternehmen aus Hamburg erstmalig eine Kaskoversicherung für das Fahrrad. Wem das den Atem nahm, die/der lief am besten eilig zum Stand des »urban survival« und kaufte sich eine englische Atemschutzmaske mit Kohlefilter für's Stadtradfahren oder das »Skull-bandit-anti-pollution-scarf«, ein mit Totenköpfen bedrucktes Atemschutztuch (washable, 100% cotton).

Weit ab vom Schuß in der letzten Halle war die Ecke der ErfinderInnen: Ein Anhänger, den man beim Vorwärtsfahren rückwärts schieben konnte, eine Kettenblattgangschaltung mit Federmechanismus ohne Gänge, das kürzeste Liegerad bis Tempo 30 und weitere Spezialitäten konnten hier besichtigt werden.

Die erste Intercycle in Köln war eine Messe, die den abflauenden Mountainbike-Trend dokumentierte. Künftig wird es Spezialisierungen geben: Das Stadtrad, das Rad als Sportgerät, das Transportrad, das vollverkleidete Liegerad für Fernfahrten usw. Mit Sicherheit ist die Messerealität aber fern derjenigen, die sich im bundesdeutschen Straßenverkehr abspielt. Hier müßten erst einmal wesentliche Fragen beantwortet werden, wie: gute Qualität zu erträglichen Preisen, reparatur- und wartungsfreundliche Teile und weitere, die den Einsatz des Rades als umweltfreundliches Verkehrsmittel erleichtern. ●

KÖLNER FAHRRADLADEN »ZWEI PLUS ZWEI«

»Wir verkaufen ausschließlich Fahrradanhänger«

Im Frühjahr '93 öffnete »Zwei plus zwei« erstmalig seine Tore. Ein Spezialgeschäft für Fahrrad-Anhänger: Nur Köln bietet diese einmalige Attraktion. Auf der Intercycle-Messe im Herbst nannte ein Importeur Andreas Gehlen, den Inhaber des Geschäftes, im Scherz »Professor für Fahrradanhänger«. Der Laden ist bundesweit einmalig und keiner kennt sich besser aus als er mit allem, was man an Kupplungen hinter Fahrrädern herziehen kann.

Götz Paschen, Redaktion Bremen ● Der »Professor« sitzt mir gegenüber im Geschäftsraum eines Kölner Hinterhofes zwischen 30 verschiedenen Anhänger-Modellen und berichtet über seine Idee. »Ein Angebot wie hier gibt es nirgendwo,« sagt Andreas Gehlen stolz und zeigt mir den Traumtransporter der radelnden Großfamilie mit buntem Regendach. Das Angebot reicht vom robusten Schwerlastanhänger über eine Vielzahl von leichten Kinderanhängern bis hin zu Exemplaren für den Behindertentransport und solchen, die man auch als Kinderwagen für Jogger umbauen kann. Obwohl eine steigende Nachfrage nach Kinderanhängern existiert, finden RadlerInnen in keinem Fahrradladen ein ausreichendes Angebot.

DER ENTDECKER DER MARKTLÜCKE

Aus Platzmangel und aus Kostengründen können normale Fahrradläden kein breites Angebot an Fahrradanhängern ausstellen. Andreas Gehlen verkauft sie in seinem Geschäft ausschließlich. »Diese Spezialisierung ist eigentlich nur konsequent. Ich war ganz erstaunt, daß außer mir noch kein anderer darauf gekommen ist. Die Geschäftsidee ist, ein Angebot, das existiert, an den Kunden zu bringen«. Der Laden »Zwei plus zwei« hat sich rechtzeitig in einer breiten Marktlücke niedergelassen. Die KundInnen kommen und schätzen die große Auswahl. »Der Markt ist da. Die Produkte sind aus dem Bastlerstadium heraus. Es sind voll taugliche, ausgereifte Serienprodukte und für die gibt es keinen Vertrieb,« umschreibt der »Professor für Fahrradanhänger« die Verkaufssituation. Interessierte reisen von Lübeck bis Mannheim an, um sich hier einen Anhänger auszusuchen, der ihren Wünschen entspricht.

»WER KOMMT, DER WEISS BESCHEID«

Zwei Wochen nach der Ladeneröffnung am 20. März 1993 erschien der Katalog der Firma. Eine Menge Arbeit steckt drin. Das Ergebnis ist eine übersichtliche Darstellung von über 30 Anhängertypen mit technischen Daten, Buntfotos und Detailfotos zum Raumbedarf in zerlegtem Zustand. »Zwei plus zwei« verkauft nicht nur direkt, sondern versendet auch per bahn auf Bestellung. Die Kunden sind durch den Katalog schon vorher gut informiert. Sie wissen, zu welchen Zwecken sie den Anhänger benötigen und kommen mit ihren speziellen Wünschen dann zu »Anprobe« und Kauf nach Köln.

Hier können sie ihren Favoriten mit kritischem Auge begutachten. Der Junior als kleiner Jockey kann bei der Vorentscheidungsrunde probesitzen. Die Rennstrecke ist der Hinterhof und die Palanter Straße nahe der Kölner Uni. Der Test zeigt oft erst die Größenverhältnisse des Vehikels und ob das Kind gut in den Hänger paßt. »Das ist bei einem Preisniveau von um die 1.000 Mark plus/minus für die Kunden schon wichtig,« erklärt Andreas Gehlen. Manchmal schmeißen Kinder einen Hänger um, wenn sie aufsteigen und »abgeworfen« werden – das gehört zum Test.

Die typische KundInnengruppe sind junge Familien mit ein bis zwei Kindern im Alter von null bis sechs Jahren. Sie suchen Anhänger für ihre Alltagstransportbedürfnisse und für Fahrradreisen und brauchen sowohl Kinder- als auch Gepäcktransportgeräte. Andreas Gehlen spricht aus eigener Reiseerfahrung, wenn er sagt: »Man muß einmal für eine vierköpfige Familie das Gepäck zusammenpacken und alles auf zwei Fahrräder verteilen: Dann geht entweder das Fahrrad in die Knie oder der/die FahrerIn«. Die Hälfte der KundInnen sind KölnerInnen und die andere Hälfte kommt von außerhalb und kauft direkt oder wird per Versand beliefert.

TAUSCHE KLEINWAGEN GEGEN FAHRRADANHÄNGER

Die Entwicklung des innerstädtischen Verkehrs ist wohl die beste Reklame für »Zwei plus zwei«. Für viele KundInnen sei der Anhänger die Alternative zum Auto beziehungsweise zum Zweitwagen, meint der »Professor« und weiß, daß der Ausweg aus der Sackgasse des innerstädtischen Verkehrs durch seinen Laden führt. Ein Auto kostet monatlich mit allem drum und dran 500 bis 700 Mark: »Da hat man so einen Anhänger kostenmäßig schnell reingefahren.« Manchmal kommen KundInnen, die komplett auf das Auto verzichtet haben, mit dem Zug zum Hängerkauf und lassen sich das gute Stück dann per Bahn hinterherschicken.

Große Auswahl und guter Service sind für Andreas Gehlen wichtig: Auch Spezialanhänger für Behinderte stehen im Geschäft. »Wir bemühen uns sehr darum, Sondermodelle anzubieten für Körperbehinderte oder auch behinderte Kinder und Jugendliche. Da besteht ein ganz großer Bedarf aber bisher fast kein Angebot.«

Funktion und Qualität bestimmen, ob ein Anhänger ins Programm kommt oder nicht. Welche Transportprobleme kann ich mit diesem Hänger lösen? Wie ist das Material verarbeitet? Sind Ersatzteile schnell zu beschaffen? Das sind drei von vielen Fragen, die einen Hänger zum Renner machen. Bei Reklamationen schickt »Zwei plus zwei« vorab das Neuteil zum/r RadlerIn, bevor das defekte angefordert wird. »Wir können dem/der KundIn den Hänger doch nicht lahmlegen,« meint Andreas Gehlen kulant und betont, daß er größtenteils innerhalb von 24 Stunden Ersatz bieten kann.

Die Hälfte aller Produkte ist jünger als zwei Jahre. »Zwei plus zwei« gibt die Rückmeldungen der KundInnen direkt an die HerstellerInnen weiter. So sollen Schwächen verbessert und der Qualitätsstandard gehoben werden. In Zusammenarbeit mit diesem Kölner Laden wurde inzwischen eine Bajonettkupplung entwickelt. So soll in dem Wust von Hinterbaukupplungen ein Standard erreicht werden, der zu allen paßt. Andreas Gehlen hofft, daß sich dieses Konzept durchsetzt: »Es ist vielleicht in der Branche unüblich. Ich setze da auf Kooperation der HerstellerInnen untereinander und verspreche mir davon einen Nutzen für alle Beteiligten.«

Ob es schon gebrauchte Anhänger für schmalere Geldbörsen gibt, wollte ich abschließend noch wissen. Dafür sei der Markt zu jung. Wenn etwas gebraucht verkauft werde, dann von privat an privat, aber gute Fahrrad-Anhänger werden mit Sicherheit auch eine zweite und dritte Kindergeneration erleben, prophezeit der »Professor für Fahrradanhänger« aus Köln. ●

Katalog und Informationen gibt es bei:
Zwei plus zwei · Palanter Str. 5b
50937 Köln · ☎ (02 21) 42 40 12

»Basti steht auf das Transportrad« – das Transportrad liegt im Trend Foto: Götz Paschen

SEMINARANGEBOT:

»Aktionsformen gegen die Autos«

Michael Hartmann aus München ist bekannt durch seine spektakulären »Überquerungen« von Autos, die auf Bürgersteigen oder Radwegen parken. Er geht seelenruhig auf dichtbefahrenen Hauptstraßen, setzt sich dort auch schon mal hin und macht »Brotzeit«, trägt falschgeparkte Autos mit anderen Aktiven vom Bürgersteig zurück auf die Straße zur Verkehrsberuhigung.

Michael Hartmann bietet nun ein Seminar zum »Car-Walking, Streat-Walking, Brotzeit machen, Wagen heben« und dergleichen an. Praxiserfahren und juristisch erprobt kann er Verhaltens- und technische Tips geben und über kleine Bußgelder und Vermeidung größerer juristischer Folgen berichten. Hier wird klar, wie jedeR Einzelne persönlich und unmittelbar auf den Autoverkehr Einfluß nehmen kann.

Er bietet sich interessierten Gruppen, Initiativen und Vereinen für Seminare an. Die VeranstalterInnen müßten sich um einen Raum für maximal 30 Leute, ein möglichst neues Auto, einen Videorecorder und die Organisation und Finanzierung kümmern. Ein Tagesseminar (7 Stunden) kostet 285,– plus 30,– DM Spesen, ein Wochenendseminar (2 x 7 Stunden) 390,– plus 60,– DM Spesen. Dazu kommt noch die Zugfahrt per Bahncard.

Näheres zum Seminarinhalt beschreibt die zwölfseitige Broschüre »Der Mensch über dem Auto«. Sie kostet 4,50 DM in Briefmarken. Nähere Einzelheiten gibt es bei: Michael Hartmann, Hohenzollern 56, 80801 München, Tel. (0 89) 33 57 12. ●

pas

BUNDESTREFFEN DER SCHREINEREIEN VOM 3. BIS 5.10.1993

Rollenverhalten im Handwerksalltag

Männer & Frauen im Alltag: Wir können auch anders! Foto: Andreas Küstermann

Andreas Küstermann, Redaktion Handwerk ● Zwei Männer gehen aufeinander zu. Ein dritter beobachtet. Immer wenn etwas passiert, frieren sie ihre Bewegungen ein und der dritte nimmt einen der beiden heraus und setzt sich mit seiner Fortsetzung der Bewegung an dessen Platz. Mein ehemaliger Kollege und ich treffen hier aufeinander. Er reicht mir die Hand, aber zu tief für mich – ich müßte mich bücken. Nach dem kurzen Reflex auf die Hand zu ziehe ich die meine zurück und zeige mit dem Daumen über die Schulter. Auch die weiteren Bewegungen sind Versuche, uns hin- und herzuziehen, Einfluß auszuüben, Macht? Wir beide kennen das. Auch im täglichen Arbeitsalltag, so sehr wir uns oft verstanden, gab es die Versuche, den jeweils anderen »rüberziehen« zu wollen. Wir haben es sofort wieder erkannt.

»Der Körper hat seine eigene Sprache, sein Wissen und erzählt dann mehr«. Wird ein Mensch also gezwungen oder angeleitet, sich in Körperhaltungen zu begeben, die bestimmten Situationen zuzuordnen sind, an die nicht immer sofort Erinnerung vorhanden ist, wird diese Haltung im Kopf diese Erinnerung und die dazugehörigen Gefühle auslösen. Gruppieren sich nun unter Anleitung verschiedene Personen zu einer Konflikt-Szene, um diese dann, angeleitet, immer wieder in verschiedenen Variationen zu erneuern, nähert mensch sich langsam einem Punkt, wo sich Zufriedenheit einstellt. Wünsche und Gefühle zu der Situation werden in Gestalt anderer MitspielerInnen dazuplaziert, sortiert und bewertet und, sofern überflüssig, wieder entfernt. Gefühle sind so in lebendige Bilder gefaßt worden und lassen sich erfassen. Und die Betroffenheit schafft sich Bahn, in Zorn, Wut, Tränen und/oder Einsichten. Auch Worte haben wieder ihren Platz. »So« wäre der Konflikt vielleicht zu bewältigen gewesen, wenn die oder die Bedingungen erfüllt worden wären. »Wir versprechen euch für das Wochenende: Es gibt keine dicken Köpfe aber auch keine Patentrezepte!«, so Martina Paulini und Peter Aurin zu ihren Wochenendvorbereitungen und diesem eher nonverbalen Versuch, Rollen und Konflikte im Arbeitsalltag zu erkennen. Schulungen und Trainings im innerbetrieblichen Bereich einerseits, Erlebnispädagogik und Theater der Unterdrückten nach Augusto Boal andererseits sollten an diesem Wochenende durch die beiden ReferentInnen zusammenfließen und den HandwerkerInnen neue Impulse für ihren täglichen Umgang geben. »Vielleicht«, so Martina Paulini, »erlebt ihr ja gerade eine Premiere und wir bieten dieses Programm öfters an«. Und wirklich, es war beeindruckend, was beider Lust am Thema und der Verbindung zweier so unterschiedlicher Arbeitsrichtungen alles an Ergänzungen und Gemeinsamkeiten abzugewinnen war.

»Hol dir Hilfe« (imaginäre oder wirkliche), lauteten die Botschaften. Und auch: »Nichts ist ohne Ausweg«, oder »Manche Trennungen sind zwar schmerzhaft aber notwendig«. Nonverbale Signale von Frauen und Männern wurden deutlicher, sowohl beim Wohlfühlen wie der Abwehr, auch, wie unterschiedlich diese oft sind. Verständnis kam auf und die Gespräche suchten, angelehnt an bewußte Erkenntnisse, neue Bahnen. »Ich habe erlebt, daß auch zu solchen Themen gemischt-geschlechtliches Arbeiten in vertrautem Kreis möglich ist. Dies war für mich sehr wichtig«, so eine Teilnehmerin während des Abschlußplenums. Dabeisein war in diesem Fall alles. Und, so ein Teilnehmer: »Profis erkennt man daran, daß immer die Lust auf etwas Nachfolgendes übrig bleibt«. Peter Aurin und Martina Paulini konnten das nicht versprechen, aber da beide besagte Profis sind, könnte für die vielen SchreinerInnen, die diese Premiere versäumt haben, darin ein Funke der Hoffnung liegen. Denn, trotz großem Andrang beim Treffen davor, überwog diesmal wohl eher die Skepsis. Das Wort Rollenspiel ist in Verbindung mit einem so brisanten Thema anscheinend ein Auslöser für Assoziationen wie Psycho oder auch nur Konflikte. Entschuldigt haben sich auch Betriebe, bei denen keine Rollenkonflikte existieren und daher das Thema nicht interessant ist. 26 TeilnehmerInnen machen es aber leidlich schwer, ein angeleitetes Seminar in einem Tagungshaus zu finanzieren. So saß die Vorbereitungsgruppe bis zum Schluß auf Kohlen mit der Frage, wer denn nun wirklich kommt und wie ein mögliches Finanz-Defizit aufgefangen werden kann. Mit den Beiträgen der trotz Anmeldung nicht Erschienenen ging es dann gerade so auf. ●

Vom 22.bis 24. April 1994 findet das nächste Schreinereientreffen in der Handwerkergenossenschaft in Mannheim statt und beschäftigt sich mit dem Einkauf von Schnitthölzern und Plattenwerkstoffen.

KOMMENTAR

Die letzten beiden Schreinereientreffen hatten die Geschlechterkonflikte zum Thema. Das erste Treffen unter dem Titel »Lust und Frust im Nebel zwischen den Geschlechtern – Sehhilfen für AnfängerInnen und Fortgeschrittene« ging für mich in erster Linie um Wahrnehmung. Wir arbeiteten mit unserem eigenen 'Material' (aus der Befragung), was das Thema viel konkreter und authentischer machte. Es ging um Erwartungen ans Kollektiv, Gründe für Einstieg und Ausstieg, Konfliktverhalten und Konfliktthemen (siehe Contraste vom Juni '93).

Was für mich bisher nur diffus klar war – obwohl ich mich eigentlich zu den 'Fortgeschrittenen' zähle – ist, daß wir Frauen bei den Gründen für den Einstieg ins Kollektiv als Zweitwichtigstes die 'Lösung des Geschlechterkonflikts' nannten. Eine Nennung, die bei Männern fast gar nicht vorkam. Ich glaube, daß dies einer der Knackpunkte ist. Für mich war es in meinem Kollektiv jedenfalls der Punkt, der zu meinem Ausstieg führte. Obwohl ich als Gründungsmitglied das Thema zwar einbrachte, war es doch nie als wirklich kollektiver Anspruch da. Ich hatte aber sehr wohl die Erwartung, daß es so sei. Die häufige Nennung von 'Lösung des Geschlechterkonflikts' zeigt, daß – egal ob klar formuliert oder nicht – es auf jeden Fall immer Thema ist. Klar, wäre es leichter, wenn alle Frauen dies immer ganz klar fordern und formulieren könnten. Aber es ist auch an der Zeit, daß Männer einfach wissen, daß es so ist, und dazu Stellung beziehen, bzw. es mal als Realität annehmen und nicht nur abwehren, aus Angst oder weil sie meinen, nichts damit zu tun zu haben. Ein Anfang ist, daß wir die beiden letzten Schreinereientreffen zu diesem Thema machten. Aus den verschiedensten Zusammenhängen kenne ich den Spruch »ihr reduziert ja immer alles auf den Geschlechterkonflikt«. Mir geht es dann oft so, daß ich denke, ich wäre froh, wenn überhaupt mal ein Konklikt als Geschlechterkonflikt wahrgenommen würde. Daß dies auf den letzten beiden Treffen möglich war, freut und erleichtert mich.

Allgemeiner formuliert, lernte ich beim ersten Treffen, die Unterschiede von Frauen und Männern differenzierter wahrzunehmen und wahrzuhaben. Wir leben in zwei verschiedenen Welten (in Bezug aufs Patriarchat), d.h. es macht einen riesigen Unterschied, ob Du Schreinerin oder Schreiner bist. Ich glaube, daß wir an diesen Unterschieden – sie wirklich zu begreifen – nicht vorbeikommen, wenn wir weiterhin in gemischten Kollektiven arbeiten wollen. Und wahrscheinlich geht es gar nicht darum, alles sofort zu ändern, sondern sich erstmal dieser Realität anzunähern, sie wahrzunehmen und in all ihrer Subjektivität anzunehmen.

Bei dem letzten – zweiten – Treffen wurde das nochmal konkreter, weil sinnlich erfahrbar durch die Körperarbeit, Rollenspiele und szenischen Darstellungen. Die Aussichtslosigkeit, die ich öfters in Bezug auf Geschlechterkonflikte empfinde, wurde für mich ein Stück weit relativiert. Es gibt Möglichkeiten, anders an Konflikte ranzugehen, als sich in einer Sitzung sprachlos, wütend oder hilflos gegenüber zu sitzen, durch die verschiedensten Ängste und Abwehrmechanismen so blockiert, daß eh nichts geht. Die Begleitung und Anleitung von Martina und Peter, aber auch die Bereitschaft der TeilnehmerInnen, sich darauf einzulassen, ermöglichte uns, neue Verhaltensweisen zu 'üben'. Mir persönlich hat beides sehr gut getan, gerade auch die Unterstützung am Arbeiten an einem meiner Konflikte. Die Notwendigkeit, sich für solche Prozesse (egal ob Kollektiv oder sonst wo) Hilfestellung von außen zu holen, ist für mich mittlerweile evident. Und ich glaube, zu einem Konflikt gehören immer mehrere Beteiligte, es ist nie nur das Problem von einer Person (bei unserem Thema dann in der Regel von Frauen).

Auch wenn es viel mehr Möglichkeiten für Konfliktlösungen gibt, als wir kennen, glaube ich, daß hinter aktuellen Konflikten oft auch 'alte' Konflikte, 'alte' Ängste, 'alte' Verhaltensmuster, 'alte' Gefühle und wahrscheinlich auch 'alte' Traumata stehen. Daran arbeiteten wir am Wochenende nicht, was ich auch richtig finde, denn es war kein therapeutischer Workshop (wenn er auch Elemente davon enthielt). Trotzdem sind diese 'alten' Themen da. Wir bringen alle sowohl eine individuelle Geschichte als auch eine geschlechtshierarchische Sozialisation mit – was meistens verborgen bleibt, aber immer, und wenn unbewußt, präsent ist. Ich habe dies an dem Wochenende in vielen Geschichten/Konflikten wahrgenommen, z.B. an Körperhaltungen, Ohnmachtsgefühlen, oder ich weiß es einfach. Für Frauen haben diese alten Geschichten, die dahinter stehen, die quasi unbewußt Regie führen, viel mit der Erfahrung sexueller Gewalt zu tun. Sie bilden oft den psychischen Hintergrund für unser Verhalten in aktuellen Geschlechterkonflikten. Es wäre ein Riesenschritt, wenn dies zur Kenntnis genommen und immer bedacht würde. Welche alten Geschichten die Männer mitbringen, ist noch viel unklarer. Männer wissen darüber zum Teil sehr wenig und sind dann auch nur bedingt mitteilsam, wenn, dann 'privat', aber nicht öffentlich (meine Erfahrung jedenfalls). Doch auch davon war etwas zu spüren. Und es gab auch Gespräche darüber, privat.

Jedenfalls gehören diese beiden Geschichten zusammen, sonst könnten unsere Konflikte nicht in dem Ausmaß eskalieren. Und zur Zeit eskalieren sie so, daß zum größten Teil die Frauen aus den Betrieben gehen. Und das mag in jedem Einzelfall für die betroffene Frau sogar die richtige Entscheidung sein (im Sinne von auf sich achten, gut für sich sorgen und aufhören, aussichtslose Kämpfe zu führen). Aber: bleibt die Frage, wie lange die Kollektive es sich noch leisten können und wollen, sich nicht aktiv einzusetzen,so daß die Geschlechterkonflikte auch mal positiv für die Frauen ausgehen? ●

S. Z.

ARBEITSKREIS ÖKOLOGIE & HANDWERK:

Auch Kooperation belebt das Geschäft

Andreas Küstermann, Redaktion Handwerk ● Schreinereien kooperieren am besten, je weiter sie auseinander liegen. So lautet eine alte Weisheit aus verschiedenen Versuchen, selbstverwaltete Schreinereien zu einer wirtschaftlichen Zusammenarbeit zu bewegen. Das Bundestreffen der Schreinereikollektive hat sich aus diesen Erfahrungen heraus zu einem reinen Treffen für Weiterbildungen entwickelt, nachdem die Ansätze gemeinsamen Wirtschaftens gescheitert waren an der dezentralen Orientierung kleiner und mittlerer Handwerksbetriebe. Nichtsdestotrotz haben sich diese Gedanken dort weiterentwickelt, wo Betriebe anhand des Marktes oder bestimmter Produktideen nicht aufgaben, an dem Thema zu stricken. Drei Beispiele sind der Berliner »Arbeitskreis selbstverwalteter Tischlereien« (AKST), der Zusammenschluß »Gesundes Wohnen und Schlafen« und der im Raum Mannheim, Ladenburg, Heidelberg und Neustadt Weinstraße angesiedelte »Arbeitskreis Ökologie und Handwerk« (AKÖH). Letzterer agiert, wie der Berliner AKST regional, hat aber von seinen Auswirkungen auf Produktentwicklungen und HändlerInnen durchaus weitreichendere Bedeutung.

Der AKÖH wurde 1986 von SchreinerInnen und Wohnbiologen gegründet, die im Raum Mannheim, Ladenburg, Heidelberg und Neustadt ansässig sind. Zusätzlich dazugekommen sind reine Läden, die teilweise Produkte der eigenen Mitgliedsschreinereien, in großem Maß aber auch andere gängige ökologische Produkte für den Wohnbereich vermarkten. Dies fängt an bei Bettenzubehör und geht über Naturfarben bis hin zu Baustoffen, also fast einem kompletten Angebot konsequent ökologischer Materialien und Produkte. Dem war aber nicht immer so.

Die Diskussion um die Verwendung von tropischen Hölzern, von den selbstverwalteten Schreinereien übrigens lange Zeit vor der großen öffentlichen Diskussion mit Ergebnissen und Verhaltenskodi in den Betrieben verankert, aber auch die Probleme bei der Beschaffung verträglicher Matratzen führte schon bald dazu, daß das Problem der wirtschaftlichen Lobbyarbeit angegangen wurde. Denn hatte sich ein Betrieb entschlossen, bei der Verwendung von Plattenmaterial auf Spanplatten zu verzichten und Tischlerplatten zu verwenden, ergab es sich sehr oft, daß das Deck- oder Sperrfurnier aus Gabun oder ähnlichen Tropenhölzern gefertigt worden war und achselzuckend seitens der LieferantInnen darauf verwiesen wurde, der Markt böte keine Alternativen. Ähnlich bei Latex, das von drei Marktführern zur Weiterverarbeitung angeboten wurde, und lange Zeit in Zusammensetzung und Qualität als Betriebsgeheimnis gehandelt worden war. Hier galt es, zumindest den Versuch zu starten, Anstöße für Alternativen zu geben, oder diese vielleicht sogar selber in die Hand zu nehmen.

DAS ETHOS DES HANDWERKS

Ökologie und Handwerk sind zwei Begriffe, die nach meiner Logik sehr stark zusammengehören. Ist es doch die handwerkliche oder mittelständische Fertigung, die in der Lage wäre, mit Materialien und Ressourcen durch ihre auftragsbezogene und überschaubare Fertigung eine effektive Nutzung von vorhandenen Rohstoffen zu gewährleisten. Auch sollte und könnte das Handwerk mit dem ihm eigenen Ethos von Qualität und Lebensdauer der Wegwerfmentalität etwas entgegensetzen. In der Praxis war aber genau das Gegenteil der Fall: Die nachlassende Bautätigkeit zwang die nach dem 2.Weltkrieg stark gewachsenen Betriebe, entweder zu reduzieren oder mit der Möbelindustrie zu konkurrieren. Diese wiederum boomte nun, nachdem langsam wieder Mittel für Konsum erwirtschaftet wurden. Viele Handwerksbetriebe ließen sich auf diesen mörderischen Konkurrenzkampf ein und verloren so ganz nebenbei auch ihre Identität. Industrieller Hochtechnologie wurde die Vernachlässigung auch der einfachsten Schutzbestimmungen entgegengesetzt. Sehr bald hatte das Handwerk den Ruf, durch mangelndes Kapital und rückständiges Arbeiten sehr viel mehr zur Umweltverschmutzung und Gesundheitsbelastung beizutragen wie hochmodern gerüstete Industriebetriebe. Was sehr häufig eher ein Marketingargument war, denn die Problematik von schnellebigen Wegwerfprodukten als Tribut an die Mode wurde selten thematisiert. Und gerade diese kamen und kommen aus industrieller Massenfertigung. Ein Handwerkssterben setzte ein und erst langsam kam die Erkenntnis, daß industrieller Massenproduktion nur Individualität und Qualität entgegenzusetzen sind.

Gerade diese Kriterien standen bei den neuen Handwerksbetrieben, die von politisch engagierten Menschen ab Anfang der siebziger verstärkt gegründet wurden, neben der Selbstbestimmung des Arbeitsalltags, an vorderster Stelle. Früher noch als exotisch belächelt und nicht ernst genommen, wird viel dieses Gedankengutes heute auch von Betrieben genutzt, die sich das sog. Ökomarketing als neues Image aneignen.

Der AKÖH versucht, sich durch sein öffentliches Auftreten und durch reelle Informationen davon abzusetzen und hat im Laufe der letzten Jahre eine sehr innovative Rolle eingenommen. Die gemeinsame Präsentation der Mitgliedsbetriebe auf einer Umweltmesse in Mannheim 1991 trug sicher ihren Teil dazu bei, zu verdeutlichen, daß dieses kompakte Wissen Nutzen für alle Beteiligten – KundInnen und Betriebe – bringt. Gerade die sogenannten Alternativbetriebe haben – was das Wissen und das Wollen zu einer glaubwürdigen, ganzheitlich ökologischen Produktion betrifft – mittlerweile einen hohen Wissensvorsprung. Den gilt es in der Öffentlichkeit auch zu präsentieren. Denn schon lange sind es nicht mehr nur »innovative UnternehmerInnen«, die sich dem Markt anpassen, sondern auch politische Parteien nutzen diese Sensibilität und bauen ein ökologisches Wirtschaftsprogramm darauf auf. Jüngstes Beispiel die Gründung des grünnahen Unternehmensverbandes UnternehmensGrün, der, trotz kurzer Existenz, schon als der Ansprechpartner für ökologisches Wirtschaften gilt und durch seine massive Präsenz und Prominenz anderes Engagement fast unsichtbar werden läßt.

Das Auftreten des Arbeitskreises mit der wirtschaftlichen Potenz gutgehender Handwerksbetriebe hatte nun bei verschiedenen LieferantInnen zur Konsequenz, daß sie angesichts der bekannten Absatzmengen bereit waren, Produkte mit der verlangten Qualität auf Lager zu nehmen und sogar herstellen zu lassen. (Nährboden war natürlich auch, daß unabhängig voneinander gerade in Süddeutschland viele selbstverwaltete Schreinereien ihre LieferantInnen strietzten, bis diese sich nach besseren Materialien umsahen). So geschehen im Bereich der Tischlerplatten, die lange Zeit den berechtigten Ruf hatten, zwar qualitativ besser als Spanplatten zu sein, aber auch emmissionsreicher durch die unregelmäßigere Leimaufnahme. Durch neue Leime und die Belege mit Prüfzeugnissen hat diese Zusammenarbeit mittlerweile, neben den KundInnen, auch den HändlerInnen und Betrieben allseitige und sichtbare Vorteile verschafft. Ähnlich geschehen bei einem kleinen Matratzenlieferanten in der Pfalz, der eine Matratze nach Wünschen der Arbeitskreisbetriebe herstellte und diese mittlerweile auch erfolgreich verkauft.

Damit diese Entwicklungen nicht gar so zufällig entstehen, wurden im letzten Jahr innerhalb des AKÖH zu wichtigen Bereichen Arbeitsgruppen gebildet, die sich systematisch mit z.B. den verwendeten Küchenmaterialien der Schreinereien, Bodenbelägen, Matratzen, aber auch mit dem Zusammenhang von Ökologie und Selbstverwaltung auseinandersetzen sollen. Ergebnisse gehen in aktualisierter Form dann in die Broschüren ein, mit denen beraten und informiert wird und die bei den Mitgliedsbetrieben erhältlich sind.

Herausgekommen ist dabei bis heute ein sehr leistungsfähiger und reger Zusammenschluß, der erkannt hat, daß die Kooperation und Annäherung auch sehr ähnlich arbeitender Betriebe einer Region von Konkurenzgedanken nicht getrübt sein sollte. Konsequenterweise stellen sich die Betriebe daher auch in ihren Anzeigen oder im Eingangsbereich der jew. Betriebe als Mitgliedsbetriebe des Arbeitskreises Ökologie und Handwerk dar und dokumentieren so die Stärke und Kompetenz durch Zusammenarbeit. Um in der Öffentlichkeit mit Ihren Informationen noch präsenter zu sein, plant der Arbeitskreis derzeit eine Vortragsreihe, bei der in den Städten der Mitgliedsbetriebe Fachveranstaltungen für ein breites Publikum stattfinden sollen. ●

Kontakt:
Handwerker Genossenschaft e.G.
Verbindungskanal Linkes Ufer 20 · 68159 Mannheim

GESCHICHTEN AUS DER GEGENWART: BREMEN – FÜNF JAHRE ERZEUGER-VERBRAUCHER-GENOSSENSCHAFT

Verantwortung statt Kaufrausch

Eigentlich könnte die Bremer EVG (Erzeuger-Verbraucher-Genossenschaft) schon ihren 16. Geburtstag feiern: Diese heute mit über 500 Mitgliedern personell größte Bremer Lebensmittel-Genossenschaft ist eine »Transformierung« der bereits 1977 gegründeten »Selbstversorgungs-Kooperative« (SV-Coop) in eine »richtige« Genossenschaft.

Peter Bargfrede, Redaktion Genossenschaften ● Viele EVG'lerInnen, die heute zum »harten Kern« der Genossenschaft gehören, sind ehemalige SV-Coop'lerInnen. Aus der Wohngemeinschafts- und Anti-AKW-Bewegung kommend, waren sie von den Resultaten der 68er-Bewegung enttäuscht. Sie wurden von dem grauen »Deutschen Herbst« Mitte der siebziger Jahre abgestoßen und wollten andere Wege gehen. Alarmiert durch die »Grenzen des Wachstums« und inspiriert durch die Alternativ-Bewegung ging es ihnen bei der Gründung der SV-Coop um die Rückgewinnung eines Teils der politischen Selbstbestimmung für und durch den Einzelnen. Die Absicht war, auf einem Gebiet, das der unmittelbaren Bedürfnisbefriedigung diente (Essen, Trinken und Wohnen) auch der Trennung von Hand- und Kopfarbeit ein wenig entgegenzuwirken.

Die Aneignung von handwerklich/bäuerlichen Fähigkeiten wie Backen (im Kulturzentrum Lagerhaus), Garten- und Feldarbeit war deshalb ebenso wichtig wie der Versuch zur Milderung des Gegensatzes von Stadt und Land. Quasi naturwüchsig entwickelte sich so bereits 1978 auch der Kontakt zu einem »Paten«-Bauernhof, dem »Hof an der Aue« in Zeven. Dort wurde regelmäßig mitgearbeitet. Dies geschieht heute noch, wenn auch vorrangig im Bereich der Naturschutzmaßnahmen.

DER WANDEL

Das zehnjährige Bestehen der SV-Coop im Jahre 1987, groß gefeiert mit einem Fest im Kulturzentrum »Lagerhaus«, war auch gleichzeitig ein entscheidender Wendepunkt. Ein paar »alte« SV-Coop'lerInnen waren unzufrieden mit der Stadt-Land-Beziehung und wünschten sich ein stärkeres agrarpolitisches Engagement. Insbesondere sollte das Bauernsterben gebremst und mehr ErzeugerInnen zur Umstellung auf den ökologischen Landbau motiviert werden. Auch sollten mehr und andere VerbraucherInnen erreicht werden als mit der SV-Coop, die meist ca. 30-40 Mitglieder hatte. In einer ersten Ideenskizze wurde ein »Stadt-Land-Zentrum« auf genossenschaftlicher Grundlage entworfen. Diese »Stadt-Land-Coop« sollte sieben Standbeine haben: Genossenschaftsladen, Umwelt- und Ernährungsberatung, Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit, Stadt-Land-Reisebüro, Öko-Café/Restaurant, 3. Welt-Abteilung und Produktverarbeitung.

In der SV-Coop fanden viele die Idee gut. Einige befürchteten aber, daß die Identität der Coop sich verändern würde, die Überschaubarkeit verloren ginge usw. So wurde zweigleisig verfahren: Einige gründeten die »Bremer Erzeuger-Verbraucher-Initiative« und parallel dazu existierte die SV-Coop bis zum 19.11.91 weiter. Dann entschlief sie sanft bei einem guten Beerdigungsmahl – und mache denken mit Wehmut an die SV-Coop zurück.

Nach der Gründung der Initiative ging es flott weiter: Im Oktober '87 wurde als Träger der Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit der »Verein Sozialökologie« gegründet, im Mai '88 eine Veranstaltungsreihe zum Thema »ErzeugerInnen-VerbraucherInnen-UmweltschützerInnen in der Diskussion« durchgeführt und am 12. Oktober 1988 war dann die Gründung der Bremer EVG im »Lagerhaus«. Im Oktober 1988 fand im Bürgerhaus Weserterrassen eine Tagung über »Perspektiven ökologisch orientierter Erzeuger-Verbraucher-Genossenschaften« statt. Dies war der eigentliche Startschuß für die Entwicklung der EVG. Viele neue Leute traten danach der EVG bei und engagierten sich in diversen Arbeitsgruppen der Genossenschaft. Am 3. Juni '89 konnte dann endlich der erste Bauernladen »Beim Paulskloster« eröffnet werden. Es folgte am 15. Juni nächsten Jahres der Laden in Arsten-Habenhausen und im November '90 die Eröffnung des Bauernladens in Schwachhausen. Dann kamen noch die Läden in Gröpeldingen und Lilienthal dazu.

DAS »BREMER MODELL«

Die Bremer EVG weist drei Besonderheiten auf, die sie einzigartig in der BRD erscheinen läßt: Sie geht eine gezielte Dezentralisierung vor Ort an mit weitgehender Autonomie der Läden und sie beschränkt sich auf das Mitgliedergeschäft (Ausnahme »Ökokiste«). Außerdem nimmt sie eine laufende Kostenpauschale, unabhängig von der Menge des Einkaufs des Mitglieds. Diejenigen, die die Angebote der Genossenschaft verstärkt nutzen, genießen somit besondere Vorteile, inden sie die ErzeugerInnenprodukte fast ohne Handelsaufschlag beziehen.

Diese Grundsätze der EVG sind immer wieder Gegenstand auch hitziger Diskussionen. Besonders die Kostenpauschale und die Beschränkung auf das Mitgliedergeschäft wird häufiger problematisiert (in Arsten-Habenhausen und Lilienthal kann ohne Kostenpauschale eingekauft werden). Doch sollte zu denken geben, daß der »Revisionsverband Deutscher Konsumgenossenschaften«, der die Wirtschaftlichkeit der EVG regelmäßig prüft, gerade diese Besonderheiten anderen EVG's empfiehlt. Mit jährlichen Umsatzsteigerungsraten von etwa 20% (!) erreichte die EVG in 1992 fast 800.000 DM. In diesem Jahr wird etwa 1 Million DM Umsatz angesetzt. Die Bremer EVG ist stabiler als andere, weniger krisenanfällig. Es wird viel unbezahlte Eigenarbeit eingebracht. Auch kann auf Bankkredite verzichtet werden, da die Mitglieder bereit sind, sich für eine sinnvolle Anschaffung – wie z.B. einen Transporter – großzügig zu engagieren.

Der Transporter der EVG vor dem Bauernladen »Beim Paulskloster« Foto: Christa Anthony

NEUE »ÖKOKISTE«

Das jüngste Kind der EVG, die »Ökokiste«, ist erfolgreich und umstritten zugleich. Fast ohne Werbung, nur durch eine gute Resonanz in den Medien und der Qualität der angebotenen Leistung, hat die Ökokiste einen enormen Zuspruch erfahren. Über 260 Kisten werden bereits an Bremer und niedersächsische Haushalte geliefert, mit steigender Tendenz. Den ErzeugerInnen der EVG werden bereits beachtliche Mengen an Obst, Gemüse etc. abgenommen, z.T. mehr als sie an die Bauernläden liefern können. Erstmals konnte die EVG eineinhalb »richtige« Arbeitsplätze schaffen, nicht gerechnet die Hilfskräfte und die Sicherung von Arbeitsplätzen bei den ErzeugerInnen.

Probleme gibt's natürlich auch reichlich: Die EVG verkauft die Ökokiste auch an Nicht-Mitglieder (was in der Satzung für besondere Formen der Vermarktung ausdrücklich erlaubt ist) und ist daher Marktschwankungen stärker ausgesetzt. Das Verhältnis ErzeugerIn-VerbraucherIn wird anonymer und die Personal- und Fahrzeugkosten sind beträchtlich. Doch die »Finanzierungskommissare« der EVG haben ein strenges »Controlling« entwickelt, so daß die Kostenentwicklung transparent bleibt. Auf der letzten Aufsichtsrat-Sitzung am 12. Oktober wurde eine erste Zwischenbilanz vorgelegt. Am Ende des Jahres muß nun entschieden werden, ob die EVG nur Geburtshelferin war oder sich endgültig der Ökokiste annimmt.

POLITIKVERSTÄNDNIS

Das Experiment »Bremer EVG« ist bisher erfolgreich gewesen, auch wenn es Ermüdungserscheinungen gibt, z.B. in Arsten-Habenhausen durch eine zu dünne personelle Decke oder in Lüssum aufgrund eines schwierigen Umfeldes. Agrar- und verbraucherpolitisch sind Projekte wie die EVG wichtiger denn je. Die EG-Agrarreform beschleunigt das Bauernsterben. Gentechnologie, bestrahlte Lebensmittel und Lebensmittelimitate verunsichern die VerbraucherInnen und die riesigen Öko-Betriebe in den neuen Bundesländern können einen Verdrängungswettbewerb auch im ökologischen Landbau auslösen: »Global denken – lokal essen« ist deshalb wichtiger denn je. ●

GESCHICHTEN AUS DER GESCHICHTE: FREIBURG

Konsumgenossenschaft für die »Lebensbedürfnisse«

Aus den Augen und aus dem Sinn sind den meisten Zeitgenossen wohl die zahlreichen »Konsum«-Läden geraten, von denen es in Freiburg bis 1974 mehrere Dutzend gegeben hat. Sie konnten dort auf eine lange Tradition zurückblicken.

Wolfgang Hug, Redaktion Genossenschaften ● Die Gründung des Freiburger Konsumvereins erfolgte im Januar 1865. Es war der zweite Verein dieser Art im Gebiet von ganz Süddeutschland. Der Verein sollte der Grundversorgung der sozial Schwächeren, vor allem der ArbeiterInnenschaft dienen. »Lebensbedürfnisverein« nannten die GründerInnen diese Einrichtung, die als Einkaufs- und Verteilungsgenossenschaft funktionierte. Die Initiative zur Gründung war von Carl Mez' Sohn ausgegangen, einem Freiburger Fabrikanten, der wie sein Vater sozialpolitisch sehr engagiert war. Überhaupt trugen bürgerliche Kreise in Freiburg die Anfänge sozialer Organisationen. So wurde etwa der damalige Arbeiterbildungsverein, in dem sich der junge August Bebel so wohl fühlte, von dem Pastoraltheologen Alban Stolz geleitet.

Im Vorstand des Konsumvereins saßen meist Landgerichtsräte, Fabrikanten und Kaufleute. Der Geschäftsführer war einfacher Angestellter des Vereins. Er war verpflichtet, aus Sicherheitsgründen und um Feuersgefahr abzuwehren, »im Comptoir sein Bett aufzuschlagen und darin zu schlafen«. Dem Verein schlossen sich im ersten Jahr 150 Mitglieder an, zehn Jahre später waren es dann bereits fast 1.000. Damals hatte die Stadt rund 30.000 EinwohnerInnen, davon waren gut 2.000 Fabrikarbeiter.

SCHNELLES WACHSTUM

Der Lebensbedürfnisverein richtete Verkaufsläden ein, den ersten in der damaligen Brüderlinsgasse, der heutigen Universitätsstraße, dann am Münsterplatz. Nach und nach kamen weitere Läden hinzu: Um 1900 waren es bereits acht, verteilt auf die ganze Stadt. In den Läden konnten die Mitglieder preisgünstig kaufen, was sie im Alltag brauchten: Mehl, Brot, Fleisch, Zucker und Kaffee, Reis, Gerste, Schmalz, Käse, Lichter, Seife, Tabak, Zundel und Zündhölzer, aber auch »Kurz- und Spezereiwaren«, wie es in alten Berichten heißt. Angeschlossen war eine Kohlehandlung und ein Geschäft für Baubedarf.

Die Läden erfreuten sich, wie berichtet wird, »guter Waren, rechten Gewichts und guten Credits«. Mit den LieferantInnen schloß der Lebensbedürfnisverein günstige Verträge, was aber bald die EinzelhändlerInnen der Stadt zum Widerstand veranlaßte. Die BäckerInnen wollten nicht mehr zum vereinbarten Preis liefern. Darauf richtete der Verein eine eigene Großbäckerei ein. Man mußte freilich die Satzung ändern und den Vereinszweck erweitern. Er hieß damit seit 1898 »Lebensbedürfnis- und Produktionsverein Freiburg eGmbH«. Meist sprachen die Leute indes einfach vom »Konsum«.

1912 schloß sich der »Konsum« der neu geschaffenen Freiburger Milchversorgungsgesellschaft (seit 1917 Freiburger Milchhof) an. Erneut stieg die Mitgliederzahl, vor allem als in den Jahren nach dem Ersten Weltkrieg der Verein dafür sorgte, daß die notleidende Bevölkerung in der Stadt zuverlässig mit Brot und Milch versorgt wurde. 1925 gehörten schon mehr als 10.000 FreiburgerInnen dem Konumverein an.

DOMÄNE DER FRAUEN

Nur Mitglieder konnten im »Konsum« einkaufen. Dabei kam es ihnen nicht nur auf die günstigen Preise an. Noch wichtiger war – vor allem den Frauen, denn Männer sah man damals ohnehin kaum beim Einkaufen – der Rabatt, der am Jahresende den Mitgliedern als Rückvergütung ausbezahlt wurde. Dieser Betrag war für viele Frauen das einzige Bargeld, über das sie frei verfügen konnten. Was mit dem Lohn vom Zahltag geschah, entschieden in der Regel die Männer allein.

Neben den Läden betrieb der »Konsum« auch eine umfangreiche »Frei-Haus-Belieferung«, vor allem mit Milch und Brot oder »Weckle«. Zeitweise beschäftigte der Verein mehr als 40 Brotausträger. Der Blick auf das Warenangebot der »Konsum«-Läden, die Einkaufsgewohnheiten oder die Frei-Haus-Belieferung läßt erkennen, wie grundlegend sich Konsumbedürfnisse und Konsumpraxis im Alltag verändert haben.

Die Veränderung betraf aber auch den Konsumverein selbst. Bis in die jüngste Vergangenheit zeigte sich gerade der Freiburger Konsumverein ausgesprochen fortschrittlich. Als man 1895 erstmals eine eigene Geschäftszentrale baute, wurde sie gleich mit Telefonen ausgestattet. 1902 gründete der Verein eine eigene Sparkasse. 1919 fuhr schon der erste LKW für den »Konsum« (und 1937 wurden die letzten beiden Pferde des Fuhrparks verkauft). 1928 gehörte dem Verein die damals modernste Großbäckerei (in der Tullastraße) in ganz Baden. 1930 hatte der Verein über 12.000 Mitglieder und unterhielt 43 Verkaufsläden.

GLEICHSCHALTUNG

Dann folgte die große Krise. 1933 wurden alle Konsumvereine vom NS-Regime gleichgeschaltet. Die GenossInnen bekamen 1942 ihre Anteile zurück, Bombenschäden machten etliche Ladengeschäfte zunichte. Doch bereits im Juli 1945 begann der Freiburger »Konsum« mit dem Neuaufbau. Er konnte bald die alte Mitgliederzahl wiedergewinnen. Philipp Martzloff leitete damals den Vorstand des Vereins. 1965, im Jahr des 100jährigen Bestehens, betrug die Mitgliederzahl rund 25.000.

Der Fortschritt hatte nicht haltgemacht. Schon 1951 eröffnete der Freiburger Konsumverein den ersten Selbstbedienungsladen in der Stadt. Als erste nahmen die »Konsum«-Läden Tiefkühlkost ins Sortiment. Seit 1954 konnten auch Nichtmitglieder im »Konsum« einkaufen. 1974 schlossen sich die Konsumgesellschaften mit dem von den Gewerkschaften geführten Handelsunternehmen Coop zusammen. Damit war das Ende der guten alten »Konsum«-Ära gekommen. ●

Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht online gezeigt werden.

GNN EINZELHANDEL, HÜRTH

Mitgliederversammlung beschließt Überarbeitung der Sortimentsrichtlinien

Mit wesentlich schlankeren Organisationsstrukturen wird der Bundesverband Naturkost Naturwaren Einzelhandel in den kommenden zwei Jahren den Wandel der Branche vom Idealverein zum Fachverband vorantreiben. Dies ist das Ergebnis der Mitgliederversammlung des Interessensverbandes der Naturkostfachgeschäfte, die am 30./31.10.93 in Köln stattfand.

Marita Odia, Redaktion Genossenschaften ● Als Schwerpunkt der zukünftigen Arbeit bestätigte die Mitgliederversammlung die Erweiterung des Qualitätsbegriffs. »Qualität bedeutet für die Naturkostfachgeschäfte mehr als die Qualität der Rohstoffe,« erklärte Joachim Fuchs, alter und neu gewählter Vorstand. Eine kontrollierte Anbauqualität der Lebensmittel werde inzwischen von den Verbraucherinnen und Verbrauchern als selbstverständlich vorausgesetzt. Zusätzlich zur Produktqualität müsse nun die Qualität und Attraktivität der Einkaufsstätte weiterentwickelt werden.

Einen wesentlichen Ansatzpunkt sah die Mitgliederversammlung in der offensiven Vermarktung der bestehenden Kontrollstrukturen. Das geprüfte Sortiment und die eindeutige Deklaration der Waren sollen zukünftig mehr im Mittelpunkt der Marketingaktivitäten des Verbandes stehen. Außerdem soll die Aus-und Weiterbildung für den Verkauf gefördert werden.

Die Mitgliederversammlung übertrug dem Vorstand die Überarbeitung der Sortimentsrichtlinien. Die Sortimentsrichtlinien legen Grundsätze für die Produktionspalette in Mitgliedsunternehmen fest und sind für den organisierten Einzelhandel – rund ein Drittel der Naturkostläden – bindend. Nach Auskunft von Vorstandsmitglied Wolfgang Neubauer werden sich die überarbeiteten Sortimentsrichtlinien mehr als bisher an den Kundenwünschen orientieren und bis zum Ende des Jahres 1994 erscheinen. ●

AUF DER SUCHE NACH NEUEN FINANZIERUNGSWEGEN

Private Stiftungen können die öffentlichen Zuwendungen nicht ersetzen

Beim Thema »Gewalt« ist die Öffentlichkeit sensibel geworden. Übergriffe gegen ausländische MitbürgerInnen, Gewalt unter Kindern und Jugendlichen, gegen Behinderte und die Ausgrenzung von sozialen Minderheiten geht uns alle an.

Doch Gewalt ist nicht neu: Im Schatten der Öffentlichkeit bleiben die unzähligen Aktivitäten sozial engagierter Menschen, die sich seit Jahren dieser Realität, der Gewalt im Alltag stellen. Doch viele Organisationen, die diese notwendige Arbeit leisten, sind angesichts leerer öffentlicher Kassen in ihrem Bestand gefährdet.

In offenen Jugendtreffs, Stadtteilzentren, Selbsthilfegruppen werden Stellen abgebaut, Projekte zur Integration ausländischer MitbürgerInnen eingestellt, weil öffentliche Gelder gekürzt werden.

Springen Stiftungen ein?

Was ist zu tun? Werden zum Beispiel private Stiftungen »öffentliche Aufgaben« übernehmen oder werden soziale Leistungen, die auch immer präventive Maßnahmen gegen Gewalt sind, weiter abgebaut?

Mehr als 100 TeilnehmerInnen aus allen Bereichen sozialer Arbeit diskutierten im Juni 1993 mit VertreterInnen unterschiedlicher Stiftungen, wie zum Beispiel der Otto- und Lonny-Bayer-Stiftung (Leverkusen), der Heinrich-Böll-Stiftung (Köln) und der Deutsche-Bank-Stiftung, Alfred Herrhausen (Frankfurt).

Lösen private Stiftungen die Finanzprobleme sozialer Einrichtungen? »Diese Erwartungen sind weitgehend unrealistisch«, so Horst Achenbach, Geschäftsführer der Deutsche-Bank-Stiftung: »Nicht zuletzt durch die relativ geringen Beiträge, die von den Stiftungen bereitgestellt werden können.«

Noch helfen über 800 Mrd. DM Steuergelder und Abgaben, soziale Dienstleistungen zu finanzieren. Zum Teil als »freiwillige Leistungen« eingestuft, werden nun genau sie abgebaut.

4 Mrd. DM Spenden von Privatpersonen fließen bereits jährlich in soziale Projekte. Zahlen über den gesamten Förderumfang privater Sozial-Stiftungen existieren nicht. Der Bundesverband deutscher Stiftungen geht von ca. 1-1,5 Mrd. DM aus.

Öffentliche Förderung unverzichtbar

Die Informationsveranstaltung zur Förderpraxis privater Stiftungen zeigte sehr deutlich: Private können zusätzliche, einzelne Projekte fördern. Öffentliche Gelder bleiben unverzichtbar.

»Wir brauchen öffentliche Gelder zur Finanzierung sozialer Arbeit. Haupt- und ehrenamtliches Engagement sind unser Beitrag zu einer menschenwürdigen Gesellschaft. Die Politik kann und darf sich nicht zurückziehen. Gewalt gegen ausländische MitbürgerInnen und Behinderte, sowie Gewalt unter Kindern und Jugendliche geht uns alle an. Gewaltprävention, offene Jugendarbeit, Stadtteilarbeit brauchen auch weiterhin öffentliche Gelder«, so Dr. Ulrich Schwantes, Aufsichtsratsvorsitzender der Paritätischen Geldberatung. ●

REZENSIONEN, NEUERSCHEINUNGEN & ADRESSEN

1. KRITISCHER AGRARBERICHT

Das Agrarbündnis (bisher: Dachverband der Deutschen Agraropposition) hat im Sommer den ersten »Kritischen Agrarbericht« als Alternative zum alljährlichen Agrarbericht der Bundesregierung vorgelegt. Er will mit einem ‚anderen' Blick die reale Situation der Landwirtschaft darstellen und die Querverbindungen zu anderen Politikfeldern aufzeigen. Die AutorInnen stammen größtenteils aus den Mitgliedsverbänden des Agrarbündnisses (Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft, BUND, BUKO-Agrarkoordination, Bioland Hessen, Verbraucherinitiative, Arbeitsgemeinschaft Kritische Tiermedizin und sieben weitere).

Sie verfassten über 50 Beiträge zur europäischen und deutschen Agrarpolitik, zur wirtschaftlichen und sozialen Situation der Landwirtschaft, zum Verhältnis Landwirtschaft und Naturschutz und Agrarwirtschaft im internationalen Zusammenhang, zu Tierhaltung und Tierschutz, Nahrungsmittelqualität und VerbraucherInnenpolitik.

Im zweiten Teil des Buches soll der Diskussionsstand zu den vorgestellten Themen dokumentiert werden, nicht nur in den Reihen der Agraropposition. Wer sich für Landwirtschaft und die damit verbundenen Problembereiche wie ländlichen Raum, Natur- oder Tierschutz oder »3. Welt«-Solidarität interessiert, hat mit dem »Agrarbericht« ein profundes ‚Jahrbuch' zur Hand, das in Zukunft einmal jährlich erscheinen soll. ●

Bernd Hüttner

Kritischer Agrarbericht; 300 S. B 5, ISBN 3-927238-12-0, 29,80 plus 3 DM Porto bei Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft, Nordrheda 3, 33378 Rheda-Wiedenbrück

ARBEITSMARKTPOLITIK

Wirtschafts- und Arbeitsmarktkrise bilden den Hintergrund der 1991/1992 in den neuen Bundesländern gegründeten »Gesellschaften zur Arbeitsförderung, Beschäftigung und Strukturentwicklung« (ABS-Gesellschaften), mit denen ein sozial- und strukturpolitisches Ziel verfolgt wird, nämlich den dramatischen Rückgang von Arbeitsplätzen zu begrenzen. Vor dem Hintergrund der Erfahrungen mit den alten Bundesländern werden die ABS-Gesellschaften in den neuen Bundesländern einer kritischen Betrachtung unterzogen. Sie fallen sowohl hinsichtlich der aufgewandten Finanzmittel als auch bezüglich der Größenordnung der geschaffenen Arbeitsplätze aus dem Rahmen bisheriger Arbeitsmarktpolitik; schon deshalb sind sie ordnungspolitisch umstritten. Drastische Streichungen von Fördermitteln und mangelnde Einbindung in regionale Strukturpolitik bedrohen viele ABS-Gesellschaften existentiell. Weiterentwicklungen sind unter Rückgriff auf bewährte Konzeptionen zwar vorstellbar, scheinen jedoch am mangelnden Wissen der politischen Mehrheit schon im Vorfeld zu scheitern.

Wolfgang Beywl/Wolfgang Helmstädter/MIchael Wiedemeyer: In die beschäftigungspolitische Abseitsfalle? Die Gesellschaften zur Arbeitsförderung, Beschäftigung und Strukturentwicklung in den neuen Bundesländern.
Erschienen in »Politik und Zeitgeschichte« (Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament). Kostenlose Bestellmöglichkeit der Beilage B 35/93 v. 27.8.93 bei: Das Parlament, Vertriebsabteilung, Fleischstr. 62-65, 54290 Trier.

SPUREN DES GROSSEN GEISTES

Ein, wie schon die erste Durchsicht erkennen läßt, äußerst engagiertes Buch. Engagiert für die Sache jener, die noch heute den »Spuren des Großen Geistes« folgen: den traditionellen indianischen Gemeinschaften Nordamerikas. Ihr Kampf um Land und Leben, beides in den letzten noch vorhandenen Resten bedroht durch eine sich »zivilisiert« nennende Ausbeutergesellschaft, steht im Mittelpunkt dieses neusten Buches des Hopi-Spezialisten Alexander Buschenreiter. Und genauso wie der indianische Kampf politische und spirituelle Dimensionen erfaßt, so tut es auch das vorliegende Werk, das viele VertreterInnen traditioneller Eingeborenengemeinschaften zu Wort kommen läßt: Sprecher der Hopi und irokesischer Nationen sowie vor allem Janet Mc Cloud, die Großmutter des indianischen Widerstandes. Die Aussagen dieser »Elders« lassen aufhorchen und fordern zur Umkehr auf. Zur Umkehr von einem Weg, der in den Abgrund führt. Die »große Läuterung«, so schließt das Buch, hat bereits begonnen. Es liegt an uns, die Konsequenzen zu ziehen. ●

Eduard Gugenberger

Alexander Buschenreiter: »Spuren des großen Geistes« (Lamuv1993)

Von Karl-Heinz Dietz:

FRAUENaNGSTrÄUME – BÜCHER!

Sicherheit im öffentlichen Raum

Städtebauliche und planerische Maßnahmen zur Verminderung von Gewalt

Dieses Handbuch wendet sich an PlanerInnen und ArchitektInnen in- und außerhalb von Verwaltungen und Institutionen, an PolitikerInnen, Frauengruppen und Beratungsstellen. Der Kriterienkatalog ermöglicht es ihnen, bestehende und neue Planungen im Hinblick auf mehr Sicherheit im öffentlichen Raum zu überprüfen, Verbesserungen anzuregen und durchzusetzen. Außerdem liefert er allen Interessierten eine solide Grundlage, um durch Einforderungen und Realisierung städtebaulicher und planerischer Maßnahmen aktiv der Gewalt gegen Frauen entgegenzuwirken. Das Buch enthält eine ausführliche Literaturliste und viele Abbildungen.

Bibliographie: Kerstin Siemonsen & Gabriele Zauke: Sicherheit im öffentlichen Raum, Hrsg. FOPA e.V., eFeF-Verlag, Dortmund, 1991, 96 Seiten, 28 Mark

Zu den Autorinnen: Kerstin Siemonson (geb. 1961), Raumplanerin, seit 1989 wissenschaftliche Angestellte bei werkStadt, Verein zur Förderung wohnpolitischer Initiativen, Dortmund. Gabriele Zauke (geb. 1953), Raumplanerin, 1984-1990 beim Institut für Landes- und Stadtentwicklungsforschung des Landes Nordrhein-Westfalen, seit 1987 im Vorstand bei FOPA, seit 1990 wissenschaftliche Angestellte bei FOPA.

Frauen planen, bauen, wohnen

Katalog zur Ausstellung der Internationalen Bauausstellung Emscher Park

Dieser reich bebilderte Katalog gliedert sich in einen historischen und einen aktuellen Teil. Der historische Teil dokumentiert Initiativen zu Rationalisierung und Kollektivierung der Hausarbeit sowie Wohnmöglichkeiten für alleinlebende Frauen. Diese Initiativen, die zum größten Teil in Vergessenheit gerieten und erst in den letzten Jahren im Zuge der Frauenforschung wiederentdeckt wurden, zeigen, wie erstaunlich aktuell und fortschrittlich die damaligen Ansätze sind.

Die Beispiele des aktuellen Teils zeigen einerseits autonome, multifunktionale Frauen(kultur)zentren im In- und Ausland, andererseits werden emanzipatorische Wohnformen und experimentelle Wohnungstypen vorgestellt.

Im fünften Abschnitt werden Lösungsvorschläge zur Verminderung von Gewalt gegen Frauen aufgezeigt und im sechsten Abschnitt die Frauenprojekte der Internationalen Bauausstellung Emscher Park beschrieben.

Am Schluß befinden sich die Adressen von nationalen und internationalen Frauenprojekten, die der Vernetzung dienen.

Bibliographie: Frauen planen, bauen, wohnen, Hrsg. FOPA e.V., eFeF-Verlag, Dortmund, 1991, 102 Seiten, 29,80 Mark

FrauenAngstRäume – eine Fotodokumentation

Die Ausstellung »FrauenAngstRäume in Schwäbisch Gmünd« war natürlich nicht die erste dieser Art (und wahrscheinlich auch nicht die letzte). In Frankfurt wurde eine analoge Ausstellung am 31. Mai 1990 eröffnet. Die beteiligten Frauen erstellten außer der Ausstellung auch einen Katalog, der allen empfohlen werden kann, die die Gmünder Ausstellung nicht gesehen haben oder die die Ausstellung gesehen haben und gerne einen Katalog dazu gekauft hätten; denn die FrauenAngstRäume sind sich nicht unähnlich in Gmünd und in Frankfurt.

»Raumaneignung ist das Resultat der Möglichkeiten, sich im Raum frei bewegen, sich entspannen, ihn besitzen zu können, etwas empfinden, bewundern, träumen, etwas kennenlernen, etwas den eigenen Wünschen, Ansprüchen, Erwartungen und konkreten Vorstellungen gemäßes tun und hervorbringen zu können.« (Henri Chombart de Lauwe, 1977, zitiert aus FrauenAngstRäume, 1990, S. 11)

Bibliographie: FrauenAngstRäume, Hrsg. Arbeitskreis Frauenräume, Frankfurt, 1990, 93 Seiten,
Bezug bei: Ute Hünlein, Frankfurter Straße 183, 61118 Bad Vilbel 1

Frauen verändern ihre Stadt

Selbstorganisierte Projekte der sozialen und ökologischen Stadterneuerung – Vom Frauenstadthaus bis zur Umplanung einer Großsiedlung

Anhand von acht beispielhaften Projekten wird gezeigt, unter welchen Bedingungen Frauen sich Möglichkeiten und Freiräume in selbstorganisierten Projekten der ökologischen Stadterneuerung schaffen – als Planerinnen, als Handwerkerinnen und als Bewohnerinnen. Folgende (Frauen-)Projekte wurden im Rahmen eines 2-jährigen Forschungsprojektes, das von der FOPA in Dortmund von 1988 bis 1989 durchgeführt wurde, untersucht und beschrieben:
Frauen planen um e.V., Hamburg, Frauenstadthaus e.V., Bremen, Frauenstadtteilzentrum »Schoko«, Berlin, Stadtteilzentrum Adlerstraße, Dortmund, Leben in der Fabrik e.V., Düsseldorf, Bauteam Grüne Nordstadt (früher Planerladen e.V.), Dortmund, Nachbarschaft Georgenschwaige, München, Gostenhof-Ost, Nürnberg. Das Buch bietet einen Fundus an Erfahrungen, aus dem andere Projekte schöpfen können, um ihre Ziele gegenüber Politik und Verwaltung durchzusetzen.

Bibliographie: Brigitte Karhoff, Rosemarie Ring, Helga Steinmaier: Frauen verändern ihre Stadt, eFeF-Verlag, Dortmund, 1993, 288 Seiten, 38 Mark

Die Expertinnen

FOPA – Feministische Organisation von Planerinnen und Architektinnen e.V.

FOPA e.V. wurde 1985 als gemeinnütziger Verein in Dortmund gegründet. Bereits seit 1981 gibt es FOPA in Berlin. Auch in Kassel, Hamburg und Frankfurt gibt es FOPA-Gruppen. FOPA ist eine unabhängige Organisation von Frauen im Planungs- und Architekturbereich, die gegen die Diskriminierung von Frauen durch die HERRschende Planung und Architektur arbeitet. FOPA fördert soziale und ökologische Stadterneuerung unter Mitwirkung von Frauen, gibt Bücher und eine eigene Zeitschrift heraus u.v.a.

Für weitere Informationen: FOPA e.V., Adlerstraße 81, 44137 Dortmund 1, Telefon (02 31) 14 33 29, Telefax (02 31) 16 35 30

Feministisches Archiv und Dokumentationszentrum

Das Feministische Archiv und Dokumentationszentrum wurde 1984 auf Initiative von Alice Schwarzer gegründet und ist eine gemeinnützige Stiftung. Der Bestand besteht heute aus circa 11.000 Dokumenten (Bücher und Aufsätze), 300 Pressedokumentationen, 454 Frauenzeitschriften, 2.000 Flugblätter und Plakate und vielen Statistiken. Jährlich kommen circa 2.000 Dokumente hinzu. Die persönliche Nutzung des Archivs ist kostenfrei.

Ansonsten gibt es zwei Preisgruppen, eine für kommerzielle Nutzung und eine für die nichtkommerzielle Nutzung.

Wegen der Vorbereitungen zum Umzug in ein neues Domizil ist der Service vorübergehend eingestellt worden. Die Wiedereröffnung ist zum 1.3.1994 geplant. Die neue Anschrift: FrauenMediaTurm, Am Bayernturm 1, 50678 Köln, Telefon (02 21) 93 18 81-0, Telefax (02 21) 31 85 43

KURZMELDUNGEN AUS DEM GENOSSENSCHAFTSSEKTOR

Ökobank eG, Frankfurt

Projektbroschüre zu den Förderfonds

Eine »Projektbroschüre« als Informationsquelle und Beratungshilfe liegt ganz neu von der Ökobank auf dem Tisch. Sie enthält einen Überblick über die verschiedenen Förderfonds einschließlich der relevanten Richtlinien. Einmal im Jahr soll sie mit neuen Projektberichten angereichert werden. Deshalb sind sie auch herausnehmbar in eine Mappe gelegt – auch zum Kopieren und Weitergeben. Sie wird nur bei gezielten Anfragen gegen eine Kostenbeteiligung von 5,--DM zur Verfügung gestellt. Die Vertriebskoordination übernimmt Lars Niedereichholz, Ökobank eG, Postfach 101739, 60017 Frankfurt a.M., Tel.: 069/92004412.

Tagung in Bonn

Teilhabe und Mitgliederengagment

Unter dem Titel »Teilhabe und Mitgliederengagement – Genossenschaften zeigen den Weg für moderne Unternehmensformen« organisiert der Verein zur Förderung des Genossenschaftsgedankens am 2.12.1993 in Bonn eine Veranstaltung. Alte und neue Genossenschaften, Politik und Wissenschaft werden hier an einen Tisch gebracht. Genauere Informationen und Anmeldung: Verein zur Förderung des Genossenschaftsgedankens e.V., z.H. Frau Martina Gödecke-Behnke, Emil-Figge-Str. 76, 44227 Dortmund.

Blätterwald eG, Weilmünster

Genossenschaftliche Rückvergütung

Seit dem 8. April 1992 gibt es bei der Blätterwaldgenossenschaft das Instrument der Rückvergütung. Das Vertriebsunternehmen für umweltfreundliche Produkte mit Schwerpunkt Umweltschutzpapier will jetzt damit eine intensive Eigenkapitalzeichnungskampagne starten. Ziel ist, das aufgrund des Wachstums und des Innovationsdruck erforderliche Investitionsvolumen von 250.000 DM nicht über Banken finanzieren zu müssen. Kapitalzeichnungen lohnen sich besonders für Kunden, weil die zweiprozentige Rückvergütung auf den Jahresumsatz eine gute Rendite verspricht. Die Genossenschaft will aber auch Nicht-Kunden zur Mitgliedschaft unter dem Stichwort »Rückenwind« gewinnen. Genauere Information: blätterwald eG, Arno Jung, Weilstr. 2, 35789 Weilmünster, Tel.: 06472/7031-34.

Seminar in Haldensleben

Agrargenossenschaften in Ostdeutschland

Unter dem Titel »Agrargenossenschaft: Kapitalistischer Großbetrieb oder notwendige Form kooperativen Arbeitens?« organisiert die Friedrich-Ebert-Stiftung in Haldensleben ein zweitägiges Seminar. Es findet vom 12. bis 13.11.93 im Weiterbildungszentrum der dortigen Fachschule für Agrarwirtschaft statt. Vorträge werden gehalten u.a. zu den Themen Praxisbeispiele für die Umwandlung von LPGen, genossenschaftliche Prinzipien nach Raiffeisen überholt oder aktuell, Zukunft heutiger Agrargenossenschaften. Information und Anmeldung: Friedrich-Ebert-Stiftung, Geißlerstr. 1, 39104 Magdeburg.

Forschungsbericht aus Göttingen

Umstrukturierung der DDR-Genossenschaften

Eine vom Bundesministerium für Wirtschaft in Auftrag gegebene Forschungsarbeit liegt nun als Abschlußbericht vor. Thema ist die Umstrukturierung von Produktionsgenossenschaften des Handwerks (PGHen) in der ehemaligen DDR. Neben der Beschreibung der Ausgangslage und eines allgemeinen Teils über Produktivgenossenschaften in der Marktwirtschaft wird in einem dritten Schwerpunkt die Ausgangslage der PGH nach der Wende beschrieben. Interessant dürfte aber vor allem das fünfte Kapitel sein, das sich mit dem eigentlichen Umstrukturierungsprozeß auf Grundlage von Expertengesprächen und Befragungen beschäftigt. Information: Seminar für Handwerkswesen an der Universität Göttingen, Klaus Müller oder Hildegard Sander, Goßlerstr. 12, 37073 Göttingen, Tel.: 0551/394882.

Reisen im Westerwald

Auf Raiffeisens Spuren

Quer durch den Westerwald verläuft die historische Raiffeisen-Straße. Sie macht auf 40 Kilometer Länge Stationen des genossenschaftlichen Sozialreformers nachvollziehbar. Vom Geburtsort in Hamm an der Sieg führt der Weg zur Raiffeisen-Begegnungsstätte nach Weyerbusch und schließlich nach Flammersfeld. Dort gründete er als junger Bürgermeister die Vorläuferin heutiger landwirtschaftlicher Genossenschaften. Information: Westerwald-Touristik, Postfach 1407, 57604 Altenkirchen, Tel.: 02681/81358.

JOBS

Bäckerei Doppelkorn sucht sofort nette Leute, die Lust auf's Brot backen haben und eigenverantwortlich im Kollektiv arbeiten wollen. Ausbildung als BäkkerIn bei gutem Ausbildungslohn möglich. Wir arbeiten Teilzeit 30 Std. die Woche. Wenn Ihr Interesse habt, meldet Euch unter
☎ (05 11) 45 52 31

Wir suchen für unseren Bautrupp Frau o. Mann mit Überblick (PolierIn), um ehemalige Kaserne in 1.400qm Wohnfläche umzubauen.
Verein für gemeinschaftliche Wohn- und Lebensformen, Tübingen
☎ (0 70 71) 4 35 07

Wir, ein Betrieb in **Selbstverwaltung** mit 40 MitarbeiterInnen, sind seit Jahren in der Herstellung und dem Vertrieb von Solar- und Regenwassernutzungsanlagen engagiert. Für den Bereich **Regenwassernutzung** suchen wir eineN **MitarbeiterIn mit Erfahrungen in der Wasserinstallationstechnik**. Das Arbeitsgebiet umfaßt handwerkliche Tätigkeiten, wie Reparaturdienst, Versand und alles was sonst noch liegenbleibt. Darüber hinaus erwarten wir aktive Beteiligung an den Belangen der Gesamtfirma. Bewerbungen an: Alois Wilhelm, Wagner & Co Solartechnik, Ringstr. 14, 35091 Cölbe

SCHREINEREIEN

Engpaß bei Montagen? Krankheit, Termin? Kann kurzfristig für 2-3 Tage einspringen.
Andreas Küstermann
☎ (06221) 2 36 93 · Fax 16 44 89

PROJEKTE

Wir sind ein Genossenschaftsprojekt mit fast 30 Menschen in Berlin und im Wendland. Auf unserem Hof in Lomitz leben seit einem Jahr 7 Erwachsene und 4 Kinder. Schwerpunkt unserer Arbeit war bisher der Ausbau des Hauses. 2 Erwachsene und 1 Kind werden demnächst wegziehen, wir suchen deshalb neue GenossInnen.
Zukünftig wird es hier ein Gästehaus geben, außerdem wollen wir die Bereiche Bäckerei, Tischlerei, Garten, Umwelttechnik u. pol. Arbeit weiterentwickeln. Bauwagen ist auch möglich.
Wendland e.G.
29491 Lomitz 28
☎ (0 58 48) 12 88

Die Gemeinschaftsbank sucht zum nächstmöglichen Termin eine Mitarbeiterin/ einen Mitarbeiter, der die Arbeitsbereiche

Öffentlichkeits- und Pressearbeit

übernimmt. Wenn Sie anthroposophisch interessiert sind und praktische Erfahrungen in diesen Arbeitsbereichen haben, senden Sie uns bitte Ihre Bewerbungsunterlagen. Zusätzliche kaufmännische Kenntnisse wären vorteilhaft, sind aber nicht Bedingung.

GEMEINSCHAFTSBANK
Oskar-Hoffmann-Str. 25 · 44789 Bochum
Tel. (02 34) 3 07 93 - 0 · Herr Jorberg/Herr Rotthaus

PROJEKTE

Großraum Stuttgart-Bodensee. Suche Projekt (Anbau – Kneipe – Kultur – Tagungshaus...) wo ich eine Zeitlang mitarbeiten kann. (Gemüsebau/Kräuteranbau, in Hauswirtschaft, bei Kulturorganisation)
Siby (0 71 51) 7 48 17

Wo ist die **Familie**, die es wagt, mit uns auf dem Land zu leben? Wir sind z. Zt. 9 Erwachsene u. 2 Kinder, haben 100km nordw. von Berlin zwei Häuser u. ausbaufähige Stallungen gekauft (7.000qm). Wir suchen u.a. tatkräftige Familien, die ihren Idealismus noch nicht in der Kleinfamilie ertränkt haben mit Lust auf Arbeit und Verwirklichung eigener Ideen!
Hedi und Andreas (030) 216 93 77

Uruguay-Reader soeben erschienen:

Donde esta la lucha?
Aktuelle Situation nach dem Referendum gegen das Privatisierungsgesetz, Protokolle einer Reisegruppe im Frühjahr 1992: Treffen mit den MLN-Tupamaros, Gewerkschaften, LandbesetzerInnen, Frauenzeitung, Jugendlichen, Medienprojekte...
70 Seiten · DM 7,- · incl. Porto:
Archiv 92, Eichenberger Str. 9, 2800 Bremen

Frauenbewegung in Uruguay
Artikelsammlung über Lebensbedingungen von Frauen, feministische Frauenzeitung „Cotidiano Mujer" und Medienprojekte, Frauenhausprojekt...
40 Seiten · DM 5,- · plus Porto: c/o Direkte Aktion, Fischerstraße 94, 47055 Duisburg

Soziale Perspektiven Deutschlands & Perspektiven einer Sozialen Politik
Wirtschafts- und sozialpolitische Konferenz ~ NEUES FORUM lädt alle sozial Engagierten ein:
13.-14. November 1993
Berlin
Haus der Demokratie
Friedrichstraße 165
Kahlschlag im Osten, Massenerwerbslosigkeit, Verdrängung von Frauen aus dem Erwerbsleben, Sozial- und Demokratieabbau in Ost und West:
Keine Alternative in Sicht?
Die Arbeitsgemeinschaft Arbeit und Soziale Politik beim NEUEN FORUM hat ein Sofortprogramm für eine SOZIALE POLITIK entworfen, das mit Betroffenen diskutiert werden soll.
Anmeldung, Infos, Reader:
NEUES FORUM
Arbeit und Soziale Politik
Rosa-Luxemburg- Str. 19
10178 Berlin
Fon/fax: (030) 2806481

JOBSUCHE

Herstellungsleiter Fachverlag sucht neue Tätigkeit mit mehr Sinn in Verlag, Druckerei, Papierverarbeitungsbetrieb oder auch in kultureller, sozialer Institution.
☎ (07 11) 640 67 44

FRAUEN

Ab sofort ist das Fort- und Weiterbildungsprogramm für 1994 mit den Themenschwerpunkten »Sexuelle Gewalt« / »Berufsqualifizierung für Frauen« bei der FRAUENANSICHT e.V., Holbeinstr. 32, 50733 Köln, Tel. (0221) 73 70 00 gegen DM 1,50 Portoersatz erhältlich.

»ÖKODISKURS«

Wie bestimmen Politik und Gesellschaft ökologisches Denken und Handeln?

Dieser Frage möchte der Münchner Soziologe Winfried Richter im Rahmen seines Projekts »Ökodiskurs« nachgehen. Im Mittelpunkt steht hierbei die Erkenntnis, daß die Durchsetzung ökologischer Zielsetzungen eine realistische Einschätzung sowohl der ökonomischen und politischen Gegebenheiten als auch dem darauf sich beziehenden Bewußtsein der Bevölkerung voraussetzt. »Ökodiskurs« bedeutet, sich über die gesellschaftspolitischen Grundlagen ökologischen Denken und Handelns in einem kontroversen Diskussionsprozeß Klarheit zu verschaffen, um daraus praktische Konsequenzen ableiten zu können. Zur Teilnahme am »Ökodiskurs« sind also alle diejenigen eingeladen, die ihr praktisches Handeln durch eine ausreichend begründete theoretische Basis fundieren wollen. InteressentInnen wenden sich bitte an Winfried Richter, Projekt »Ökodiskurs«, Postfach 80 14 66, 81614 München.

KLEINANZEIGEN

Ausfüllen: Den Text gut lesbar eintragen (38 Anschläge/Zeichen ergeben eine Satzzeile)
Kosten: Privat bis zu 5 Zeilen 5 DM (jede weitere Zeile 1 DM)
Gewerblich bis zu 5 Zeilen 30 DM (jede weitere Zeile 5 DM)
Private Stellengesuche sind kostenlos!
Chiffregebühren: 9 DM
Bezahlt werden kann mit Scheck,Geldscheinen,nicht mit Briefmarken und nicht mit Bankeinzug. **Im voraus muß allerdings immer das Geld hier sein.** Quittungen nur bei ausreichend frankiertem Rückumschlag.
Aufträge ohne Geld & Absender landen ausnahmslos im Papierkorb!
Ausnahme: Bestellwert ab 50 DM.
Da gibt's nämlich ne Rechnung.
Termin: jeweils zum **15. des Monats**

Einsenden an:
CONTRASTE e.V.
Postfach 10 45 20, 69035 Heidelberg

SCHNIPSEL

LESERBRIEF

Betr.: AUFTAKT zu einer neuen Zivilisation, CONTRASTE Nr. 108

Als einer der vielen Menschen, die die Sternradtouren mit vorbereitet haben, habe ich mich über den langen Bericht zu AUFTAKT erst mal gefreut. Sternradtouren und Festival waren ein tolles Erlebnis, und vor allem, wie der Artikel auch sagt, es geht weiter, AUFTAKT hat einiges ins Rollen gebracht.
Gerade deshalb verstehe ich nicht, warum das Festival nur als Friede, Freude, Eierkuchen dargestellt wird. Es gab und gibt (Finanzkrise!) auch Schatten. Ein völlig überarbeiteter Ordnungs- und Sicherheitsdienst fuhr in stinkenden Blechbüchsen über's Festivalgelände – weil die OrganisatorInnen es nicht auf die Reihe gekriegt haben, ihnen Fahrräder zur Verfügung zu stellen. Autos auf dem Festivalgelände war überhaupt ein wunder Punkt. Ein anderer war der Umgang mit kritischen Anmerkungen zum Festival. Zwei Beispiele:
Die Kinder zogen am Samstag mit selbstgemachten Transparenten unter dem Motto »So viel Licht brauchen wir nicht« zur Bühne 1. Ihnen wurde mit Androhung von körperlicher Gewalt verwehrt, ihr Anliegen in einer Umbaupause via Mikrofon darzulegen. Frauen (und wenige Männer) besetzten wenig später die Bühne um gegen sexistische Texte einer Punkband zu protestieren. Abgesehen davon, daß der Vorwurf des Sexismus sich durch die Reaktionen voll bestätigte, war der Umgang mit Frauen für mich ein Skandal. Gingen sie ans Mikro wurde der Ton abgedreht. Männer durften frei reden. Vertrieben wurden sie schließlich durch überlauten Punk aus der Konserve.
Auch bei spannenden, guten Sachen wie AUFTAKT, muß solche Kritik gesagt werden. Solch üble Pannen wiederholen sich sonst zu leicht. An dem Artikel stört mich außerdem, wie die meiner Meinung nach wichtige Auseinandersetzung mit faschistischen Tendenzen in Teilen der Alternativbewegung ins Lächerliche gezogen und die Tendenzen damit verharmlost werden.

Johann Bergmann, Achim

BUNTE SEITEN

Viel wurde diesen Sommer über Vernetzung, Kooperation gesprochen und geplant. Zuletzt auf dem Seminar »Kooperation und Vernetzung«, das wir in unserer letzten Ausgabe dokumentierten. Nicht diskutiert, sondern vor allem gearbeitet haben wir (noch vor der Sommerpause) an der Fertigstellung der BUNTEN SEITEN, dem Adreßverzeichnis für selbstverwaltete und ökologische Betriebe und Projekte für den gesamten deutschen Sprachraum. Damit sind nun auch die ganz einfachen und kleinen Hindernisse beseitigt, mal mit vernetzen und kooperieren anzufangen – vorausgesetzt natürlich, Ihr habt die BUNTEN SEITEN schon?! Abhilfe schafft der Bestellcoupon auf Seite 2.

BEKENNEN SIE FARBE!

Rufen Sie uns an und bekennen Sie:
Ich bin eine BürgerIn mit Zivilcourage!
Dafür erhalten sie kostenlos
eine aufrechte Was Lefft.
Tragen Sie diese immer sichtbar mit sich!
Dadurch zeigen Sie ihren Mitmenschen
wie engagiert Sie sind!

WAS LEFFT
worte statt taten. aus erlangen
Alle zwei Monate neu. Bestelladresse:
Was Lefft, Postfach 3543,
T.: 09131/203015, Fax: 09131/205020

graswurzel revolution

Seit über 20 Jahren und jeden Monat neu
Die Graswurzelrevolution (GWR):
anarchistisch, gewaltfrei, antisexistisch

In der GWR zu lesen: "SOS Abschiebung": für eine neue BürgerInnenrechtsbewegung / "Moderne Leibeigene": Konsum auf Kredit führt zu neuem Feudalismus / Anarchistischer Blick auf die Verhandlungen zwischen PLO und Israel / 12 Seiten Bücher, Bücher, Bücher: Libertäre Buchseiten / Atommüllschacher um Gorleben / "Rühe schaffen ohne Waffen": Perspektiven für einen neuen Antimilitarismus / Kurt Wafner erzählt von seiner Jugend in anarchistischen Gruppen der 20er und 30er Jahre / "Timor und kein Trupp": Schiffsbesetzung in Peenemünde / Widerstand gegen Abwicklungspolitik in Bischofferode / Sonderseiten "Materialien gegen die Autogesellschaft"/ Auftakt – Umweltfestival in Magdeburg / Bankrott des Interventionismus in Somalia, u.v.a.m.

Schnupperabo (4 Ausgaben) gibt es gegen Einsendung eines 10 DM – Scheines an GWR, Kirchstr. 14, 29462 Wustrow

Für eine gewaltfreie und herrschaftslose Gesellschaft

Global denken – lokal handeln!
Alternative Energien für Kuba
»Das größte Problem Kubas ist die Energieknappheit, die durch eine ›solare Revolution‹ gelöst werden kann. Wenn Kuba das schafft, und ich glaube, daß dies möglich ist, dann wäre das ein Signal für die ganze Welt, vor allem für die sogenannte Dritte Welt. Ein kleines Energiemonopol hält den Rest der Welt in Abhängigkeit. Nur fünf bis zehn Länder haben das Monopol der Energietechnik. Der Vorteil der regenerativen Energien ist, daß sie nicht monopolisiert werden können. Luft und Sonne gehören allen.« *Dr. Herrmann Scheer, MdB, Vors. der EG-Solarenergiekommission und Präsident der EUROSOLAR (17. Mai 1993)*
Die Förderung alternativer Energien in Kuba und in den Ländern der Karibik, wie die Realisierung von konkreten Basisprojekten und eines Wissenschaftsaustausches, bitten wir durch Spenden (steuerlich absetzbar) zu unterstützen. Konto 223 140, Ökobank e.G. Frankfurt/M., BLZ 500 901 00, oder Konto 5894 63-104, Postgiroamt Berlin, BLZ 100 100 10. Wir danken allen SpenderInnen!
KarEn Verein zur Förderung alternativer Energien in der Karibik e.V. ■
Breite Straße 48 · D-13178 Berlin · Tel. (030) 28 40 94 55, Fax (030) 4 82 85 18

Solidarität ist die Zärtlichkeit der Völker!
Milch für Kubas Kinder!
»Kubas Kinder gehören zu den Schätzen und Wundern des modernen Lateinamerika. Das Glücklichsein, das mit einem Glas Milch beginnt, wurde zum politischen Konzept in Kuba.«
Gabriel García Márquez (Schriftsteller in LA, Nobelpreisträger)
Schluß mit der Blockade durch USA, EG und BRD!
Bitte richten Sie Ihre Spenden (steuerlich absetzbar) an Cuba Sí, Spendenkonto 13 2222 10, Berliner Sparkasse, BLZ 100 500 00, VWZ: Milch für Kubas Kinder. Wir danken allen SpenderInnen!
Cuba Sí
Kleine Alexanderstraße 28
D-10178 Berlin
Tel. (030) 28 40 94 55, Fax 281 41 69
Cuba sí

IMPRESSUM

CONTRASTE

Monatszeitung für Selbstverwaltung
erscheint 11mal im Jahr.
ISSN 0178-5737
Herausgeber ist CONTRASTE,
Verein zur Förderung von Selbstverwaltung und Ökologie e.V.
Postfach 10 45 20
69035 Heidelberg
☎ (06221) 16 24 67
CONTRASTE wird von ca. 40 MacherInnen geschrieben, zusammengestellt, redigiert, gesetzt, gedruckt... und was alles zum Herausgeben dazugehört.

Die Informationen fliessen zusammen über die Regional- und Fachredaktionen. Endredaktion, Herstellung, Vertrieb und Anzeigenverwaltung erfolgt über CONTRASTE in Heidelberg.

Wer einen Beitrag in CONTRASTE veröffentlichen will, schickt ihn an die Heidelberger Endredaktion.

In Heidelberg sitzt die Stammbelegschaft, während in den Regional- und Fachredaktionen ausschließlich ehrenamtliche Leute am Werke sind.

Vertriebs-, Abonnenten- oder sonstige Beschwerden bitte auch in Heidelberg vorbringen.

Alle an einer aktiven Mitarbeit Interessierten können dies im Heidelberger Büro kundtun und erhalten dann regelmäßig die internen Redaktionsrundbriefe und Einladungen zu den viermal jährlich stattfindenden Redaktionstreffen.

Redaktionen :
10961 Berlin, Gneisenaustr. 2a, ☎ (030) 693 80 21; 27367 Sottrum, Redaktion Bremen, Götz Paschen, Everinghausen 42; 37073 Göttingen, Thomas Hardwig, Leinestr. 29, ☎ (0551) 770 40 26; 69035 Heidelberg, Postfach 10 45 20, ☎(06221) 16 24 67; 90429 Nürnberg, Kurt Regenauer, Imhoffstr. 22, ☎ (0911) 26 77 68; 06844 Dessau, Peter Schneider, Kurt-Weill-Str. 31, ☎ (0340) 37 93 (auch Fax); 01099 Dresden, Rothenburger Str. 43, ☎ (0351) 57 09 14; Niederlande, 1019AT Amsterdam, Waldemar Schindowski, ID-Archiv, ISSG, Cruquisweg 31, ☎ (003120) 668 58 66

Fachredaktionen :
Autonome Frauenseite: 12049 Berlin, REA, Ricarda Buch, Hermannstr. 229, ☎ (030) 621 88 62 · Fax: (030) 621 86 40; Alternative Energie/Technik: 10999 Berlin, Wuseltronik, Christian Sauer, Paul-Lincke-Ufer 41, ☎ (030) 618 50 71 · Fax (030) 618 50 75; Grafische Betriebe: 10999 Berlin, Constantin Bartning, Paul-Lincke-Ufer 44a, ☎ (030) 611 68 03; Genossenschaften, Ökobank: 79102 Freiburg, Burghard Flieger, Erwinstr. 29, ☎ (0761) 70 90 23; Handwerk: 69035 Heidelberg, Andreas Küstermann, Postfach 10 45 20, ☎ (06221) 2 36 93; Sozialpolitik: 80337 Münehen, AG SPAK, Heinz Schulze, Adlzreiterstr. 23, ☎ (089) 77 40 77; Naturkost: 49008 Osnabrück, Herrmann Cropp, Postfach 18 11, ☎ (05402) 73 73; Selbstorganisierte Lebensgemeinschaften: 67434 Neustadt/Weinstr., Elisabeth Voß, Jahnstr. 11, ☎ (06321) 73 91, Fax (06321) 3 47 01
V.I.S.D.P.: Dieter Poschen, über CONTRASTE e.V., Postfach 10 45 20, 69035 Heidelberg. Für Beiträge, die mit vollem Namen gekennzeichnet sind, übernimmt der/die Autor/in die Verantwortung.
Eigenverlag; alle Nachdruckrechte bei CONTRASTE e.V., Heidelberg
Anzeigenverwaltung: Dieter Poschen, c/o CONTRASTE e.V., ☎(06221) 18 34 02; Zur Zeit gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 3/92
Herstellung:
Zündsatz GbR, Gaisbergstr. 97, 69115 Heidelberg;
Satz: Ganzseitenumbruch auf TEXTLINE-PDP 5.0;
Ausgabe: Monotype-Lasercomp;
Druck: Caro-Druck, Kasseler Str. 1A, 60486 Ffm

BTX: Seite *3821001 #

Endredaktion:
☎ (06221) 18 34 02
Vertrieb:
☎ (06221) 16 24 67
Telefax:
☎ (06221) 16 44 89

EINLADUNG ZUM MITMACHEN:

Projektemesse in Dresden?

Waldemar Schindowski/Reinhard Lichtenhahn, Redaktion Berlin/Dresden ● Nach langen Schweigen meldet sich die Idee einer Projektemesse wieder zurück! Der Anfang, mit der Vorstellung einer Dresdener Initiative beim diesjährigen Sommerseminar des TAKAÖ in Bad Segeberg ist gemacht (siehe auch CONTRASTE Nr. 108, Sept '93). Ziel des Treffens soll es sein, einen Entschluß über Zeitpunkt, Ort und Inhalt einer Projektemesse mit europäischer Ausrichtung zu fassen. Nachdem die Idee einer solchen Messe schon einige Jahre durch die bundesdeutsche Projektelandschaft geistert, ist es nun an der Zeit, konkrete Schritte zu vereinbaren. Dazu werden u.a. VertreterInnen von Réseau Européen D' Economie Alternative et Solidaire, vom Netz e.V., vom Verband selbstverwalteter Betriebe Hessen, sowie aus mehreren Jugendumweltbüros eingeladen. Darüber hinaus ist natürlich jeder/jede, die bei der Konkretisierung dieser Idee mithelfen will, herzlichst eingeladen!

Das Treffen soll vom Freitag den 10. bis Sonntag den 12. Dezember 1993 im Tagungshaus »Kümmelschänke« in Dresden-Omsewitz stattfinden.

Unter anderen sind folgende Referate und Diskussionen vorgesehen:

- Ricarda Buch, Berlin: »Kongreßteil zum Thema Europäische Finanzierungsinitiativen«.
- Waldemar Schindowski, Berlin/Amsterdam: »Inhaltliche Gestaltung des Messeteils«.
- Reinhard Lichtenhahn, Dresden: »Der kulturelle Aspekt«.
- UNTACD, Amsterdam (angefragt): »Europa, Rassismus, Flüchtlinge und Projektarbeit«.
- Jacec Jacobiec, Jelena Gora (Polen, angefragt): »Ökologische Projekte in Osteuropa«.
- N.N.: Bericht vom Oktobertreffen des »Europäischen Netzes«
- Werner Ehrlich, Dresden (angefragt): »Möglichkeiten einer öffentlichen Förderung der Messe in Dresden/Sachsen«.

Abschließend soll über Zeitpunkt, Ort, Inhalt Trägerschaft, MitarbeiterInnen, evtl. weitere Treffen diskutiert werden mit einer hoffentlich positiven Tendenzentscheidung. Bis dann...!

Kontakt: Kulturstadt Dresden e.V., z.Hd. Reinhard Lichtenhahn, Kamenzer Straße 52, 01099 Dresden
☎ (03 51) 57 09 14

netz NRW
Huckarder Straße 10-12
44147 Dortmund
Tel.: 0231 / 16 24 76

netz Hessen (VSBH)
Schäfergasse 46
60313 Frankfurt a.M.
Tel.: 069 / 131 04 07

netz Baden-Württemberg
Erwinstraße 29
79102 Freiburg i. Br.
Tel.: 0761 / 70 90 23

netz Bremen
c/o Kulturzentrum Lagerhaus
Schildstraße 12-19
28203 Bremen
Tel.: 0421 / 70 14 61

netz Bayern
c/o IBPro
Kaulbachstraße 85
80802 München
Tel.: 089 / 34 57 23

netz

Zusammenschluß selbstverwalteter und ökologisch orientierter Betriebe und Projekte

netz NRW
Börnestraße 10
40211 Düsseldorf
Tel.: 0211 / 164 95 83

netz NRW
Staufenstraße 27
48145 Münster
Tel. 0251 / 3 31 99

ALTERNATIVE ÖKONOMIE

RAT & PLAN HAMBURG

Handwerk ohne Meister
Handwerksausübung ohne Meister: Wer im Handwerk selbständig tätig sein will, muß in der Regel die Meisterprüfung abgelegt haben. Wie Sie aber dennoch ohne Meister im Handwerk selbständig tätig sein können, wird in diesem Seminar dargestellt.
Termin: 25./26.11.93
Kosten: 300 DM

Führen und Leiten
für Vorstände und GeschäftsführerInnen von Non-Profit-Organisationen.
Termin: 23./30.11./7.12.93
Kosten: 850 DM

Controlling in Klein- und Mittelbetrieben
Eine gezielte Sammlung und Aufarbeitung von innerbetrieblichen Daten unterstützt das Erreichen der gesetzten Ziele. Dieses Seminar wendet sich an Personen, die in Ihren Betrieben grundlegende Entscheidungen treffen.
Termin: 14.12.93
Kosten: 270 DM

Anmeldung & Information:
Rat & Plan
Am Felde 2
22765 Hamburg
☎ (0 40) 390 81 10

SAARLAND

Fortbildungsseminare für selbstverwaltete Betriebe und selbstorganisierte Projekte
Der Kultur- und Werkhof Nauwieser 19 in Saarbrücken bietet in Kooperation mit Netzwerk Saar und weiteren Trägern eine Fortbildungsreihe an, die im Oktober anlaufen wird.
Die Seminare sind für Vereine und selbstorganisierte Projekte sowie für selbstverwaltete Betriebe konzipiert, richten sich aber auch an Menschen, die konkrete Vorhaben planen und sich das nötige Know-How erwerben wollen. Die Themen reichen daher von Fragen zur Ressourcenbeschaffung über Buchhaltung und Steuern bis zur Öffentlichkeitsarbeit.

Steuern in kleinen Vereinen
Sa/So 13./14.11.93

»Hier reden Sie immer mit der Chefin – Marktpositionierung von selbstverwalteten Betrieben
Sa/So 20./21.11.93

»Wenn alle Brünnlein fließen« – Neue Einnahmequellen für kleine Projekte
Sa/So 11./12.12.93

Information & Anmeldung:
Netzwerk Saar
im Kultur- und Werkhof
Nauwieserstr. 19 · 66119 Saarbrücken
☎ (06 81) 37 15 02 · Fax 37 60 12

FRAUEN

FRAUENZEITUNG

Rund um's ZeitungMachen
Konzeptionieren, Schreiben, Gestalten und finanzieren einer Frauenzeitung. Workshop für Einsteigerinnen.
Termin: 26.-28.11.93, Wuppertal
Anmeldung:
Wuppertaler Frauenzeitung
Meta M.
Postfach 20 05 52
42205 Wuppertal

FRAUENANSTIFTUNG HAMBURG

»Dauerbrennerkonflikt ehrenamtliche – hauptamtliche Arbeit in Frauenprojekten und Institutionen«
Arbeitskonferenz der Arbeitsgruppe »Frauen-Projekte-Politik« vom 17.-19.11.93 im Tagungshaus Munzel (bei Hannover)

»Lieber hinter den Kulissen? – Frauen(projekt)arbeit öffentlich sichtbar machen«
Weiterbildungsseminar für Frauen aus Frauenprojekten und Frauenteams vom 13.-14.11.93

Anmeldung & Information:
FrauenAnstiftung · Helga Braun
Grindelallee 43 · 20146 Hamburg
☎ (0 40) 45 71 39

SCHWARZE WITWE

»Nichts ist unmöglich... Frauen fordern Geld in den Kommunen«
am 11. und 12.12.93 im Rathausfestsaal in Münster. Diese Tagung soll Raum bieten für eine Debatte um den tatsächlichen Finanzbedarf von Frauenpolitik in den Kommunen und das Augenmerk auf die Entwicklung von politischen Strategien zur finanzpolitischen Durchsetzung lenken. Es soll der Frage nachgegangen werden, wie kommunale Haushalte aussehen müßten, wenn feministische Ansätze berücksichtigt werden, wenn die Kommunen frauengerecht planen, bauen, gestalten, einstellen und haushalten würden. Feministische Dienstleistungen werden inzwischen in allen Bereichen von Frauenprojekten in den Kommunen angeboten. Krass im Gegensatz zu dem Vorhandenen steht die unzureichende Finanzierung.
Trotz und gegen Rezession und Abbau des Sozialstaats, was im wesentlichen zu Lasten der Frauen geschieht, muß eine fundierte Frauenpolitik im Bereich der Ökonomie in Zukunft weiter konkrete Forderungen stellen und Wege weisen, denn Frauenarbeit und Frauenrechte, Menschenrechte und Ökologie müssen auch in den Kommunen mit barer Münze eingerechnet werden.
Die Tagung wendet sich bundesweit an Frauen aus Projekten, an Kommunalpolitikerinnen, Frauenbeauftragte, Studentinnen, Erwerbstätige, Theoretikerinnen und Praktikerinnen, kurz an alle Frauen, denen die ökonomischen Fragen verbunden mit ihren politischen Forderungen unter den Nägeln brennen.
Information & Anmeldung:
Schwarze Witwe
Autonome Frauenforschungsstelle
Achtermannstr. 10-12
48143 Münster
☎ (02 51) 51 11 95
Mo 18-20 Uhr
Die-Do. 11-13 Uhr

SOZIALPOLITIK

Sozialpolitisches Forum vom 3. bis 5.12.1993 in Berlin
»Begegnung und Vernetzung sozialpolitischer Initiativgruppen aus Ost und West – Auftakt zum Sozialpolitischen Runden Tisch«
(siehe auch unsere Meldung auf Seite 2)
Weitere Informationen:
AG SPAK
Adlzreiterstr. 23
80337 München
☎ (0 89) 77 40 78; Fax 77 40 77

ALTERSVERSORGUNG

»When I'm 64 ...«
Altersvorsorge – selbstverwaltet?
Das Seminar entspringt den Auseinandersetzungen und Erfahrungen der Kommune Niederkaufungen bei dem Aufbau einer eigenen Altersversorgung. Schwerpunkte des Seminars werden sein:

- Altersversorgung durch Schatzbildung oder Solidargemeinschaft?
- Staatliche Altersversorgung, private Lebensversicherung oder betriebliche Altersvorsorge?
- Möglichkeiten der betrieblichen Altersvorsorge (Direktzusage, Pensionsrückstellungen, Unterstützungskasse, Pensionskasse) und ihre rechtlichen, steuerlichen und betriebswirtschaftlichen Konsequenzen.

Anhand der Situationen der TeilnehmerInnen werden die Vor- und Nachteile der verschiedenen Möglichkeiten erläutert und diskutiert werden.
Termin: 26. bis 28.11.93
Anmeldung & Information:
Tagungs- und Begegnungshaus
Niederkaufungen
Kirchweg 1
D-34260 Kaufungen
☎ (0 56 05) 30 15

BRAUNZONEN

»Gefahr von Rechts im Mantel von Umweltschutz und Spiritualität«
Vom 12/13.11. in Vlotho/NW
Ziel des Seminars ist, die weltanschaulichen Zusammenhänge zwischen bestimmten Tendenzen in der Esoterik/New Age, bestimmten Tendenzen in ökologischen Diskurs und rassistischen bzw. faschistischen Weltbildern zu diskutieren.
Bislang besteht wenig Einigkeit in der Einschätzung, inwieweit ideologische Verbindungslinien zwischen New Age und ökodiktatorischen Strömungen auf der einen Seite und Rechtsextremismus bestehen.
Da die Verharmlosung nach Ansicht der VeranstalterInnen eher überwiegt, bietet das Seminar besonders vehementen KritikerInnen der besagten Szene Möglichkeiten, ihre Erfahrungen und Kenntnisse zu diskutieren. Deshalb wurde als Referentin Jutta Ditfurth, Journalistin und Autorin des Buches »Feuer in die Herzen«, eingeladen.
Jutta Ditfurth hat sich in der letzten Zeit sehr eingehend mit dem Thema des Seminars beschäftigt und ihm in ihrem oben genannten Buch ein gesondertes Kapitel gewidmet. Ihre exponierte Sicht der New Age-Szene soll allerdings auch kritisch überprüft werden.
Vlotho als Veranstaltungsort beheimatet ein Zentrum der ökofaschistischen Gruppierungen, die Studienstätte »Collegium Humanum«, mit dem Ex-Priester der anthroposophischen Christengemeinschaft und Unterzeichner des rassistischen Heidelberger Manifests Werner G. Haverbeck als Vordenker. Haverbeck muß, neben dem mittlerweile verstorbenen Herbert Gruhl, als Leitfigur der ökorechten Bewegung bezeichnet werden. Neueren Entwicklungen im und um das »Collegium Humanum« wird intensiv nachgegangen werden.
Kontakt und Anmeldungen:
Arbeitskreis Entwicklungspolitik
Horstweg 11
32602 Vlotho
☎ (0 57 33) 68 00
Fax 1 81 54

REGIONALENTWICKLUNG

»Impulse durch Kooperation«
Im Mittelpunkt dieses Symposiums am 23.11.93 im Pavillon (Hannover) steht die Rolle von Eigenständiger Regionalentwicklung bei der Regionalisierung der Wirtschafts- und Strukturpolitik. Dies wird verdeutlicht durch das Gutachten »Neue Akteure regionaler Selbstorganisation im ländlichen Raum«, vorgestellt von Prof. Dr.-Ing. Heinar Henckel und Dipl.-Ing. Jörg Knieling, AG Dorf und ländlicher Raum der Universität Hannover. Dr. Günter Scheer wird die Erfolge durch Wirtschaftsberatung im Rahmen Eigenständiger Regionalentwicklung in Österreich darstellen.
Anmeldung & Information:
Informationsbüro
Eigenständige Regionalentwicklung
Wilhelm-Bluhm-Str. 12
30451 Hannover-Linden
☎ (05 11) 44 44 53
Fax 45 50 01

GESUNDHEIT

Provokationen zur Gesundheit – Fachtagung »Schönheit und Gesundheit«
Schönheit ist ein Lebenselexier, das unser Wohlbefinden enorm steigern kann, aber die Jagd nach den Schönheitsidealen kann auch krank machen. Im Kampf um das »perfekte« Aussehen und den »perfekten« Körper geraten immer mehr Frauen und zunehmend auch Männer in die Schönheitsfalle und opfern dabei nicht selten ihre Gesundheit.
Gibt es eine Chance, diese Fremdbestimmung des Körpers zu überwinden und eine Lebenskultur zu entwickeln, die es jedem Menschen erlaubt, Freundschaft mit seinem Körper zu schließen? Gesundheitsförderung und Gesundheitsbildung haben bisher das Thema »Schönheit« vernachlässigt. Ihre Aufgabe und ihre Chance ist es, die destruktiven Tendenzen des Schönheitskults durchschaubar zu machen und Schönheit als einen Zugang zu körperlichen, psychischen und sozialen Wohlbefinden ins Bewußtsein zu heben.
Diese Tagung lädt ein zur Diskussion mit ExpertInnen, die Schönheit und Gesundheit aus der Sicht verschiedener Disziplinen beleuchten. Als praktischer Versuch, das Thema »Schönheit« in die Gesundheitsförderung zu integrieren, wird das Ausstellungsprojekt »Verflixte Schönheit« der Forschungsgesellschaft ANstiftung vorgestellt.
Die TeilnehmerInnen der Tagung können Einblick nehmen in einen interdisziplinären, auf neueste Methoden gestützten Forschungsprozeß:

- **Planung** einer Ausstellung mit Unterstützung durch BesucherInnenforschung und ExpertInnen-Focusgruppen (Front End-Evaluation)
- **Umsetzung** in eine interaktive Ausstellung;
- **Evaluation** zur Optimierung und abschließender Bewertung der Ausstellung.

Diese Methoden können in abgewandelter Form für viele andere Projekte fruchtbar gemacht werden.
Information & Anmeldung:
GesundheitsAkademie
Braunschweiger Str. 53b
28205 Bremen

ÖKOLOGIE

Ökologische Produktpolitik – Anforderungen, Instrumente, Akteure –
Jahrestagung des IÖW
26. und 27.11.93, Stadthalle Heidelberg
Anmeldung & Information:
IÖW
Bergheimer Str. 97
69115 Heidelberg

CONTRASTE

JETZT ABONNIEREN: Ich/Wir abonniere/n CONTRASTE zum fortlaufenden Bezug zum jährlichen Bezugspreis von 80,— DM bzw. 650 ÖSh (incl. Versand). Das Abonnement verlängert sich automatisch um weitere 12 Monate, wenn es nicht mindestens **3 Wochen vor Ablauf schriftlich** gekündigt wird.

Name:

Adresse:

Gruppe/Betrieb/Beruf:

Datum: Unterschrift:

Zahlungsweise (zutreffendes bitte ankreuzen)

— **Einzugsermächtigung:** Ich erkläre mich damit einverstanden, daß die Abonnementgebühren von meinem Konto abgebucht werden.

Kontoinhaber:

Geldinstitut:

Konto-Nr.: BLZ:

Diese Einzugsermächtigung wird ungültig, wenn ich sie **schriftlich** widerrufe.

Datum: Unterschrift:

— **Gegen Rechnung.** Ich zahle sofort nach Erhalt der Rechnung. **Bitte keine Vorauszahlung auf unser Konto !**

— **Ein Verrechnungsscheck liegt dieser Bestellung bei.**

Diese Bestellung kann **innerhalb von 7 Tagen schriftlich** widerrufen werden.
Zur Fristwahrung genügt die rechtzeitige Absendung des Widerrufs an CONTRASTE-Vertrieb, Postfach 10 45 20, 69035 Heidelberg. Davon habe ich Kenntnis genommen.

Datum: Unterschrift:

Coupon ausgefüllt an CONTRASTE-Vertrieb, Postfach 10 45 20, 69035 Heidelberg, einsenden.

Zum Verbleib bei der/dem BestellerIn
Ich habe am ..... die Zeitung CONTRASTE zum jährlichen Bezugspreis von 80,-DM abonniert. Ich weiß, daß ich das Abonnement innerh. von 7 Tagen schriftlich widerrufen kann. Dazu genügt eine Postkarte an: CONTRASTE-Vertrieb, Postfach 10 45 20, 6900 Heidelberg 1